

## Master-Arbeit

# Die Übertragbarkeit des Modells der deutschen politischen Stiftungen auf die Mongolei

- Fakultät für Gesellschaftswissenschaften -

- Institut für Politikwissenschaft -

- M.A. Studiengang Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung -

- Universität Duisburg-Essen -

vorgelegt von:

Name:	Carolin Höhlein
Mail:	<a href="mailto:carolin.hoehlein@uni-due.de">carolin.hoehlein@uni-due.de</a>
Erstprüferin:	Dr. des. Kristina Weissenbach
Zweitprüferin:	Prof. Dr. Susanne Pickel
Ort, Datum:	Duisburg, 15.10. 2012

***-Danksagung-***

Die vorliegende Master-Arbeit hätte ohne  
vielseitige Unterstützung  
nicht realisiert werden können.

Mein Dank geht deshalb an:

Die Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung,  
insbesondere an Dr. Georg Schneider;  
  
die Abteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
der Konrad-Adenauer-Stiftung;  
  
das Team des Auslandsbüros der  
Konrad-Adenauer-Stiftung in der Mongolei,  
insbesondere an Johannes D. Rey;  
  
an Ralph Thiele, O.i.G.;  
  
sowie an meine Betreuerinnen Dr. des. Kristina Weissenbach  
und Prof. Dr. Susanne Pickel.

## **Inhaltsverzeichnis**

Abbildungsverzeichnis .....	I
Abkürzungsverzeichnis .....	II
1. Einleitung und Hinführung zum Thema .....	1
2. Das Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung .....	7
3. Die Bedeutung politischer Bildung, politischer Partizipation und politischer Parteien für demokratische Gesellschaften .....	14
3.1 <i>Bedeutung politischer Bildung</i> .....	14
3.2 <i>Bedeutung, Ausprägungen und Faktoren politischer Partizipation</i> .....	17
3.3 <i>Bedeutung politischer Parteien</i> .....	20
4. Das Modell der deutschen politischen Stiftungen.....	23
4.1 <i>Historische Entwicklung der politischen Stiftungen</i> .....	24
4.2 <i>Besonderheit der politischen Stiftungen</i> .....	26
4.3 <i>Organisation und Finanzierung der politischen Stiftungen</i> .....	29
4.4 <i>Aufgaben und Tätigkeitsfelder der politischen Stiftungen</i> .....	33
4.4.1 <i>Politische Bildung</i> .....	33
4.4.2 <i>Forschungs- und Beratungstätigkeit / Archive</i> .....	39
4.4.3 <i>Studienförderung</i> .....	41
5. Methodisches Vorgehen .....	43
6. Die Mongolei .....	46
6.1 <i>Historische Entwicklung vor dem demokratischen Umbruch 1989/90</i> .....	46
6.2 <i>Demokratische Konsolidierung in der Mongolei</i> .....	48
6.3 <i>Empfehlungen zur Implementierung des Modells der deutschen politischen Stiftungen in der Mongolei</i> .....	68
6.3.1 <i>Mehrstufige Umsetzungsoptionen</i> .....	68
6.3.1.1 Aufbau einer Beratungsinstitution.....	69
6.3.1.2 Ausbau der politischen Breitenbildung .....	72

6.3.1.3	Weitere mögliche Aufgabenfelder.....	75
6.3.2	<i>Organisatorische Aspekte</i> .....	76
6.3.2.1	Gesetzliche Grundlage.....	76
6.3.2.2	Finanzierung .....	77
6.3.2.3	Infrastruktur .....	80
6.4	<i>Impulse mongolischer politischen Stiftungen im Demokratisierungsprozess des Landes</i> .....	85
7.	Schlussbemerkungen.....	87
	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	93
	Anhangsverzeichnis .....	III
	Anhang .....	IV

## Abbildungsverzeichnis

---

<i>Abbildung 1: Politische Bildung als stufenhafter Prozess .....</i>	16
<i>Abbildung 2: Positive Einflussfaktoren auf individuelle politische Partizipation.....</i>	19
<i>Abbildung 3: Die grundlegende Organisationsstruktur der politischen Stiftungen .....</i>	30
<i>Abbildung 4: Zielsetzung der politischen Bildungsarbeit der Stiftungen (am Beispiel der KAS) ....</i>	35
<i>Abbildung 5: Veranstaltungskonzeption durch politische Stiftungen (am Beispiel der KAS).....</i>	38
<i>Abbildung 6: Die Zukunft der politischen Bildung (am Beispiel der KAS).....</i>	39
<i>Abbildung 7: Entwicklungsschritte einer mongolischen politischen Stiftung .....</i>	79
<i>Abbildung 8: Glasfaserkabel-Netz in der Mongolei.....</i>	83
<i>Abbildung 9: Impulse einer mongolischen politischen Stiftung im Demokratisierungsprozess.....</i>	86

## Abkürzungsverzeichnis

---

AA	Auswärtiges Amt
APB	Akademie für Politische Bildung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMI	Bundesministerium des Inneren
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CWP	Civil Will Party
DP	Demokratische Partei
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FNF	Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
GG	Grundgesetz
HBS	Heinrich-Böll-Stiftung
HSS	Hanns-Seidel-Stiftung
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
MNDP	Mongolische Nationaldemokratische Partei
MVP	Mongolische Volkspartei
MRVP	Mongolische Revolutionäre Volkspartei
NGO	Non Governmental Organization
RLS	Rosa-Luxemburg-Stiftung

## 1. Einleitung und Hinführung zum Thema

---

Die Mongolei – ein Land, das nur selten in den Blickpunkt der deutschen Öffentlichkeit rückt. Dabei blicken die deutsch-mongolischen Beziehungen auf eine lange Tradition zurück. Bereits Anfang der 1920er Jahre kamen deutsche Ingenieure nach Ulaanbaatar, halfen bei den ersten Infrastrukturmaßnahmen und berieten das Wirtschaftsministerium. 1926 entsandte die mongolische Regierung Schüler und Studenten zur Ausbildung nach Deutschland.<sup>1</sup> Dieser Austausch wurde auch mit der ehemaligen DDR fortgesetzt, wo mehrere tausend junge Mongolen eine Hochschul- oder Facharbeiterausbildung erhielten.<sup>2</sup>

Ein besonderer Impuls für die Verbundenheit ging von dem gemeinsam erlebten historischen Umbruch 1989/90 aus. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die Mongolei – wie auch die ehemalige DDR – auf Basis eines Ein-Parteiensystems regiert und unterlag dem sowjetischen Einflussbereich. Anders als in Deutschland konnte man in der Mongolei in der Umbruchphase in keiner Weise auf demokratische Erfahrungen zurückgreifen, denn seit Jahrhunderten wurde die Geschichte des Landes vor allem von den beiden übermächtigen und heute noch autoritär geprägten Staaten China und Russland bestimmt. Dies ist nur ein Grund, warum der mongolische Transformations- und Demokratisierungspfad als einmalig bezeichnet wird. Auch andere Faktoren, die aus politikwissenschaftlicher Perspektive als Vorbedingung für eine erfolgreiche Transition angesehen werden, waren in der Mongolei nicht vorhanden, wie etwa der absolute Mangel an privatwirtschaftlichen Strukturen oder das Fehlen dissidentischer Bewegungen und bereits länger ausgeprägter anti-kommunistischer Widerstand.<sup>3</sup> Dennoch erfassten die durch die Perestroika- und Glasnost-Politik angestoßenen Veränderungen auch die Mongolei und führten 1990 zu einem bemerkenswert friedlichen Umbruch, der den demokratischen Transformationsprozess einleitete.

Die deutsche Bundesregierung hat den mongolischen Demokratisierungsprozess von Beginn an nicht nur mit Anerkennung verfolgt, sondern auch aktiv unterstützt. Eine herausragende Rolle spielten dabei die vor Ort vertretenen politischen Stiftungen – Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) sowie die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS). Alle drei Stiftungen genießen aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit in der Mongolei eine hervorragende Reputation. Die KAS ist dabei die einzige der Stiftungen, die seit 1993 mit

---

<sup>1</sup> Barkmann, Udo B. (2012): *Die Mongolei und ihre dritten Nachbarn*, pmg Denkwürdigkeiten Nr. 79, S. 8.

<sup>2</sup> Bormann, Renate (2012): *30 Jahre diplomatische Beziehungen Deutschland – Mongolei*, <http://www.mongolei.de/berichte/beziehungen.htm>.

<sup>3</sup> Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*, abrufbar unter: <http://www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2012/pdf/BTI%202012%20Mongolia.pdf>, S. 3.

einem eigenen Auslandsmitarbeiter in Ulaanbaatar vertreten ist und politische Breitenbildung für die gesamte mongolische Bevölkerung durchführt.

Vor allem die ersten Jahre nach der demokratischen Wende waren für die Menschen in der Mongolei mit erheblichen Herausforderungen und Anstrengungen verbunden. Durch den Zusammenbruch der Wirtschaftsstrukturen und vieler Staatsbetriebe, insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich, war die Mongolei auf die Unterstützung ausländischer Geber angewiesen. Die Situation war geprägt durch rapide ansteigende Arbeitslosenzahlen, einer rasanten Inflation und Lebensmittelknappheit.<sup>4</sup> Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fielen die früheren Hilfsleistungen aus Russland aus. Diese kamen nun vorrangig aus den USA, Japan und Deutschland sowie vom IWF und der Weltbank. Trotz dieser damals wirtschaftlich prekären Situation wurde die angestoßene Demokratisierung nicht aufgehalten.

Inzwischen blickt die Mongolei auf einen 22-jährigen Demokratisierungsprozess zurück, in dem der Wandel hin zu parlamentarischer Demokratie und marktwirtschaftlicher Ausrichtung vollzogen wurde. Das Land ist damit eine der wenigen elektoralen Demokratien, die sich in Asien etablieren konnten. Die ersten freien Wahlen zum Großen Staatskhural (mongolisches Parlament) wurden 1990 durchgeführt. Die neue Verfassung wurde 1992 verabschiedet und legte den Grundstein für die Etablierung der demokratischen Institutionen, Gewaltenteilung, rechtsstaatliche Strukturen sowie die Gewährleistung und Einhaltung von Menschenrechten.

Die wirtschaftliche Situation des Landes hat sich ebenso dynamisch entwickelt. Bereits im ersten Quartal 2012 wuchs die mongolische Wirtschaft um 16,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.<sup>5</sup> Für die kommenden Jahre dürfte diese Dynamik beibehalten werden und die Mongolei zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt gehören. Ursächlich für diese Entwicklung sind die enormen Rohstoffreserven des Landes – insgesamt nimmt die Mongolei weltweit den dritten Platz in Bezug auf die vermuteten Rohstoffvorkommen ein.<sup>6</sup> Das Land ist u.a. reich an Kohle, Gold, Kupfer, Uran, Eisenerz und Seltene Erden. Vor allem die steigenden Preise für Kupfer, Gold und Kohle haben der Wirtschaft positive Impulse verliehen.

---

<sup>4</sup> Vgl. Rey, Johannes/Davaasuren, Buyantogtoch/Höhlein, Carolin (2011): *Die Mongolei am Scheideweg. Grundlagen und Perspektiven*, pmg Denkwürdigkeiten Nr. 76, S. 12.

<sup>5</sup> World Bank (2012a): *Mongolia Quarterly Economic Update – June 2012*, <http://www.worldbank.org/en/news/2012/06/25/mongolia-quarterly-economic-update-june-2012>.

<sup>6</sup> Probst, Manuel (2011): *Mongolei – in Zukunft ein zweites Abu Dhabi?*, <http://www.exportmanager-online.de/archiv/142/mongolei-in-zukunft-ein-zweites-abu-dhabi>.

Auch die deutsch-mongolischen Beziehungen haben in jüngster Vergangenheit an Dynamik gewonnen: mit dem Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Oktober 2011 in Ulaanbaatar – der erste Besuch eines deutschen Regierungschefs in der Mongolei überhaupt – sowie durch den Staatsbesuch des mongolischen Staatspräsidenten Ts. Elbegdorj im März 2012 in Deutschland. In ihrer Rede vor dem mongolischen Parlament betonte Angela Merkel, dass der Rohstoffreichtum des Landes erhebliches Potential für Wachstum und Wohlstand, berge. Zugleich hob sie hervor, dass Regierung und Parlament dafür Sorge tragen müssten, dass einem möglichst großen Teil der Bevölkerung die Erlöse aus dem Rohstoffsektor zukämen.<sup>7</sup> Trotz der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung lebt noch immer ein Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze.<sup>8</sup> Ob der Rohstoffreichtum zu einem Segen für die Mongolei wird, hängt in besonderem Maße von funktionsfähigen und transparenten Institutionen ab. Aufgrund ihrer Bodenschätze rückt die Mongolei mehr und mehr in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit. Ohne ausländische Investoren wird es der Mongolei nicht gelingen, ihre Rohstoffe zu nutzen – sowohl zum Abbau als auch zur Weiterverarbeitung dieser ist ausländisches Know-How unerlässlich. Um dieses Potential nutzen zu können, sind stabile politische, soziale und wirtschaftliche Strukturen unabdingbar – zum einen, um Investitionssicherheit zu garantieren, zum anderen, um die Bevölkerung auf dem Weg der Demokratisierung weiter mitzunehmen und dieser Partizipation an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung zu ermöglichen.

Es zeigen sich jedoch zunehmend Tendenzen, die der Nutzung des vorhandenen Potentials abträglich sind. Korruption ist ein nach wie vor weit verbreitetes Problem und der Großteil der Bevölkerung hat immer weniger das Gefühl, an der Entwicklung des Landes teilzuhaben. Es macht sich zunehmend das Gefühl breit, dass die gewählten Repräsentanten die aktuellen Probleme und Herausforderungen nicht bewältigen können und nicht den Willen der Bevölkerung widerspiegeln.<sup>9</sup> Ein Grund dafür ist, dass die politische Einflussnahme zunehmend an finanzielle Mittel geknüpft ist – für Kandidaturen bei den Wahlen zum Großen Staatskhural müssen mitunter mehrere hundertausend US-Dollar aufgebracht werden, exklusive des ebenfalls aus privater Hand zu finanzierenden Wahlkampfes. Die Gesamtkosten für eine Kandidatur bei den Parlamentswahlen können sich so bei einigen Parteien auf bis zu eine

---

<sup>7</sup> Bundesregierung (2011): *Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Parlament der Mongolei*, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2011/10/2011-10-13-rede-parlament-mongolei.html>.

<sup>8</sup> World Bank (2012b): *Data – Mongolia*, <http://data.worldbank.org/country/mongolia>.

<sup>9</sup> Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*, S. 11.

Mio. US-Dollar summieren.<sup>10</sup> Die Verquickung von wirtschaftlichem und politischem Erfolg und der Einfluss partikularer Interessen in der politischen Arena nehmen auf diese Weise zu.

Hinzu kommt die defizitäre programmatische Ausrichtung der Parteien, die für die Bürger jegliches Orientierungspotential vermissen lässt. Inhaltliche Unterscheidungen zwischen diesen sind kaum möglich. Auch die Zivilgesellschaft, die sich in den ersten Jahren nach dem demokratischen Umbruch vital entwickelt hat, hat an Dynamik eingebüßt. Es gibt zwar mehrere tausend NGOs, aber „[a] 2005 study indicated 'civil society in Mongolia is still in a nascent stage of development and operating in a largely disabling environment.' It appears that little has changed in five years. [...] The voices of citizens and civil society are being stifled.“<sup>11</sup> Vor allem in der jungen Generation hat sich so ein politisches Ohnmachts- und Frustrationsgefühl ausgebreitet.

Die Mongolei hat sich 1990 aber klar zu freiheitlich-demokratischen Grundwerten bekannt und mit ihrer demokratischen Entwicklung eine Vorbildfunktion in der zentralasiatischen Region – wenn nicht sogar darüber hinaus – eingenommen. Von Beginn der 1990er Jahre an haben die USA, Japan, Korea, Frankreich und Großbritannien versucht, die Mongolei stärker in die westliche Wertegemeinschaft zu integrieren.<sup>12</sup> Auch die aktuellen außenpolitischen Bestrebungen sind Ausdruck der tiefen Werteverbundenheit mit dem Westen – die Annäherung an die EU im Rahmen der Drittachbarpolitik, das Partnerschaftsabkommen mit der NATO und das Aufnahmegeruch in die OSZE. Mit diesen Bemühungen will die Mongolei zugleich die Abhängigkeit von und die Einflussnahme der beiden großen Nachbarn Russland und China verringern.

Resümierend bedeutet dies: Vor dem Hintergrund der bisherigen demokratischen Entwicklung und des Rohstoffsegens des Landes hat die Mongolei das Potential, breiten Wohlstand in einem politisch stabilen Umfeld zu erreichen – vorausgesetzt es gelingt, die demokratischen Institutionen zu festigen und die bürgerliche Teilhabe an politischen und wirtschaftlichen Prozessen zu sichern. Es ist deshalb an dieser entscheidenden Entwicklungsstufe geboten, Maßnahmen zu initiieren, die die Demokratisierung weiter vorantreiben. Vor dem Hin-

---

<sup>10</sup> United States Agency for International Development (2010): *Executive Summary – Mongolia Democracy and Governance Assessment*, <http://mongolia.usaid.gov/wp-content/uploads/Mongolia-DG-Assessment-Exec-Summary-FINAL-3-12-11.pdf>, S. 12; Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*, S. 6.

<sup>11</sup> United States Agency for International Development (2010): *Executive Summary – Mongolia Democracy and Governance Assessment*, <http://mongolia.usaid.gov/wp-content/uploads/Mongolia-DG-Assessment-Exec-Summary-FINAL-3-12-11.pdf>, S. 12.

<sup>12</sup> Vgl. Barkmann (2012): *Die Mongolei und ihre dritten Nachbarn*, S. 10.

tergrund der Verbundenheit mit der westlichen Wertegemeinschaft und unter Berücksichtigung der von der KAS, der FES und der HSS erbrachten Leistungen im Rahmen des mongolischen Demokratisierungsprozesses sowie deren hervorragender Reputation im Land, stellt sich die Frage, ob nicht eine eigene mongolische politische Stiftung nach deutschem Vorbild ein geeignetes Instrument unter anderen wäre, um den Demokratisierungsprozess in der Mongolei weiter zu festigen. Auch in Deutschland, aber unter anderen Ausgangsvoraussetzungen, wurden politische Stiftungen installiert, um die demokratische Entwicklung zu unterstützen.

Die zentralen Fragestellungen der vorliegenden Arbeit sind mithin: Ist das Modell der deutschen politischen Stiftungen auf die Mongolei übertragbar? Kann mit Hilfe einer mongolischen politischen Stiftung nach deutschem Vorbild die programmatische Ausrichtung der Parteien weiterentwickelt sowie politische Bildung und politische Partizipation gefördert werden? Welcher Mehrwert kann durch einen solches Projekt für das politische System der Mongolei generiert werden?

Bevor die Gliederung der Arbeit vorgestellt wird, sollen noch einmal kurz und prägnant die Gründe zusammengefasst werden, weshalb die Mongolei als Untersuchungsgegenstand ausgewählt wurde: Die Besonderheit des mongolischen Transformationsprozesses, die seit Jahrzehnten bestehende Verbundenheit mit der westlichen Wertegemeinschaft, die interne dynamische Entwicklung des Landes, der hauptsächlich durch den Rohstoffboom begründete internationale Fokus sowie die aktuelle Notwendigkeit, den Demokratisierungsprozess im Hinblick auf die sich abzeichnenden Defizite weiter voranzutreiben, um die bisherigen Erfolge nicht zu untergraben und das vorhandene Potential auszuschöpfen.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage ist die Arbeit nun wie folgt strukturiert: Den theoretischen Rahmen bilden die Kapitel 2.-4. Im nachfolgenden Kapitel 2. wird das Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung nach Wolfgang Merkel vorgestellt. Entsprechend der an zweiter Stelle aufgeführten Frage soll anschließend die Bedeutung politischer Bildung, politischer Partizipation und politischer Parteien für demokratische Gesellschaften herausgestellt werden (Kapitel 3.). Wie sich zeigen wird, sind dies entscheidende Faktoren für die demokratische Weiterentwicklung des Landes; in der Mongolei gibt es in diesen Bereichen jedoch noch Verbesserungspotential. Im Zuge der Analyse der Übertragbarkeit des Modells der deutschen politischen Stiftungen auf die Mongolei ist es selbstverständlich geboten, das Modell selbst eingehend vorzustellen – die Besonderheit der politischen Stiftungen, Organisationsstruktur, Finanzierung sowie Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche (Kapitel

4.). Der zweite Teil der Arbeit widmet sich ausführlich der Mongolei – der historischen Entwicklung sowie dem aktuellen Stand der demokratischen Konsolidierung. Dieser wird anhand des Mehrebenenmodells nach Merkel nachgezeichnet. Aufgrund der Dynamik und der bisherigen Entwicklung eignet sich die Mongolei in besonderer Weise, die Nützlichkeit des Merkelschen Ansatzes zu unterstreichen. Ausgehend von diesen Betrachtungen werden Überlegungen zur Übertragbarkeit des Modells auf die Mongolei angestellt. In einem letzten Schritt in Kapitel 6. werden Empfehlungen zur Implementierung einer eigenen mongolischen politischen Stiftung sowie mögliche Auswirkungen auf das politische System der Mongolei vorgestellt. Abgerundet wird die Arbeit durch ein Schlusskapitel, in dem die Vorgehensweise und die zentralen Erkenntnisse zusammengefasst werden (Kapitel 7.).

Das methodische Vorgehen zeichnet sich durch folgende Schritte aus: Die Erstellung der theoretischen Rahmenkapitel (Kapitel 2.-4.) stützt sich auf eine eingehende Analyse entsprechender wissenschaftlicher Literatur. Insbesondere die Literatur bezüglich der Arbeit politischer Stiftungen hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend verdichtet, vor allem die Zahl der Untersuchungen im Hinblick auf die Internationale Tätigkeit der politischen Stiftungen hat zugenommen.<sup>13</sup> Bisher gibt es jedoch keine Studie, die sich mit der Übertragbarkeit des Modells auf andere Kontexte auseinandersetzt. Aufgrund dessen sind keine oder in nicht ausreichendem Maß nutzbare Daten vorhanden, auf die zur Beantwortung der Forschungsfragen hätte zurück gegriffen werden können. Das Forschungsfeld musste mittels einer explorativen Untersuchung erschlossen werden. Explorative Studien tragen zur Strukturierung des Forschungsfeldes bei, wenn bisher wenig über dieses sowie Ursachen und Zusammenhänge in diesem bekannt ist. Zur Erkundung des Forschungsfeldes wurde eine induktive Vorgehensweise gewählt. Welche Verfahren in diesem Zusammenhang zur Datengenerierung dienten und wie deren Auswertung erfolgte, wird in Kapitel 5. der Arbeit eingehender dargestellt.

---

<sup>13</sup> Mit der Internationalen Tätigkeit politischer Stiftungen beschäftigen sich unter anderem: Kress, Roland (1985): *Die politischen Stiftungen in der Entwicklungspolitik. Eine Analyse der Kooperation von Friedrich-Ebert-Stiftung und Konrad-Adenauer-Stiftung mit politischen Partnern in Entwicklungsländern*, Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum; Pogorelskaja, Swetlana W. (2009): *Frei von Zwängen der Tagespolitik. Die deutschen politischen Stiftungen im Ausland*, Peter Lang GmbH Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main; Bartsch, Sebastian (1998): *Political Foundations: Linking World of Foreign Policy and Transnationalism*, in: Eberwein, Wolf-Dieter/Kaiser, Karl: Germany's New Foreign Policy. Decision-Making in an Interdependent World, R. Oldenburg Verlag, München, S. 206-219; Bartsch, Sebastian (2007): *Politische Stiftungen*, in: Schmidt, Siegmar/Hellmann, Gunther/Wolff, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zu deutschen Außenpolitik, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 280-289; Mair, Stefan (2000): *Germany's Stiftungen and Democracy Assistance: Comparative Advantages, New Challenges*, in: Burnell, Peter (Hrsg.): Democracy Assistance. International Co-operation for Democratization, Frank Cass, London, S. 128-149; Hildebrand, Ernst/Optenhögel, Uwe (2001): *Meditatoren in einer entgrenzten Welt. Zur außenpolitischen Rolle der politischen Stiftungen*, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 1/2011, S. 165-172.

## 2. Das Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung

---

Im nachstehenden Kapitel wird das Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung nach Wolfgang Merkel vorgestellt.<sup>14</sup> Es wurde als Grundlage der Arbeit ausgewählt, weil es ermöglicht, den Konsolidierungsprozess der Mongolei systematisch und stringent nachzuvollziehen und den notwendigen Konsolidierungsbedarf deutlich herauszustellen (Kapitel 6.2). Die Ausführungen anderer Autoren sind hinsichtlich dessen weniger geeignet.<sup>15</sup> Wann eine Demokratie als konsolidiert gelten kann, ist in der Transformationsforschung umstritten.<sup>16</sup> Nach Merkel muss, um diesen Zeitpunkt näher bestimmen zu können, feststehen, was unter Demokratie zu verstehen ist und was Konsolidierung bedeutet.

### *Demokratieverständnis:*

„Contestation to open participation“<sup>17</sup> – Mit dieser prägnanten Definition fasst Robert Dahl in seinem Demokratiekonzept „Polyarchie“ die seiner Meinung nach wichtigsten demokratischen Elemente – Partizipation und Wettbewerb – zusammen.<sup>18</sup> Spätere Versuche, Demokratie zu definieren, bauen auf diesen beiden Elementen auf, verfolgen dabei in der Regel aber eine ausführlichere Bestimmung demokratischer politischer Systeme.<sup>19</sup> Dahl hat acht Minimalanforderungen definiert, die erfüllt sein müssen, um von einem demokratischen System ausgehen zu können: Die Institutionen der Regierung müssen von gewählten Amtsträgern wahrgenommen werden und den Wählern verantwortlich sein. In regelmäßigen Abständen müssen freie und faire Wahlen stattfinden, bei denen für alle Erwachsenen das aktive

---

<sup>14</sup> Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 110-126.

<sup>15</sup> Im Rahmen der Recherche wurde ebenso herangezogen: Welffen, Brigitte (2009): *Entstehungsbedingungen von Demokratien. Interne und externe Einflüsse im Vergleich*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden; Schmitter, Philippe C./Santiso, Javier (1998): *Three Temporal Dimensions to the Consolidation of Democracy*, International Political Science Review (1998), Vol. 19, No. 1; Schmitter, Philippe C. (1993): *Some Propositions about Civil Society and the Consolidation of Democracy*, Institut für Höhere Studien (IHS) Wien, Reihe Politikwissenschaft No. 10; Waldrach, Harald (1996): *Was heißt demokratische Konsolidierung? Über einige theoretische Konsequenzen der europäischen Regimewechsel*, Institut für Höhere Studien (IHS) Wien, Reihe Politikwissenschaft No. 36; Schedler, Andreas (1998): *What is Democratic Consolidation?*, Journal of Democracy 9.2 (1998), S. 91-107.

<sup>16</sup> Ausführlich dazu: Merkel (2010): *Systemtransformation*; sowie Merkel, Wolfgang (2011): *Systemtransformation: Konsolidierung und Qualität der Demokratie*, in: Grotz, Florian/Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): *Regierungssysteme in Mittel- und Osteuropa. Die neuen EU-Staaten im Vergleich*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden, S. 29.

<sup>17</sup> Zitiert nach Garido, Diego (2003): *Die defekte Demokratie in Südamerika*, Arbeitshefte des Lateinamerika-Zentrums, Nr. 85, <http://www.cibera.de/fulltext/2/2967/CeLA/publik/Ah/ArbHeft85.pdf>, S. 4.

<sup>18</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang/Petrung, Alexander (2011): *Demokratie in Deutschland – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. Partizipation und Inklusion*, Artikel zur Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Demokratie in Deutschland 2011“, [http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Partizipation\\_und\\_Inklusion.pdf](http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Partizipation_und_Inklusion.pdf), S. 1.

<sup>19</sup> Vgl. Garido (2003): *Die defekte Demokratie in Südamerika*, S. 4; siehe auch hier für weitere Definitionen.

und passive Wahlrecht gewährleistet ist. Politische Führer müssen das Recht haben, um Unterstützung zu werben. Weiterhin muss die Freiheit der Meinungsäußerung ohne Angst vor Strafverfolgung gesichert sein. Die Bürger müssen Zugang zu pluralistischen und alternativen Informationsquellen haben und ebenso muss die Assoziationsfreiheit für unabhängige Vereinigungen, Interessengruppen und Parteien gewährleistet sein.<sup>20</sup> Auch Merkel bezieht sich in seinen Ausgangsüberlegungen u.a. auf Dahl<sup>21</sup> und entwickelt daraus ein Konzept liberaler Demokratie, das jedoch über die Anforderungen Dahls hinausgehend die Dimensionen der politischen Gleichheit, Freiheit und der Herrschaftskontrolle mit einschließt. Dies setzt einen funktionsfähigen Rechtsstaat voraus, welcher wiederum das Herrschaftsmonopol einer Regierung erfordert.

Im Rahmen der sog. *embedded democracy* wird Demokratie als ein Gefüge von Teilregimen begriffen, die in wechselseitigem Bezug zueinander stehen und sich gegenseitig ergänzen.<sup>22</sup> Diese Teilregime umfassen die Elemente der vertikalen Dimension der Herrschaftslegitimation und -kontrolle, d.h. periodisch stattfindende Wahlen sowie ein öffentlicher Raum zur politischen Meinungs- und Willensbildung.<sup>23</sup> Diese beiden Teilregime entsprechen den Komponenten der Polyarchie Dahls. Dabei hat bei Merkel das Wahlregime die zentrale Stellung inne: Wenn keine freien Wahlen stattfinden, kann nicht von einer Demokratie ausgegangen werden. Darüber hinaus sind im Verständnis der embedded democracy bürgerliche Freiheitsrechte, horizontale Gewaltenteilung und eine effektive Regierungsgewalt der tatsächlich gewählten Repräsentanten entscheidend.<sup>24</sup> Das System der fünf Teilregime ist nicht frei schwebend, sondern eingebettet in und bestimmt durch seinen Kontext. Die Umwelt, die eine Demokratie umgibt, ermöglicht und stabilisiert oder behindert und destabilisiert sie. Die wichtigsten Einbettungskomponenten der Demokratie sind „sozioökonomischer Kontext, Zivilgesellschaft und internationale wie regionale Einbettung.“<sup>25</sup> Stabile rechtsstaatliche Demokratien sind demnach doppelt eingebettet: intern, indem die Teilregime sich gegenseitig absichern, und extern, indem auch Umwelteinflüsse auf diese einwirken.

---

<sup>20</sup> Veen, Hans-Joachim (2007): *Die Bedeutung politischer Parteien für Demokratie und Demokratisierung*, in: Wahlers, Gerhard/Grabow, Karsten (Hrsg.): Parteien und Demokratie. Beiträge der Internationalen Fachkonferenz zum KAS-Demokratierport 2007, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin, S. 26; siehe auch: Welffen (2009): *Entstehungsbedingungen von Demokratien*, S. 23.

<sup>21</sup> Merkel (2010): *Systemtransformation*, S. 30.

<sup>22</sup> Ebd., S. 34 f.

<sup>23</sup> Ebd., S. 31 f.

<sup>24</sup> Ebd., S. 32 ff.

<sup>25</sup> Ebd., S. 35; Der Aspekt des sozioökonomischen Entwicklungsstandes wird auch aufgegriffen von: Welffen (2009): *Entstehungsbedingungen von Demokratien*, S. 73 ff.; Grafische Darstellungen zum Konzept der embedded democracy sind dem Anhang der vorliegenden Arbeit beigefügt.

Das Konzept der embedded democracy zeigt, dass eine Demokratie nicht alleine auf Wahlen und dem Recht der Teilhabe an diesen begrenzt werden kann. Wichtig ist auch, was zwischen diesen innerhalb des politischen Systems und der Gesellschaft geschieht, wie stark zivilgesellschaftliche Strukturen ausgeprägt sind und dass ein funktionsfähiger rechtsstaatlicher Rahmen existiert.

*Demokratische Konsolidierung:*<sup>26</sup>

Im Hinblick auf demokratische Konsolidierung kann zwischen „negativer“ und „positiver“ Konsolidierung unterschieden werden.<sup>27</sup> Positiv ist ein politisches System konsolidiert, „wenn das gesamte System nicht nur in den Augen der Eliten legitim und ohne Alternative ist, sondern wenn auch die Einstellungs-, Werte- und Verhaltensmuster der Bürger einen stabilen Legitimitätsglauben gegenüber der Demokratie reflektieren.“<sup>28</sup> Merkel greift in seinen Ausführungen dieses Konzept auf und differenziert es in vier analytische Ebenen, die häufig auch eine zeitliche Abfolge des Konsolidierungsprozesses widerspiegeln.

#### *Erste Ebene: Konstitutionelle Konsolidierung*

Die Ebene der konstitutionellen Konsolidierung bezieht sich auf die zentralen Verfassungsinstitutionen – Staatsoberhaupt, Regierung, Parlament, Judikative und das Wahlsystem. Sie steht am Anfang des Konsolidierungsprozesses und prägt schon deshalb maßgeblich die Konsolidierungschancen der nächsten Ebenen.<sup>29</sup> Mittels des verfassungsgebenden Aktes werden die politischen Akteure auf einen Grundkonsens verpflichtet, denn das Verhalten der Eliten ist von enormer Bedeutung für die demokratische Konsolidierung im Ganzen. Etwaige Konflikte müssen innerhalb des konstitutionellen Rahmens ausgetragen werden. Dazu muss die Verfassung einen für die relevanten gesellschaftlichen Gruppen fairen und inklusiven Charakter besitzen und angemessene Lösungspotentiale für künftige Probleme bereit stellen. Die dazu notwendige Legitimität und Verbindlichkeit einer neuen Verfassung kann auf unterschiedliche Wege erwachsen.<sup>30</sup>

---

<sup>26</sup> Die Ausführungen, die nachfolgend zur Darstellung des Modells gemacht werden, beziehen sich auf Merkel (2010): *Systemtransformation*, S. 110-126; werden andere Quellen einbezogen, wird dies kenntlich gemacht.

<sup>27</sup> Ausführlich dazu: ebd., S. 110; Weiterhin ausführlich zu demokratische Konsolidierung siehe auch: Schedler (1998): *What is Democratic Consolidation?*, S. 91-107.

<sup>28</sup> Merkel (2010): *Systemtransformation*, S. 110; Diese Ansicht findet sich auch bei: Welffen (2009): *Entstehungsbedingungen von Demokratien*, S. 28.

<sup>29</sup> Diese maßgebliche Bedeutung misst auch Waldrauch der Verabschiedung der Verfassung bei: Waldrauch (1996): *Was heißt demokratische Konsolidierung*, S. 69.

<sup>30</sup> Ausführlich zu diesem Punkt und der Fragen nach geeigneten Regierungssystemen: Merkel (2010): *Systemtransformation*, S. 113 ff.

### *Zweite Ebene: Repräsentative Konsolidierung*

Der durch die Verfassung entstehende Charakter staatlicher Institutionen sowie die Art des Wahlsystems und die gesetzlichen Vorgaben für Interessenverbände haben Einfluss auf die Entwicklung intermediärer Strukturen. Intermediäre Interessenvermittlungen sind hinsichtlich ihrer territorialen (politische Parteien) und ihrer funktionalen (Interessenverbände) Dimension unterscheidbar.

Die von Merkel als förderlich für den Konsolidierungsprozess identifizierten Parteiensysteme liegen zwischen dem Typus des Zweiparteiensystems und dem des polarisierten extremen Pluralismus. Parteiensysteme erweisen sich weiterhin als konsolidierungsfördernd, wenn sie einen geringen Fragmentierungsgrad aufweisen, eine geringe ideologische Distanz zwischen den relevanten linken und rechten Flügelparteien besteht und wenn die Wählerfluktuation als niedrig bis mittel klassifiziert werden kann.

Auch die Art des Wahlrechts hat einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Formation des Parteiensystems. Reine Mehrheitswahlsysteme diskriminieren häufig größere soziale und politische Gruppen beim Zugang zu politischer Macht; während ein reines Verhältniswahl- system ohne Sperrklausel die Formation stabiler Regierungsmehrheiten verhindern oder erschweren kann. Zu bevorzugen sind deshalb gemischte Wahlsysteme oder Verhältniswahl- systeme mit Sperrklauseln.

Durch Parteien alleine kann die Interessenvermittlung zwischen Staat und Gesellschaft jedoch nicht gewährleistet werden – funktionale Interessenvertretungen müssen die territoriale Repräsentation ergänzen. Ein inklusives und effizientes Verbandswesen trägt zur Organisation und Integration „der Gesellschaft“ bei, indem wirtschaftliche und soziale Interessen so formiert werden, dass ein kollektives Handeln gegenüber konkurrierenden Interessen und dem Staat möglich ist. Verbandliche Selbstorganisation garantiert zudem der Gesellschaft aus demokratietheoretischer Sicht wirkungsvolle autonome Handlungsräume gegenüber dem Staat und bedeutet in aller Regel auch eine Steuerungsentlastung für den Staat und damit wirtschaftlichen Rationalitätsgewinn.

### *Dritte Ebene: Verhaltenskonsolidierung und Vetoakteure*

Die dritte Ebene der demokratischen Konsolidierung betrifft das Einflussvermögen von Veto-Mächten. Diese werden als „mächtige gesellschaftliche und staatliche Akteure verstanden, die kein verfassungsgestütztes Mandat zum politischen Handeln besitzen.“<sup>31</sup> Als zum Erfolg oder Misserfolg des Demokratisierungsprozesses beitragende Akteure zählen das Militär, paramilitärische Verbände, Großgrundbesitzer, radikale Gewerkschaften, Vertreter des Finanz- und Industriekapitals oder terroristische Gruppierungen. Das „informelle politische Handeln, [die] wirtschaftlichen Transaktionen oder gesellschaftliche Mobilisierungen“<sup>32</sup> dieser Gruppen sind von enormer Bedeutung für die Entwicklung bzw. den Abbruch des Demokratisierungsprozesses. Die Gefahr demokratiegefährdender Geschehnisse steigt, je weniger Vertrauen die genannten Akteure in die offiziellen politischen Institutionen, die kollektiven Akteure und politischen Eliten haben. Je mehr also die Ebenen eins und zwei gefestigt sind, desto mehr verlieren sie ihr Vetomotiv.

### *Vierte Ebene: Konsolidierung der Bürgergesellschaft*

Ein demokratisches System kann als überlebensfähig gelten, wenn die ersten drei Ebenen konsolidiert sind. Aber ohne die Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung kann eine Demokratie nicht als gänzlich konsolidiert angesehen werden. Demokratische Herrschaftsstrukturen können nur dann als hinreichend stabil eingestuft werden, wenn sie aus der Bevölkerung ausreichend aktive und passive Unterstützungsleistung erfahren. Solch kontinuierliche Unterstützungsleistungen können nur in einer beständigen und intakten Staatsbürgerkultur gründen, „die das demokratische System auch unabhängig von der wirtschaftlichen und politischen Leistungsbilanz unterstützt und stabilisiert.“<sup>33</sup> Eine als so beschriebene Staatsbürgerkultur kann in zwei Dimensionen unterteilt werden: *civic culture*<sup>34</sup> und *civil society*. Während das erste Konzept der *civic culture* verstärkt auf Werte und Einstellungen zum demokratischen System Bezug nimmt, betonen die theoretischen Überlegungen hinter dem Konstrukt der *civil society* verstärkt den Aspekt des Bürgerhandelns in der Gesellschaft gegenüber dem Staat. Die Annahme, dass eine entwickelte Zivilgesellschaft die Stärkung der Demokratie unterstützt, hat eine lange Tradition.<sup>35</sup> Idealerweise kommt es im Rahmen des fortschreitenden Konsolidierungsprozesses zu einer effektiveren politischen Steuerung

---

<sup>31</sup> Ebd., S. 122.

<sup>32</sup> Ebd.

<sup>33</sup> Ebd., S. 124.

<sup>34</sup> Die Bedeutung der *civic culture* betonen auch: Schmitter/Santiso (1998): *Three Temporal Dimensions to the Consolidation of Democracy*, S. 75 ff.

<sup>35</sup> Ausführlich dazu: Merkel (2010): *Systemtransformation*, S. 125 f.

durch die Mitwirkung gesellschaftlicher Akteure. Dazu muss sich jedoch die politische und die zivile Gesellschaft „in wechselseitiger Selbstbeschränkung immer wieder zu Kooperation bereit finden.“<sup>36</sup> Dieser Prozess kann Jahrzehnte in Anspruch nehmen.

Aufgrund der hohen Bedeutung der Zivilgesellschaft<sup>37</sup> für die Stabilisierung von Demokratien soll der Begriff im Folgenden etwas präziser dargestellt werden. Zivilgesellschaft ist ein gesellschaftlicher Bereich, der zwischen staatlicher, wirtschaftlicher und privater Sphäre anzusiedeln ist<sup>38</sup> und damit eine wichtige Diskussions- und Kommunikationsfunktion wahrnimmt.<sup>39</sup> Dazu gehört jedes Engagement der Bürger, das nicht profitorientiert und von Parteiinteressen unabhängig ist. Voraussetzung für zivilgesellschaftliches Engagement ist die Garantie individueller und kollektiver Freiheitsrechte sowie stabile rechtsstaatliche Strukturen, wie es bereits im Zuge des Konzepts der embedded democracy dargestellt wurde. Oftmals organisiert sich die Zivilgesellschaft in Form von NGOs, weshalb sie als eine Art Träger derselben angesehen werden können; sie bilden diese aber nicht komplett ab. Wie man Zivilgesellschaft auch definieren mag, eines ist sicher: Für das Fortkommen eines Landes gilt sie als unverzichtbar.<sup>40</sup> Denn Zivilgesellschaft „ist Kontroll- und Frühwarnsystem, öffentlicher Resonanzverstärker und Artikulator gesellschaftlicher Problemlagen.“<sup>41</sup> Diese politischen Funktionen werden durch das Eintreten für sozial oder politisch schwache Gruppen ergänzt. Daneben ist Zivilgesellschaft aber auch ein Ort der politischen Sozialisation, denn aus ihrer Perspektive ist Politik nicht nur eine Angelegenheit der gewählten Repräsentanten, sondern kann nur funktionieren, wenn sie der Demokratie die notwendige Energie und Beweglichkeit – und damit wichtige Impulse – zuführt.<sup>42</sup>

Abschließend festzuhalten: Sofern sich eine „reflektierte Kooperation“<sup>43</sup> zwischen der staatlichen und der zivilgesellschaftlichen Sphäre entwickelt hat, kann davon ausgegangen wer-

<sup>36</sup> Ebd., S. 126.

<sup>37</sup> Umfassende Informationen dazu finden sich bei: Adloff, Frank (2005): *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*, Campus Verlag, Frankfurt/New York; ebenso bei: Sandschneider, Eberhard (1995): *Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung*, Leske + Budrich, Opladen, S. 70 ff.; eine weitere Definition liefert: Schmitter (1993): *Some Propositions about Civil Society and the Consolidation of Democracy*, S. 4.

<sup>38</sup> Klie, Thomas (2011): *Zivilgesellschaft – mehr als Dritter Sektor*, Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung, abrufbar unter: <http://www.zze-freiburg.de/assets/pdf/Unser-Verstaendnis-von-Zivilgesellschaft-zze.pdf?PHPSESSID=dab57b22f391d761910d0eacd38c5281>.

<sup>39</sup> Bauer, Friederike (2012): *Wenn Politik ganz nahe kommt. Ohne die aktive Teilhabe von mündigen Bürgern kann keine Demokratie wachsen und keine nachhaltige Entwicklung entstehen*, in: akzente 01/2012, Magazin der GIZ, S. 21.

<sup>40</sup> Ebd.

<sup>41</sup> Klein, Ansgar (o.J.): *Der Staat, der die Zivilgesellschaft stärkt, stärkt sich selbst*, Bundesnetzwerk Bürger-schaftliches Engagement, [http://www.b-b-e.de/uploads/media/nl0702\\_zivilgesellschaft\\_klein\\_01.pdf](http://www.b-b-e.de/uploads/media/nl0702_zivilgesellschaft_klein_01.pdf), S. 1.

<sup>42</sup> Vgl. ebd.

<sup>43</sup> Merkel (2010): *Systemtransformation*, S. 126.

den, dass sich auch die vierte Ebene der Demokratie konsolidiert hat. Erst dann – bei Konsolidierung aller vier Ebenen – kann von einer weitgehend krisenresistenten Demokratie gesprochen werden, „deren Existenz nicht von kurzfristigen ökonomischen, sozialen und politischen Krisen gefährdet wird.“<sup>44</sup> Dennoch ist Demokratisierung ein wohl nie abgeschlossener Prozess – „Demokratie ist nicht, sondern wird ständig.“<sup>45</sup>

---

<sup>44</sup> Ebd., S. 127.

<sup>45</sup> Zitiert nach: Waldrauch (1996): *Was heißt demokratische Konsolidierung?*, S. 95; Diese Auffassung vertritt auch: Schmitter, Philippe C. (1998): *Some basic assumptions about the consolidation of democracy*, in: Inoguchi, Takashi/Newman, Edward/Keane, John (Hrsg.): *The changing nature of democracy*, United Nations University Press, Tokyo/New York/Paris, S. 23.

### 3. Die Bedeutung politischer Bildung, politischer Partizipation und politischer Parteien für demokratische Gesellschaften

---

Wie die eben gemachten Ausführungen aufgezeigt haben, ist es für die Konsolidierung einer Demokratie unerlässlich, zivilgesellschaftliche Strukturen und bürgerschaftliches Engagement zu stärken, um die Krisensicherheit derselben herzustellen. Um dies zu erreichen, ist es unabdingbar, ein gewisses Maß an politischer Bildung für die Bevölkerung bereitzustellen und zu fördern. Denn nur eine gut ausgebildete Bürgerschaft kann aktiv an politischen und gesellschaftlichen Prozessen partizipieren. Aus diesem Grund soll in den nachfolgenden Abschnitten die Bedeutung politischer Bildung und politischer Partizipation innerhalb einer demokratischen Gesellschaft tiefer gehend dargestellt werden.

Ebenso sind für das Funktionieren einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie wirkungsvoll und auf das Gemeinwesen ausgerichtet arbeitende Parteien unentbehrlich. Wenn Parteien eine komplexe Legitimierungsfunktion für die parlamentarische Demokratie haben, hängt alles von ihrer Funktionsfähigkeit, ihrem Zustand und der Art und Weise ihres Agierens ab. Aus diesem Grund soll in den nachfolgenden Ausführungen auch auf die idealtypische Funktions- und Arbeitsweise politischer Parteien in demokratischen Gesellschaften eingegangen werden.

#### 3.1 Bedeutung politischer Bildung

---

Es gibt keine Demokratie ohne Demokraten.<sup>46</sup> Politische Bildung und die Förderung politischer Kultur waren daher bereits die Grundanliegen im Zuge des Aufbaus der politischen Stiftungen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>47</sup> Denn „Demokratie ist nichts Urwüchsiges“<sup>48</sup> – kein Regierungssystem ist per se demokatisch. Sie verlangt geradezu nach einem Mindestmaß an politischer Bildung, denn sie ist eine komplexe und komplizierte Regierungsform, die nur schwer zu verstehen ist.<sup>49</sup> Dies muss vor allem vor dem Hintergrund

---

<sup>46</sup> FES (2002): *Das mühsame Geschäft der Demokratisierung: Konzepte und Erfahrungen aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Materialien zur Praxis der Entwicklungszusammenarbeit*; 4, Elektronische Ressource, <http://library.fes.de/fulltext/iez/01385toc.htm>.

<sup>47</sup> Ausführlich zur Entwicklung der Bürgerkultur nach dem Zweiten Weltkrieg: Schneider, Herbert (1999): *Bürgerkultur und politische Bildung. Siegfried Schiele zum 60. Geburtstag*, in: Der Bürger im Staat, 49. Jahrgang, Heft 3, S. 165-168.

<sup>48</sup> Schiele, Siegfried (2004): *Demokratie braucht politische Bildung*, in: Breit, Gotthardt/ders. (Hrsg.): Demokratie braucht politische Bildung, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., S. 3.

<sup>49</sup> Schmitter,(1993): *Some Propositions about Civil Society and the Consolidation of Democracy*, S. 7.

betrachtet werden, dass eine Demokratie von sich aktiv beteiligenden Bürgern lebt, die politische Entscheidungen nicht passiv über sich ergehen lassen, ohne diese zu hinterfragen. Sind Bürger jedoch beim Verständnis zentraler Fragen des politischen Lebens überfordert, verkommt Demokratie zu einer rein formalen Angelegenheit.

Das Ziel politischer Bildung ist mithin der mündige Bürger, der eine eigene Urteils- und Analysefähigkeiten sowie Handlungskompetenzen besitzt, mithilfe derer er politische Prozesse verstehen und durchdringen kann.<sup>50</sup> Es muss ein Grundinteresse an Politik geweckt werden. Darüber hinaus sollte ein gesichertes Grundwissen über politische Institutionen und Verfahrensweisen aufgebaut werden, was die Vermittlung von Kenntnissen über Partizipationsmöglichkeiten mit einschließt.<sup>51</sup> Durch den Aufbau dieser *kognitiven Kompetenz* erhalten die Bürger mithin Kenntnisse über politische Systeme, die internationale Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Entscheidend sind dabei die Kenntnisse über das *eigene* politische System und dessen Funktionsweise.<sup>52</sup> Zur kognitiven Kompetenz gehört auch das Wissen über die wichtigsten Politikfelder, sodass Präferenzen ausgebildet werden können. Darüber hinaus – bereits einen Schritt weiter gehend – ist es bedeutsam, dass Bürger über politische Bildung *prozedurale Kompetenz* erlangen, welche aus zwei Komponenten besteht: aus Kenntnissen und Fertigkeiten. Hierbei geht es um Partizipation. „Der Bürger hat prozedurale *Kenntnisse*, wenn er weiß, wer für politische Entscheidungen in bestimmten Angelegenheiten zuständig ist und wie der Entscheidungsprozess im Einzelnen abläuft. [Er] verfügt über prozedurale *Fertigkeiten*, wenn er politische Ziele formulieren und gegenüber anderen mit Argumenten verteidigen kann.“<sup>53</sup> Ferner sind für stabile Demokratien *habituelle Kompetenzen* entscheidend; gemeint sind damit positive Einstellungen gegenüber dem Gemeinwesen und der existenten Regierungsform.<sup>54</sup> Mit der Entwicklung verschiedener Kompetenzen im politischen Bereich kann die Akzeptanz der im jeweiligen System geltenden Normen und Werte ausgebildet und erhöht werden.<sup>55</sup>

Im Idealfall entwickeln sich mithilfe politischer Bildung nicht nur diese Kompetenzen sowie reflektierte Zuschauer, sondern auch interventionsfähige Bürger und Aktivbürger, die zum

<sup>50</sup> Vgl. Müller, Ragnar (o.J.): *Aufgaben und Ziele politischer Bildung*, [http://www.online-dissertation.de/politische\\_bildung/aufgaben\\_ziele.htm](http://www.online-dissertation.de/politische_bildung/aufgaben_ziele.htm); Vgl. auch Detjen, Joachim (2002): *Leitbilder der Demokratieerziehung: Reflektierte Zuschauer – interventionsfähige Aktivbürger*, <http://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/130030/leitbilder-der-demokratie-erziehung-reflektierte-zuschauer-interventionsfaehige-buerger-aktivbuerger>.

<sup>51</sup> Vgl. ebd. sowie Müller, Ragnar (o.J.): *Aufgaben und Ziele politischer Bildung*.

<sup>52</sup> Vgl. Detjen, Joachim (2002): *Leitbilder der Demokratieerziehung: Reflektierte Zuschauer – interventionsfähige Aktivbürger*.

<sup>53</sup> Ebd.

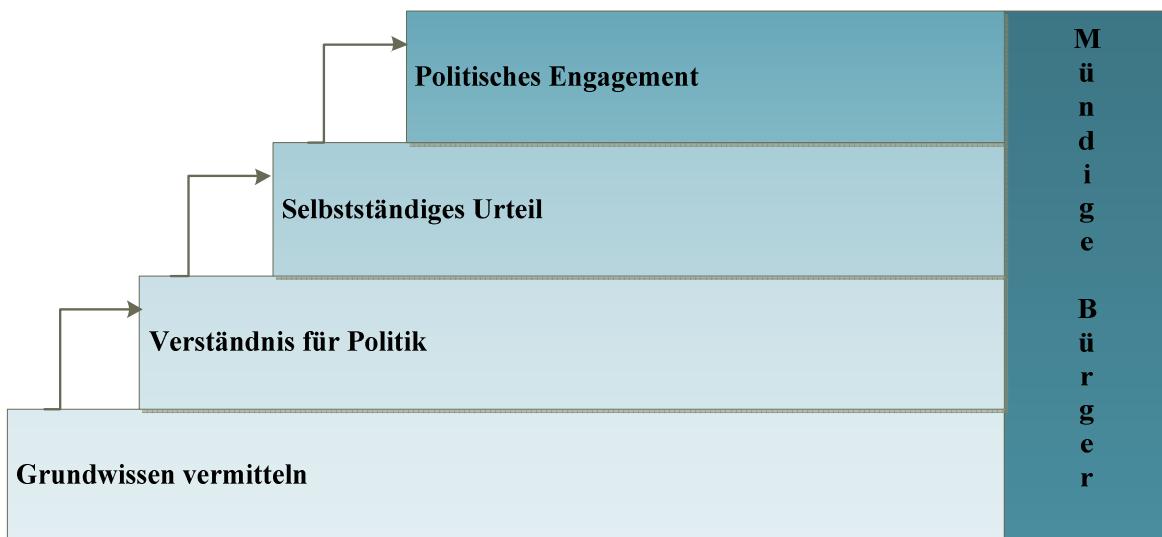
<sup>54</sup> Ebd. – Siehe dort auch für eine ausführliche Darlegung der drei Kompetenzen.

<sup>55</sup> Gaiser, Wolfgang/Krüger, Winfried/de Rijke, Johann (2009): *Demokratielernen durch Bildung und Partizipation*, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45/2009, S. 40 f.

einen in der Lage sind, aktiv in die Politik einzugreifen, wenn sie es für nötig halten und zum anderen das politische Geschehen dauerhaft mitbestimmen.<sup>56</sup> Kurz gesagt können durch politische Bildung immer mehr Menschen Politik verstehen und – idealerweise – am politischen Prozess teilnehmen.<sup>57</sup>

Wie politische Bildung ihre Aufgabe und Ziele verwirklichen soll, wie also die Ausgestaltung sein soll, hängt im Einzelnen von vielen Faktoren ab und kann nicht pauschal beantwortet werden. Wie politische Bildung durch die KAS ausgestaltet wird, wird unter 4.4.1 ausführlich dargelegt. Eines steht aber fest: politische Bildung und Demokratieerziehung funktionieren nicht nach dem Prinzip „one fits all“. Vielmehr gibt es viele unterschiedliche Wege und Ansätze zur politischen Bildung.<sup>58</sup> Abschließend bleibt zu diesem Abschnitt festzuhalten: Keine Demokratie kommt gänzlich ohne politische Bildung aus – auch wenn die Erfolge nur langsam zu Tage treten.

**Abbildung 1: Politische Bildung als stufenhafter Prozess**



Quelle: Eigene Darstellung nach: Müller, Ragnar (o.J.): *Aufgaben und Ziele politischer Bildung*,  
[http://www.online-dissertation.de/politische\\_bildung/aufgaben\\_ziele.htm](http://www.online-dissertation.de/politische_bildung/aufgaben_ziele.htm).

<sup>56</sup> Vgl. ebd.

<sup>57</sup> Vgl. Johannsen, Uwe/von Brentano, Dorothee (1993): *Friedrich-Naumann-Stiftung – Das Prinzip der Freiheit verwirklichen*, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 34 mo. 4 (1993), S. 94.

<sup>58</sup> Vgl. Wehner, Michael (2004): *Über Sinn und Unsinn von Lernevents in der politischen Bildung oder „Nichts überzeugender als das eigene Erleben“*, in: Breit, Gotthardt/Schiale, Siegfried (Hrsg.): *Demokratie braucht politische Bildung*, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., S. 318; siehe auch hier ausführlich für unterschiedliche Formen und Formate politischer Bildung.

### 3.2 *Bedeutung, Ausprägungen und Faktoren politischer Partizipation*

---

Um die grundlegende Bedeutung politischer Partizipation und politischer Parteien zu unterstreichen, soll den beiden nachstehenden Absätzen noch einmal folgende Überlegung vorangestellt werden: Robert Dahl – der bedeutendste Demokratietheoretiker der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – charakterisierte Demokratie grundlegend mit „Contestation to open participation“. Es muss ein offener Wettbewerb um politische Ämter und Macht garantiert sein und gleichzeitig ausreichend Raum für politische Partizipation zur Verfügung stehen. Wie die Ausführungen in Kapitel 2. zur embedded democracy gezeigt haben, ist Demokratie ein vielschichtigeres Konzept. „Unstreitig ist jedoch, dass Partizipation bzw. politische Teilhabe ein unauflösbarer Bestandteil jeglicher Demokratie ist.“<sup>59</sup> Ohne sie wäre Demokratie nicht vorstellbar, da sich Demokratie auf das Regieren durch die Bürger bezieht. Mithin kann eine demokratische Regierungsform ohne ein minimales Niveau an politischer Partizipation nicht existieren<sup>60</sup> – der Mangel an politischer Partizipation ist also für jede Demokratie destruktiv.<sup>61</sup> Unterstrichen wird dies auch durch die Aussage Kofi Annans: „'Demokratisierung lässt jeden einzelnen Bürger Anteil an der Gesellschaft nehmen. Ihre Bedeutung kann nicht genug unterstrichen werden, denn dauerhafter Friede und eine nachhaltige Entwicklung lassen sich nur dann verwirklichen, wenn jeder Einzelne das Gefühl hat, die Gesellschaft, in der er lebt, mitgestalten zu können.'“<sup>62</sup>

Definiert werden kann politische Partizipation wie folgt: „Unter politischer Beteiligung werden in der Regel jene Verhaltensweisen von Bürgern verstanden, die sie alleine oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.“<sup>63</sup> Politische Teilhabe kann auf verschiedene Art und Weise kategorisiert werden. Unterschieden wird gemeinhin nach Typen und Formen sowie Umfang und Verbreitung der

---

<sup>59</sup> Merkel /Petrign (2011): *Demokratie in Deutschland – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. Partizipation und Inklusion*, S. 1.

<sup>60</sup> Aufgrund der engen Verbindung von Demokratie und politischer Partizipation ist jede Konzeptualisierung des Begriffs politischer Partizipation abhängig vom jeweils angewandten Demokratieverständnis. Auf eine Darstellung der diversen demokratietheoretischen Ansätze soll jedoch an dieser Stelle verzichtet werden.

<sup>61</sup> Vgl. van Deth, Jan W. (2009): *Politische Partizipation*, in: Kaina, Viktoria/Römmel, Andrea (Hrsg.): *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, S. 141.

<sup>62</sup> Zitiert nach: Bauer (2012): *Wenn Politik ganz nahe kommt.*, S. 22.

<sup>63</sup> Bundeszentrale für politische Bildung (o.J. (a)): *Politische Beteiligung/Politische Partizipation*, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40354/politische-beteiligung-politische-partizipation>; eine ähnliche Definition findet sich auch bei: Lüdemann, Christian (2001): *Politische Partizipation, Anreize und Ressourcen. Ein Test verschiedener Handlungsmodelle und Anschlußtheorien am ALLBUS 1998*, in: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): *Blickpunkt Gesellschaft. Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, Leske + Budrich, Opladen, S. 43.

verschiedenen Aktivitäten.<sup>64</sup> In diesem Zusammenhang ist in der Literatur die Differenzierung nach konventionellen und unkonventionellen bzw. verfassten und unverfassten Formen der Partizipation zu finden. Die Begrifflichkeiten *verfasst* oder *konventionell* beziehen sich auf solche Handlungen, die in einen institutionell klar definierten Kontext eingebettet sind, wie etwa Wahlen zu Parlamenten; aber auch solche Aktivitäten, die allgemein akzeptiert sind, wie die Mitgliedschaft in sowie die Beteiligung an Wahlkampagnen von Parteien, ebenso Kontakte zwischen Bürgern und Behörden.<sup>65</sup> Die heute existenten Formen bürgerlicher Beteiligung sind unter diese Kategorisierung alleine nicht mehr subsumierbar; längst hat sich das Spektrum partizipatorischer Möglichkeiten erheblich ausdifferenziert. Auch Protest und Ablehnung sind klare Ausdrucksformen bürgerlicher Interessen und Ansichten und dürfen deshalb nicht vom Repertoire politischer Teilhabe ausgeschlossen werden. *Unkonventionelle* oder *unverfasste* Partizipationsformen können mithin als Aktionsformen verstanden werden, „die in einem spontanen oder geplanten Mobilisierungsprozess außerhalb des institutionalisierten Rahmens entstehen.“<sup>66</sup> Dazu zählen neben Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen, auch ehrenamtliche Tätigkeiten in diversen gesellschaftlichen Organisationen.

Durch die große Vielfalt an Möglichkeiten der politischen Beteiligung sowie die unterschiedlichen Ziele und Zwecke, die damit verfolgt werden können, kann auch die Frage nach dem „Warum“ der Teilhabe nicht einfach beantwortet werden. Klar ist aber, dass Partizipation neben situativen Elementen wie mobilisierenden Ereignissen und Konflikten sowie Gruppeneinbindungen auch von den institutionellen Rahmenbedingungen abhängig ist.<sup>67</sup> Die Partizipationsforschung hat diese situativen und kontextuellen Faktoren unter dem Begriff der „Political Opportunity Structure“ zusammengefasst. Die Synthetic Political Opportunity Theory beschäftigt sich mit den gesellschaftlichen Möglichkeiten und Anreizen, die Bürger in bestimmten Situationen aktivieren oder es ihnen ermöglichen, sich an Politik zu beteiligen.<sup>68</sup> Da diese Forschungsrichtung bisher allerdings nur wenige Erfolge vorweisen kann, liegt der Schwerpunkt weniger bei Anreizen als bei individuellen Merkmalen und Voraussetzungen. Empirische Studien haben in diesem Zusammenhang herausgestellt, dass es die individuelle Ressourcenausstattung ist, die die Chance politischer Partizipation maßgeb-

<sup>64</sup> van Deth (2009): *Politische Partizipation*, S. 145.

<sup>65</sup> Vgl. ebd., S. 145 f.; BpB (o.J. (a)): *Politische Beteiligung/Politische Partizipation*.

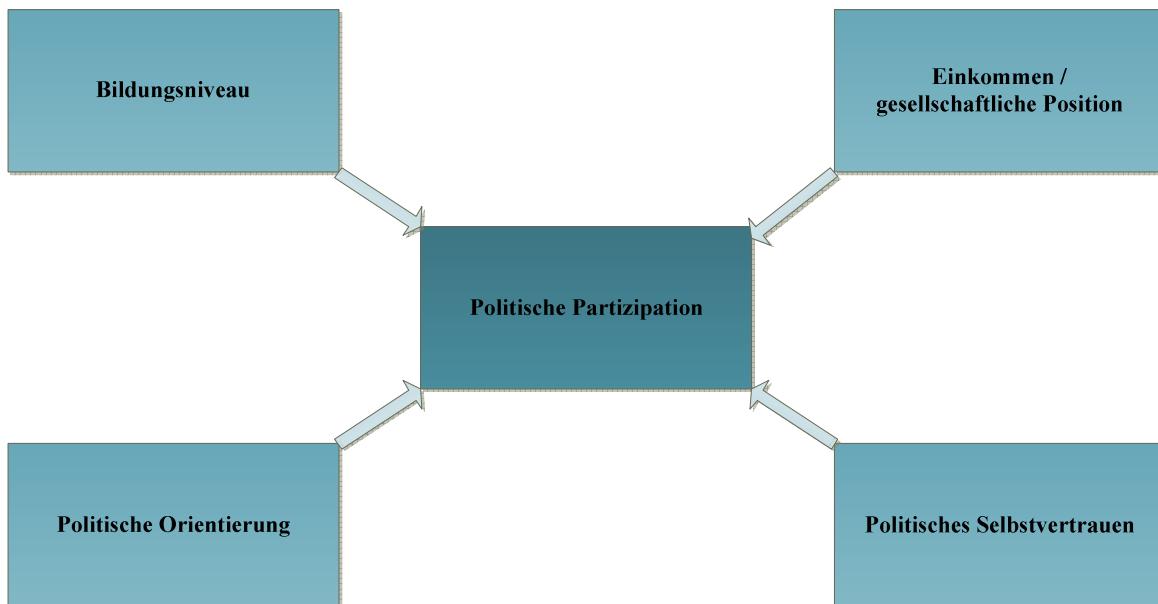
<sup>66</sup> Ebd.

<sup>67</sup> Vgl van Deth (2009): *Politische Partizipation*, S. 152.

<sup>68</sup> Ebd., S. 152 f.

lich bestimmt. Dies trifft sowohl für konventionelle als auch für unkonventionelle Beteiligungsformen zu. Positiv auf die Beteiligung an gesellschaftlichen und politischen Prozessen wirkt sich dabei ein hohes Bildungsniveau, hohes Einkommen und eine damit entsprechend einhergehende gesellschaftliche Position aus.<sup>69</sup> Durch den Aspekt des Bildungsniveaus wird deutlich, dass politische Bildung, die politische Urteilsfähigkeit und Handlungskompetenz herausbildet, entscheidend für die Mitwirkung innerhalb einer Gesellschaft ist. Weitere Erklärungsfaktoren im Hinblick auf das Partizipationsniveau sind politische Orientierung sowie das Gefühl, mit seinen Aktivitäten etwas verändern zu können. Je stärker sich der Einzelne zu einer politischen Richtung oder auch einer Partei hingezogen fühlt und sich mit dieser identifizieren kann, desto mehr interessiert er sich im Allgemeinen für politische und soziale Veränderungen.<sup>70</sup> Darüber hinaus wirkt sich ein hohes Niveau politischen Selbstvertrauens<sup>71</sup> positiv auf das bürgerschaftliche Engagement aus. Je besser Bürger ihre tatsächlichen Einflussmöglichkeiten einschätzen und je zugänglicher das politische System für Impulse von außen – aus der Zivilgesellschaft – eingestuft wird, desto höher ist das Partizipationsniveau.<sup>72</sup>

**Abbildung 2: Positive Einflussfaktoren auf individuelle politische Partizipation**



Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von: van Deth (2009): Politische Partizipation, S. 152 ff.

<sup>69</sup> Ausführlich dazu siehe: van Deth (2009): *Politische Partizipation*, S. 152 ff., sowie Lüdemann (2001): *Politische Partizipation, Anreize und Ressourcen*, S. 43-68.

<sup>70</sup> van Deth (2009): *Politische Partizipation*, S. 153.

<sup>71</sup> Politisches Selbstvertrauen wird in der Fachliteratur als political efficacy bezeichnet und wie folgt definiert: „Political efficacy is the *feeling* that one is capable of influencing the public decision-making process. When a person *believes* that he can influence government officials or public issues, he is said to be subjectively efficacious or competent. [...]“ Definition zu finden bei: van Deth (2009): *Politische Partizipation*, S. 154.

<sup>72</sup> Ebd., S. 153 f.

### 3.3 *Bedeutung politischer Parteien*

---

Über Parteien wurde bereits viel geschrieben und diskutiert – über ihre Defizite und Unzulänglichkeiten und das Unmögliche, feste und geschlossene Organisationsstrukturen aufzubauen.<sup>73</sup> Fest steht aber: Es gibt in demokratischen Gesellschaften keine Akteure, die sie ersetzen könnten.<sup>74</sup> Auch wenn es in einigen Ländern den Versuch gab, sog. Bewegungen oder Movements zu schaffen, die nicht bestimmte Interessen vertreten und auf einer spezifischen Wertebasis fußen, sondern den Anspruch erheben, die Gesellschaft in Gänze abzubilden und eben nicht nur einen Teil derselben. In den meisten Fällen entpuppten sich diese sog. Movements jedoch als getarnte Parteien.<sup>75</sup> Zudem bestand auch der Glaube, dass Zivilgesellschaft politische Parteien ersetzen könne. Wie dargestellt, ist eine lebendige Zivilgesellschaft essentiell für das Funktionieren einer Demokratie – und dennoch: auch sie alleine ist kein Substitut für Parteien. NGOs sind nicht von Natur aus demokratisch legitimiert und somit befugt, gesellschaftlich und politisch relevante Entscheidungen zu treffen. Vielmehr sind sie auf der Seite des politischen Systems anzusiedeln, die Forderungen in dasselbe einbringt.<sup>76</sup>

Aber was macht politische Parteien nun so wesentlich für die Abläufe *in* und die Funktionsweise *von* demokratischen Gesellschaften? Parteien verbinden Politik und Gesellschaft miteinander. Sie artikulieren die Interessen der Bevölkerung gegenüber dem politischen System, womit die Wünsche und Bedürfnisse der Bürger in die Politik übertragen werden.<sup>77</sup> Sie haben damit auch die Aufgabe, die Kommunikation zwischen der staatlichen Ebene und der Gesellschaft interaktiv zu sichern. In diesem Zusammenhang fällt Parteien zudem die Aufgabe zu, zwischen Einzelinteressen zu vermitteln und einen gemeinsamen politischen Willen

---

<sup>73</sup> Vgl. Catón, Matthias (2007): *Effective Party Assistance. Stronger Parties for Better Democracy*, International Institute for Democracy and Electoral Assistance, Policy Paper, [http://www.idea.int/publications/effective\\_party\\_assistance/upload/Effective\\_party\\_pol\\_paper\\_final\\_lowres.pdf](http://www.idea.int/publications/effective_party_assistance/upload/Effective_party_pol_paper_final_lowres.pdf), S. 7; Zur Organisation politischer Parteien siehe: Wiesendahl, Elmar (1998): *Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden.

<sup>74</sup> Vgl. Catón (2007): *Effective Party Assistance. Stronger Parties for Better Democracy*, S. 7.

<sup>75</sup> Vgl. ebd.

<sup>76</sup> Vgl. ebd., S. 7 f.

<sup>77</sup> Zu Funktionen der Parteien siehe: Tschätzsch, Julia/Blank, Florian (2009): *Was sind Parteien? – Bedeutung und Funktionen*, <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42035/was-sind-parteien?p=all>; Veen (2007): *Die Bedeutung politischer Parteien für Demokratie und Demokratisierung*, S. 26 f.; Webb, Paul D. (2007): *Parteien in jungen Demokratien: Aktuelle Forschungsbefunde*, in: Wahlers, Gerhard/Grabow, Karsten (Hrsg.): *Parteien und Demokratie. Beiträge der Internationalen Fachkonferenz zum KAS-Demokratiereport 2007*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin, S. 59; Gonzalez-Acosta (2009): *Political Parties and Policy Development: The conditions which lead political parties to adopt progressive policies*, S. 8 f.; Catón (2007): *Effective Party Assistance. Stronger Parties for Better Democracy*, S. 7.

aus diesen zu formen. Dies unterscheidet sie von Interessengruppen, die sich auf Einzelinteressen innerhalb der Gesellschaft fokussieren und diese vertreten. Sie sind also Träger der politischen Meinungs- und Willensbildung. Mithin übernehmen sie auch eine Integrationsfunktion innerhalb der Gesellschaft; sie integrieren unterschiedliche Schichten, Konfessionen und Ideen auf gemeinsame Handlungsmuster.<sup>78</sup>

Die Integrationsfähigkeit von Parteien – das Erreichen und Erschließen neuer Wähler und das Herstellen einer ständigen Verbindung zur Wählerschaft – ist der Schlüssel zu Erfolg und Wachstum.<sup>79</sup> Diese Integrationsfunktion kann nur auf Basis der Formulierung von Programmen und Zielen gelingen; denn nur auf diese Weise können Parteien ernsthaft versuchen, Politik zu gestalten, um Macht zu konkurrieren und dabei politische Alternativen aufzuzeigen. Die Entwicklung politischer Programme und Zielvorstellungen sind Ausdruck des Wettbewerbs untereinander und bieten Orientierung für den Wähler. Denn Parteien brauchen eine identifizierbare Wählerbasis und müssen danach streben, in den Wähler- und Interessengruppen, die sie repräsentieren will, verwurzelt zu sein; abgestimmt auf ihr Profil und ihre Grundwerte.<sup>80</sup>

Aufgrund dessen, dass sie die Möglichkeit der aktiven Mitarbeit bieten, binden Parteien darüber hinaus Bürger in das politische System ein, machen sie mit diesem vertraut und motivieren sie, zur Wahl zu gehen. Sie leisten auf diese Weise einen Beitrag zur politischen Sozialisation und Förderung der politischen Beteiligung.<sup>81</sup> Dazu müssen Parteien kommunikationsfähig sein – sowohl nach innen als auch nach außen. Es bedarf eines funktionsfähigen Informationssystems für die Funktionsträger und Mitglieder auf allen Ebenen sowie einer ständigen Verbindung zu den Medien.

Eines der bedeutendsten Ziele und eine der wichtigsten Funktionen von Parteien ist das Streben nach Regierungsverantwortung – die Übernahme politischer Verantwortung auf Zeit. Dabei gelingt es nur selten, die vorformulierten Ziele vollständig umzusetzen, in der Regel besteht die Notwendigkeit, Kompromisse – etwa mit einem Koalitionspartner – einzugehen. Durch die Übernahme von Regierungsverantwortung und der damit verbundenen Beteiligung an politischen Entscheidungen sorgen die Parteien nicht nur dafür, dass in diese Entscheidungen gesellschaftliche Interessen einfließen, sondern auch, dass diese der Bevölkerung vermittelt und vor dieser gerechtfertigt werden.<sup>82</sup> Diese Vermittlungsleistung hängt

<sup>78</sup> Vgl. Tschätsch/Blank (2009): *Was sind Parteien? – Bedeutung und Funktionen*.

<sup>79</sup> Veen (2007): *Die Bedeutung politischer Parteien für Demokratie und Demokratisierung*, S. 34.

<sup>80</sup> Vgl. ebd., S. 34 f.

<sup>81</sup> Vgl. Gonzalez-Acosta (2009): *Political Parties and Policy Development: The conditions which lead political parties to adopt progressive policies*, S. 7.

<sup>82</sup> Vgl. Tschätsch/Blank (2009): *Was sind Parteien? – Bedeutung und Funktionen*.

wiederum eng mit der Kampagnenfähigkeit der Parteien zusammen, der Fähigkeit, wichtige Themen und das eigene Profil wirksam in der Öffentlichkeit zu präsentieren.<sup>83</sup> Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Legitimation des politischen Systems. Schließlich haben Parteien auch eine Rekrutierungsfunktion inne. Sie rekrutieren politischen Nachwuchs und stellen Personal auf allen Ebenen des politischen Systems bereit.<sup>84</sup>

Auch wenn diese Funktionen idealtypisch sind und in der Realität des Alltags die etablierten Großparteien westlicher Demokratien nicht alle Anforderungen hundertprozentig erfüllen mögen, so können diese doch als Orientierung zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit von Parteien dienen. Die Komplexität und Vielfältigkeit ihrer Aufgaben zeigen, dass sie entscheidend für das Funktionieren demokratischer Gesellschaften sind. Durch die Übernahme dieser Aufgaben und der ihnen zukommenden Legitimationsfunktion im Rahmen parlamentarischer Demokratien hängt auch der Zustand derselben von ihrer Funktionsfähigkeit und ihrer Handlungsweise ab.

---

<sup>83</sup> Veen (2007): *Die Bedeutung politischer Parteien für Demokratie und Demokratisierung*, S. 34.

<sup>84</sup> Etwa Tschätzsch/Blank (2009): *Was sind Parteien? – Bedeutung und Funktionen*.

#### **4. Das Modell der deutschen politischen Stiftungen**

---

Die eingangs gestellte Forschungsfrage lautet u.a.: Ist das Modell der deutschen politischen Stiftungen auf die Mongolei übertragbar? Mithin ist es geboten, die deutschen politischen Stiftungen vorzustellen. Auf Basis der folgenden Darstellung soll in Kapitel 6. der Arbeit nachgezeichnet werden, warum gerade dieses Modell geeignet ist, in der Mongolei bestehende Defizite zu beheben. Nachstehend wird dementsprechend die historische Entwicklung sowie die Besonderheit der politischen Stiftungen beschrieben, Organisationsform und Finanzierung derselben dargestellt, bevor im letzten Teil des Abschnitts die Tätigkeits- und Aufgabenfelder aufgeführt werden.

In Deutschland gibt es sechs politische Stiftungen, die sowohl national als auch international tätig sind: die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), die der FDP nahestehende Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF), die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung (HSS), die der Partei Bündnis 90/Die Grünen verbundene Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) sowie die der Partei Die Linke nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS).<sup>85</sup>

Entsprechend der jeweiligen Parteinähe und ideologischen Ausrichtung folgen die Stiftungen unterschiedlichen Leitlinien. Die FES zielt mit ihren Aktivitäten auf „die politische Erneuerung der sozialen Demokratie, [...] die Stärkung] [p]olitische[r] Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt[s], [die gerechte Gestaltung] der Wirtschafts- und Sozialordnung, den Dialog zwischen Gewerkschaften und Politik [zu] vertiefen [und] die Globalisierung sozial [zu] gestalten.“<sup>86</sup> Die KAS fördert in Deutschland, Europa und der Welt „die freiheitliche Demokratie, die Soziale Marktwirtschaft und die Entwicklung und Festigung des Wertekonsenses. Mit ihrer internationalen Arbeit wirkt die Stiftung an der Schaffung einer internationalen Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit mit und trägt zur Vertretung deutscher Interessen in der Welt bei. Ausgangs- und Orientierungspunkt für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist das christliche Verständnis vom Menschen als Geschöpf Gottes in seiner Gleichwertigkeit, Verschiedenartigkeit und Unvollkommenheit.“<sup>87</sup> Die FNF „will dazu beitragen, dem Prinzip Freiheit in Menschenwürde in allen Bereichen der Gesellschaft

---

<sup>85</sup> Für weitere Informationen siehe jeweils Homepage der Stiftungen: <http://www.fes.de/>; <http://www.kas.de/>; <http://www.freiheit.org/Aktuell/11c/index.htm>; <http://www.hss.de/>; <http://www.boell.de/index.html>; <http://www.rosalux.de/>; Vgl. Mohr (2010): *German Political Foundations*, S. 23.; Vgl. Bartsch (2007): *Politische Stiftungen*, S. 280.

<sup>86</sup> FES (o.J.): *Über die FES*, [http://www.fes.de/sets/s\\_stif.htm](http://www.fes.de/sets/s_stif.htm).

<sup>87</sup> KAS (2007): *Über uns: Leitlinien*, <http://www.kas.de/wf/de/71.4972/>.

Geltung zu verschaffen, im Inland wie im Ausland.“<sup>88</sup> Die HSS stellt ihre Arbeit in den Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung.<sup>89</sup> Grundwerte der HBS sind „Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit“, ein besonderes Anliegen ist Geschlechterdemokratie.<sup>90</sup> Die RLS „versteht sich als ein Teil der geistigen Grundströmung des demokratischen Sozialismus“ und möchte „Diskussionsforum für kritisches Denken und politische Alternativen sowie [...] Forschungsstätte für eine progressive Gesellschaftsentwicklung“ sein.<sup>91</sup>

Die politischen Stiftungen sind ein wichtiger Bestandteil und Ausdruck der pluralen politischen Kultur und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland.<sup>92</sup> Ihre Entwicklung ist zu einem gewissen Grad Abbild der Entwicklung der Bundesrepublik selbst, „ihres Selbstverständnisses, ihrer Gesetzgebung, [...], ihrer politischen Kultur, denn die Stiftungen orientieren sich in ihrer Arbeit und dementsprechend in der institutionellen Entfaltung an der in Gesellschaft und Politik bestehenden Nachfrage.“<sup>93</sup>

#### **4.1 Historische Entwicklung der politischen Stiftungen**

---

Die älteste parteinahe Stiftung ist die *Friedrich-Ebert-Stiftung*. Diese wurde bereits 1925 nach dem Tod des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet.<sup>94</sup> Mit Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 wurde sie verboten. Die Neugründung der Stiftung erfolgte im Jahr 1945, die tatsächliche Arbeit konnte jedoch erst 1954 wieder aufgenommen werden.<sup>95</sup> Im Jahr 1958 wurde unter Mitwirkung des damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss die *Friedrich-Naumann-Stiftung* gegründet<sup>96</sup> und nach dem bekannten evangelischen Theologen und liberalen Politiker aus der Zeit des Kaiserreiches benannt.<sup>97</sup>

Die Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit e.V. wurde 1955 in Bonn als Vorläufer der *Konrad-Adenauer-Stiftung* gegründet.<sup>98</sup> Die Bildungsstätte, die auf Schloss

---

<sup>88</sup> Zitiert nach Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 16.

<sup>89</sup> HSS (o.J.(b)): *Wir über uns – der Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung*, <http://www.hss.de/stiftung.html>.

<sup>90</sup> HBS (o.J.(a)): *Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung*, <http://www.boell.de/stiftung/ueber-uns-519.html>.

<sup>91</sup> RLS (o.J. (a)): *Stiftung*, <http://www.rosalux.de/stiftung.html>.

<sup>92</sup> Vgl. etwa: Mohr (2010): *German Political Foundations*, S. 23.

<sup>93</sup> Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 11.

<sup>94</sup> Vgl. Kress (1985): *Die politischen Stiftungen*, S. 22; Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 11; Vgl. BVerfGE 73, 1, Rn. 4.

<sup>95</sup> Ebd.; Kress (1985): *Die politischen Stiftungen*, S. 22; Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 12.

<sup>96</sup> Vgl. FNF (o.J. (a)): *Geschichte*, <http://www.freiheit.org/Geschichte-Grundsätze-Aufgaben/35c49/index.html>.

<sup>97</sup> Vgl. Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 12.

<sup>98</sup> KAS (2010a): *Geschichte*, <http://www.kas.de/wf/de/71.3716/>.

Eichholz aufgebaut wurde, wurde 1957 von Bundeskanzler Adenauer persönlich eröffnet.<sup>99</sup> Ein Jahr später wurde der Name in „Politische Akademie Eichholz e.V.“ geändert.<sup>100</sup> 1964 schließlich wurde die Akademie Eichholz in "Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e.V." umbenannt.<sup>101</sup>

Die Gründungsversammlung der *Hanns-Seidel-Stiftung* fand 1966 in München statt. Sie wurde nach dem früheren Bayrischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden benannt.<sup>102</sup>.

Die Gründung der den Grünen nahestehenden *Heinrich-Böll-Stiftung* erfolgte „im prinzipiellen Kampf der Grünen gegen die gängige Praxis der Finanzierung der politischen Stiftungen“.<sup>103</sup> Die Partei kämpfte in den 1980er Jahren mittels einer Klage vor dem BVerfG<sup>104</sup> gegen die Finanzierung der politischen Stiftungen aus dem Staatshaushalt. Beweggrund war ihre Ansicht, dass die Gründung einer Stiftung unvereinbar sei mit dem Anspruch der Grünen, „die Verwendung der Steuergelder zu stoppen und den Sumpf der indirekten Parteienfinanzierung trocken zu legen.“<sup>105</sup> Das BVerfG entschied jedoch zugunsten der politischen Stiftungen, mit der Begründung, dass „[d]ie Gewährung von Globalzuschüssen an die Stiftungen, die in ihrer Selbstständigkeit deutlich von den ihnen nahestehenden Parteien abgegrenzt sind, [...] die Wettbewerbslage der Parteien nicht in verfassungsrechtlich beachtlicher Weise [beeinflusst].“<sup>106</sup> Daraufhin initiierte Versuche, eine einheitliche Grünen-nahe Stiftung zu schaffen, scheiterten zunächst. Erst 1997 ging die HBS aus dem Stiftungsverband Regenbogen hervor, der der Dachverband der drei Stiftungen Buntstift (Göttingen), Frauen-Anstiftung (Hamburg) und Heinrich-Böll-Stiftung (Köln) war.<sup>107</sup>

Die Etablierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung war zunächst mit erheblichen Problemen verbunden. Obwohl die PDS im Bundestag vertreten war, erhielt die Stiftung erst im Jahr 1998 zum ersten Mal Globalzuschüsse aus dem Bundeshaushalt.<sup>108</sup>

---

<sup>99</sup> Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 12; BVerfGE 73,1, Rn. 40.

<sup>100</sup> Ebd.; KAS (2010a): *Geschichte*.

<sup>101</sup> Ebd.

<sup>102</sup> HSS (o.J.(b)): *Geschichte*, <http://www.hss.de/stiftung/geschichte.html>.

<sup>103</sup> Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 12; Vgl. BVerfGE 73,1.

<sup>104</sup> BVerfGE 73,1.

<sup>105</sup> Zitiert nach Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 13.; Zur Finanzierung der Stiftungen ausführlich unter Punkt 4.3.

<sup>106</sup> BVerfGE 73, 1, Rn. 153.

<sup>107</sup> HBS (o.J.(b)): *Geschichte der Heinrich-Böll-Stiftung*.

<sup>108</sup> Ausführlich dazu: Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 13 f.

Das wichtigste Motiv für die Gründung politischer Stiftungen in der Nachkriegszeit waren die demokratiezerstörenden Erfahrungen der Weimarer Republik sowie die traumatisierenden Erlebnisse unter den Nationalsozialisten und des Zweiten Weltkrieges.<sup>109</sup> Mit Installation dieser Institutionen sollte das Demokratieverständnis der deutschen Bevölkerung und die Entwicklung demokratischer Strukturen gestärkt werden. Die politische Bildungsarbeit sollte zum Aufbau und zur Konsolidierung der jungen deutschen Nachkriegsdemokratie beitragen und diese festigen.<sup>110</sup> Mithin gab es massive Investitionen in diesem Bereich.<sup>111</sup> Entsprechend dieses Grundgedankens lag der Schwerpunkt der Stiftungen in den Anfangsjahren auf der Arbeit im Inland: der politischen Bildung. Im Laufe der Zeit dehnten die Stiftungen ihre Aufgabenfelder aus: Der Ausbau von Archiven wurden vorangetrieben ebenso wie die Begabtenförderung und die Internationale Tätigkeit.

#### **4.2 Besonderheit der politischen Stiftungen**

---

„Die politischen Stiftungen, die zum einen ein Produkt der politischen Kultur Deutschlands sind und diese zum anderen unverwechselbar prägen, sind in dieser Form ein weltweit einzigartiges Phänomen.“<sup>112</sup> Aber was macht die politischen Stiftungen zu solch einer einzigartigen Institution?

Sie werden mitunter als „Grenzgänger zwischen Gesellschafts- und Staatenwelt“<sup>113</sup> bezeichnet. Zum einen zeichnen sie sich durch Eigenschaften aus, die auch NGOs zugeschrieben werden, zum anderen werden sie zu größten Teilen durch staatliche Mittel finanziert. Sie verbinden somit Merkmale von Zivilgesellschaftlichkeit mit nahezu vollständiger staatlicher Finanzierung mit der ihnen wesensgemäßen Nähe zu politischen Parteien.<sup>114</sup> Diese sogenannte Parteinähe führte wiederholt zu Diskussionen in der Öffentlichkeit, insbesondere in Bezug auf die Finanzierung der Stiftungen (Stichwort: „verdeckte Parteienfinanzierung“)<sup>115</sup>

---

<sup>109</sup> Vgl. Mohr (2010): *German Political Foundations*, S. 26; Mair (2000): *Germany's Stiftungen and Democracy Assistance*, S. 131.

<sup>110</sup> Ebd; Vgl. Mair (2000): *Germany's Stiftungen and Democracy Assistance*, S. 129; Vgl. Mair, Stefan (1997): *The Role of German „Stiftungen“ in the Process of Democratisation*, ECDPM Working Paper No. 32; Vgl. Adam, Erfried (2002): *Gesellschaftliche Transformationsprozesse in unterentwickelten Ländern*, <http://library.fes.de/fulltext/iez/01385toc.htm>.

<sup>111</sup> Vgl. Mair (2000): *Germany's Stiftungen and Democracy Assistance*, S. 131.

<sup>112</sup> Mohr (2010): *German Political Foundations*, S. 26.

<sup>113</sup> Pogorelskaja, Swetlana (2002): *Die parteinahen Stiftungen als Akteure und Instrumente der deutschen Außenpolitik*, in: aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7, S. 30; Vgl. Bartsch (1998): *Political Foundations*, S. 206.

<sup>114</sup> Bartsch (2007): *Politische Stiftungen*, S. 280.

<sup>115</sup> Vgl. etwa BVerfGE 73,1; Pogorelskaja (2002a): *Stiftungen als Akteure und Instrumente*, S. 29; von Vieregge (1977): *Parteistiftungen*, S. 44; Pogorelskaja, Swetlana (2002b): *Die parteinahen politischen Stiftungen und die Deutschlandpolitik*, in: Deutschland Archiv, 3/2002, S. 401.

und brachte ihnen den Vorwurf ein, Handlungsinstrumente, Außenstellen oder Institute der politischen Parteien zu sein.<sup>116</sup> Tatsächlich ist die Arbeit der politischen Stiftungen und der ihnen ideologisch verbundenen Parteien aber klar zu trennen. Während es das vornehmliche Ziel politischer Parteien ist, Wahlen zu gewinnen und politische Macht zu erlangen, ist es Ziel der politischen Stiftungen „die Beschäftigung der Bürger mit politischen Sachverhalten an[zu]regen und den Rahmen [zu] bieten für eine – allen interessierten Bürgern zugängliche – offene Diskussion politischer Fragen.“<sup>117</sup>

Teil der Identität der Stiftungen ist, in Übereinstimmung mit dem Urteil des BVerfG, dass diese nach ihren Satzungen rechtlich selbstständig und organisatorisch von den Parteien unabhängig sind, trotz der bestehenden ideologischen Nähe. Die Satzungen erwähnen die ihnen nahestehenden Parteien nicht.<sup>118</sup> Ebenso existieren keine organisatorischen Bestimmungen über das Verhältnis zu diesen.<sup>119</sup> Das BVerfG führt dazu in seiner Entscheidung Folgendes aus: „Die Tätigkeiten der politischen Parteien und der Stiftungen verfolgen verschiedene, voneinander abgrenzbare Ziele. Die politische Bildungsarbeit der Stiftungen hat sich weitgehend verselbstständigt und einen hohen Grad an Offenheit gewonnen.“<sup>120</sup> So ist das Verhältnis der Stiftungen und Parteien von zwei gegensätzlichen Elementen gekennzeichnet: „durch Nähe einerseits und Unabhängigkeit andererseits.“<sup>121</sup>

Mithin stellt sich die Frage, wie sich die sogenannte Parteinähe ausdrückt. Der Begriff zielt auf Wechselbeziehungen zwischen Stiftung und Partei ab, die auf einem ideellen und persönlich-politischem Niveau liegen.<sup>122</sup> Die ideologische Nähe nimmt maßgeblichen Einfluss auf die politische und gesellschaftliche Arbeit der Stiftungen.<sup>123</sup> Bildungspolitische Seminare werden durch den Geist der nahestehenden Partei geprägt. Es ist keine Seltenheit, dass Politiker aus den verbundenen Parteien auf den Veranstaltungen der Stiftungen auftreten. Auch Kontakte zur Fraktion und den Parteigremien sind keine Ausnahmen. Als parteinahe Einrichtungen sind die Stiftungen somit genau so tief in Politik und Gesellschaft verwurzelt

---

<sup>116</sup> So etwa: Strachwitz, Rupert Graf (2010): *Die Stiftung – ein Paradox? Zur Legitimität von Stiftungen in einer politischen Ordnung*, Maecenata Schriften, Lucius Lucius, Stuttgart, S. 161; Vgl. Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 24.

<sup>117</sup> BVerfGE 73, 1, Rn. 160.

<sup>118</sup> BVerfGE 73, 1, Rn. 163; Vgl. Mohr (2010): *German Political Foundations*, S. 28.

<sup>119</sup> BVerfGE 73, 1, Rn. 164.

<sup>120</sup> Ebd., Rn. 154.

<sup>121</sup> BpB (2003): *Politische Stiftungen*, <http://www.bpb.de/nachschriften/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40359/politische-stiftungen?p=all>.

<sup>122</sup> Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 23; Vgl. dazu auch Zundel, Rolf (1986): *Getrennt und doch verbunden. Politische Stiftungen: Die Hilfstruppen bleiben im Vorfeld*, in: Die Zeit vom 18.07.1986, <http://pdf.zeit.de/1986/30/getrennt-und-doch-verbunden.pdf>; dazu auch Pogorelskaja (2002b): *Die parteinahen politischen Stiftungen*, S. 405.

<sup>123</sup> Ebd.

wie die Parteien selbst.<sup>124</sup> Es handelt sich dabei stets, sowohl auf der amtlich-politischen als auch auf der gesellschaftlich-politischen Ebene, bei der Stiftung und „ihrer“ Partei nicht um eine – wie bereits betont – offiziell festgelegte Präsenz, sondern um diese eigentümliche und einzigartige Wechselbeziehung.

Die Aufgaben, die die Stiftungen zu bewältigen haben, überschreiten die speziellen Interessen der Parteien und werden nicht von diesen bestimmt. Dies wird deutlich, wenn man sich das Tätigkeitsprofil der Stiftungen in Gänze anschaut (Punkt 4.4). Betont werden muss, dass die Stiftungen nicht nur einzigartig sind, sie sind auch eigenartig und können ebenso eigenwillig sein und auf ihre Unabhängigkeit pochen. Auch wenn sie fast vollständig staatlich finanziert werden, bedeutet dies nicht, dass sie Befehls- oder Auftragsempfänger der Bundesregierung sind.<sup>125</sup> Dank dieses einzigartigen Status` nehmen die politischen Stiftungen einen besonderen Platz im bundesdeutschen gesellschaftlichen und politischen Gefüge ein. „Es ist kaum möglich, sich die moderne deutsche Politik ohne politische Stiftungen vorzu stellen. Die Besonderheiten des politischen Systems der Bundesrepublik ermöglichen das Funktionieren dieser einmaligen Institute. Nicht in allen Staaten gibt es politische und rechtliche Möglichkeiten für die Entfaltung solcher oder ähnlicher Organisationen.“<sup>126</sup>

---

<sup>124</sup> Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 23.

<sup>125</sup> Bartsch (2007): *Politische Stiftungen*, S. 281; Vgl. auch Pogorelskaja (2002b): *Die parteinahen politischen Stiftungen*, S. 410.

<sup>126</sup> Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 24.

#### 4.3 *Organisation und Finanzierung der politischen Stiftungen*

---

Trotz dessen alle sechs Organisationen das Wort *Stiftung* in ihrem Namen tragen, ist nur die FNF gemäß § 1 ihrer Satzung eine Stiftung des privaten Rechts. Die übrigen politischen Stiftungen haben die Organisationsform des eingetragenen Vereins (e.V.) gewählt. Dies ermöglicht eine unkomplizierte und einfache Konstituierung, die in volliger Autonomie erfolgen kann und zudem die Unabhängigkeit gegenüber den ihnen nahestehenden Parteien betont.<sup>127</sup> Sicher hängt die Wahl der Organisationsform weniger mit der „Vermeidung öffentlicher Aufsicht [...] der Scheu vor Publizität [...] oder der Flucht vor ordnungspolitischen Auflagen der Gesellschaft zusammen.“<sup>128</sup>

Die organisatorischen Strukturen der Stiftungen weisen eine grundsätzliche Ähnlichkeit auf, bedingt durch die Ähnlichkeit ihrer Aufgabenbereiche<sup>129</sup> – obwohl sie sich in permanenten Umbauprozessen befinden, um sich bestmöglich an die aktuellen politischen Herausforderungen anpassen zu können.<sup>130</sup>

An der Spitze der jeweiligen Stiftungen steht ein Vorstand, dessen Mitglieder gemäß den Satzungen der Stiftungen von der Mitgliederversammlung gewählt werden; im Fall der FNF geschieht dies durch das Kuratorium (§ 5 der Satzung der FNF). Die Organe der Stiftungen sind in der Regel – aber nicht ausschließlich – mit Mitgliedern der nahestehenden Parteien besetzt – derzeitige oder ehemalige Mitglieder der Bundes- oder Landesregierungen, Abgeordnete oder Parteifunktionäre. Es muss an dieser Stelle jedoch betont werden, dass es Politikern, die innerhalb der jeweiligen Partei eine führende Position einnehmen, nicht gestattet ist, innerhalb der Stiftung eine vergleichbare Position inne zu haben.<sup>131</sup>

Unabhängig davon, wie die Strukturen innerhalb der einzelnen Stiftungen benannt sind, lässt sich eine Grundstruktur im organisatorischen Aufbau erkennen. In der Regel gibt es neben zentralen technischen Abteilungen wie Personalwesen, Finanzen, Kommunikation oder Allgemeine Verwaltung, die Arbeitsbereiche politische Bildung (mit den zugehörigen Bildungszentren, Bildungswerken und einer Akademie), Forschungs- und Archivarbeit, Studienförderung (im In- und Ausland) sowie Internationale Zusammenarbeit. Alle Stiftungen unterhalten Auslandsbüro, deren Zahl und Größe je nach finanziellen Mitteln der Stiftungen

---

<sup>127</sup> Vgl. Kress (1985): *Die politischen Stiftungen*, S. 23.

<sup>128</sup> So behauptet dies etwa: von Vieregge (1977): *Parteistiftungen*, S. 32.

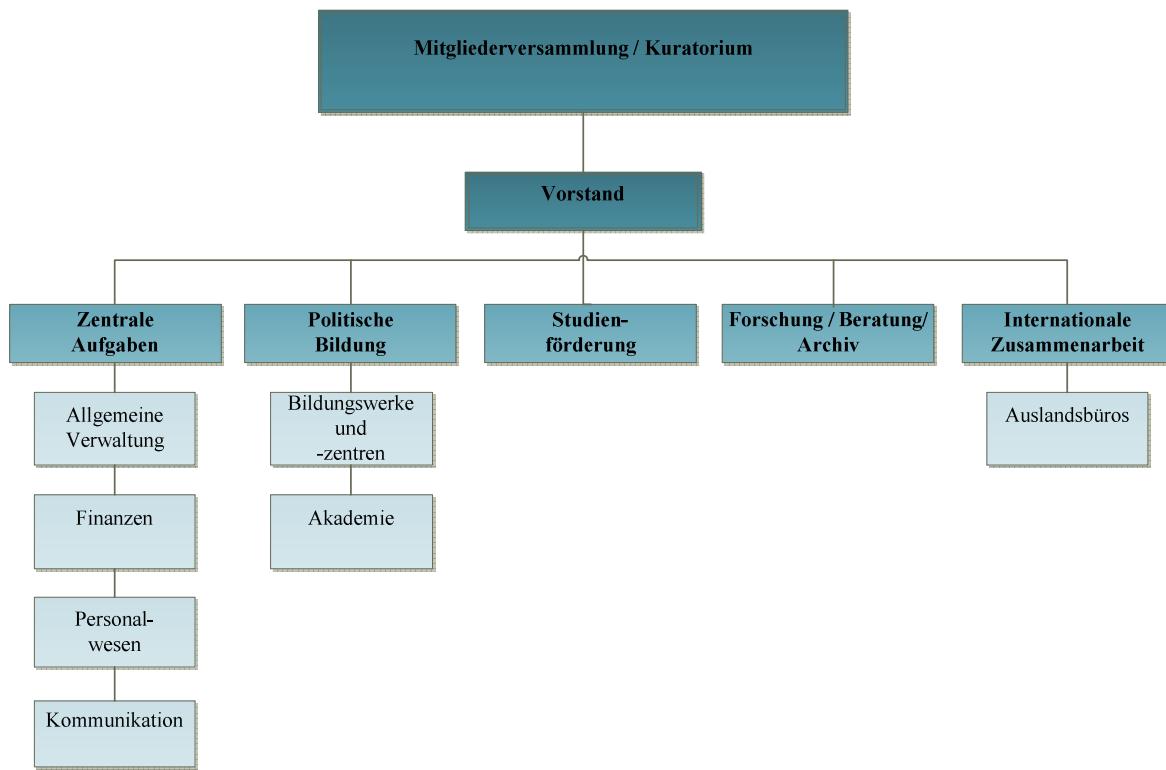
<sup>129</sup> Vgl. Kress (1985): *Die politischen Stiftungen*, S. 22.

<sup>130</sup> Vgl. Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 16; Mohr (2010): *German Political Foundations*, S. 36.

<sup>131</sup> Vgl. BpB(2003): *Politische Stiftungen*; Mohr (2010): *German Political Foundations*, S. 36.

variiert.<sup>132</sup> Die nachfolgende Grafik stellt die grundlegende Organisationsstruktur der Stiftungen dar.

**Abbildung 3: Die grundlegende Organisationsstruktur der politischen Stiftungen**



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der Organigramme der Stiftungen<sup>133</sup>

Im Zuge der Auseinandersetzungen um die Parteienfinanzierung rückte auch immer wieder die Finanzierung der politischen Stiftungen in den Blickpunkt der kritischen Öffentlichkeit.<sup>134</sup> Mit aller Deutlichkeit geschah dies als die Grünen 1983 Organklage vor dem BVerfG einreichten. Sie waren der Meinung, dass es durch die Stiftungen eine indirekte Parteienfinanzierung gäbe.<sup>135</sup> Die Klage wurde u.a. mit dem Hinweis abgewiesen, dass die Stiftungen den verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Zulässigkeit der Vergabe von Globalzuschüssen an sie gerecht würden.<sup>136</sup> Trotz der eindeutigen Botschaft der Verfassungsrichter

<sup>132</sup> Vgl. Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 16.

<sup>133</sup> Diese stehen auf den Websites der Stiftungen zur Verfügung; genaue Angaben dazu im Literatur- und Quellenverzeichnis.

<sup>134</sup> Ausführlich zu diesem Thema: Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 17-28.

<sup>135</sup> BVerfGE 73, 1.

<sup>136</sup> BVerfGE 73, 1, Rn. 163.

und der klaren Vorgaben zu dem Verhältnis zwischen Parteien und Stiftungen war die Diskussion um deren Finanzierung nicht beendet. Anfang der 1990er Jahre wurde von FDP, Bündnis 90/Die Grünen und PDS verstärkt für die Einführung eines „Stiftungsgesetzes“ plädiert. CDU und SPD lehnten dies jedoch ab.<sup>137</sup> Auch die im Sommer 1992 durch den früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker beauftragte Kommission unabhängiger Sachverständiger, die sich mit der Parteienfinanzierung und damit zusammenhängenden Fragen auseinandersetzen und Vorschläge für künftige Regelungen in diesem Bereich erarbeiten sollte, änderte an der „Gesetzlosigkeit“ der Stiftungen nichts.<sup>138</sup> Sie bestätigte Anfang des Jahres 1993 jedoch, „dass die politischen Stiftungen ein wichtiger Teil der politischen Kultur der Bundesrepublik sind und für das Gemeinwesen nützliche Arbeit leisten.“<sup>139</sup> 1996 verabschiedeten fünf politische Stiftungen eine „Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen“.<sup>140</sup> In dieser betonen sie nachdrücklich die Gemeinnützigkeit ihrer Arbeit und weisen daraufhin, dass sie „die Öffentlichkeit regelmäßig und umfassend über ihre Arbeit [...] informieren und die Verwendung der Mittel transparent [...] machen“<sup>141</sup> – auch ohne gesetzliche Publizitätspflicht. Diese Erklärung ist in ihrer aktualisierten Fassung noch immer gültig. Trotz fehlender gesetzlicher Grundlage würde aufgrund des gemeinnützigen Charakters der politischen Stiftungen sowie ihrer generellen Bedeutung für die deutsche Innen- und Außenpolitik, die längst durch ihre Arbeit bewiesen ist, wohl kaum jemand auf die Idee kommen, den Stiftungen die staatlichen Mittel zu entziehen.<sup>142</sup>

Die parteinahen Stiftungen finanzieren sich mithin ganz überwiegend aus Mitteln des Bundes und der Länder. Eigenmittel aus Spenden, Eigenkapital und Teilnehmergebühren machen nur einen verschwindend geringen Teil aus.<sup>143</sup> Die jährliche Zuwendung an die Stiftungen aus den verschiedenen Bundesressorts legt der Haushaltausschuss des Deutschen Bundestages fest. Um Zugang zu Mitteln aus den Haushalten zu erhalten, müssen die Stiftungen von einer im Parlament vertretenen Partei anerkannt sein. Die jeweilige Partei muss mindestens zwei aufeinander folgende Legislaturperioden im Parlament vertreten sein. Der zwar nicht größte Teil der staatlichen Finanzierung, der für die Arbeit aber wohl wichtigste, besteht in den sogenannten „Globalmitteln“ oder „Globalzuschüssen“ aus dem Haushalt des

<sup>137</sup> Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 21.

<sup>138</sup> Ebd., S.20.

<sup>139</sup> Ebd., S. 21.

<sup>140</sup> KAS, HBS, FES, HSS, FNF (Hrsg.) (1998): *Gemeinsame Erklärung*, <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/03178.pdf>.

<sup>141</sup> Ebd., Sechster Abschnitt.

<sup>142</sup> Ebd., S. 25.

<sup>143</sup> Vgl. KAS (2010b): *Finanzierung*, <http://www.kas.de/wf/de/71.3712/>; BpB (2003): *Politische Stiftungen*.

BMI. Im Rahmen der allgemeinen Zuweisungsrichtlinien sind die Stiftungen hier in der Verwendung der Mittel weitest gehend frei.<sup>144</sup> Der weit größte Teil der zur Verfügung stehenden Mittel sind Projektfinanzierungen. Diese fließen überwiegend in die entwicklungspolitische und internationale Arbeit der Stiftungen und stammen deshalb aus dem Budget des BMZ.<sup>145</sup> Die Mittel der Studienförderung erhalten die Stiftungen aus dem Etat des BMBF, Stipendien ausländischer Studierender hingegen aus dem Etat des AA. Je nach Projekt fließen aus dem AA auch weitere Mittel an die Stiftungen.<sup>146</sup> Die politische Bildungsarbeit und weitere allgemeine Tätigkeiten einschließlich der Forschungsaktivitäten werden aus den genannten Globalmitteln des BMI finanziert.<sup>147</sup> Die Bundesländer und einige Kommunen erteilen Zuschüsse für die politische Bildungsarbeit nur als Sondermittel für Einzelprojekte.<sup>148</sup> Die Verteilung der Gesamtmittel an die Stiftungen richtet sich nach einem Schlüssel, der „die dauerhaften, ins Gewicht fallenden politischen Grundströmungen in der Bundesrepublik Deutschland angemessen berücksichtigt.“<sup>149</sup> Aus diesem Grund dienen sowohl die Ergebnisse der Bundes- als auch der Landtagswahlen als Indikator für die Verteilung. Auf die FES entfallen derzeit 31,9 Prozent, auf die KAS 28 Prozent, auf die FNF und die HBS jeweils 10,4 Prozent, auf die HSS 9,7 Prozent und auf die RLS 9,5 Prozent.<sup>150</sup> Wie kaum eine andere Organisation unterliegen die politischen Stiftungen intensiven Kontrollen externer Prüfinstanzen. Die Prüfungen finden statt durch: die Zuwendungsgeber, den Bundesrechnungshof, die Landesrechnungshöfe, das Finanzamt und Wirtschaftsprüfer.<sup>151</sup>

---

<sup>144</sup> Ebd.

<sup>145</sup> Ebd.

<sup>146</sup> Vgl. Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 25.

<sup>147</sup> Ebd.

<sup>148</sup> BpB (2003): *Politische Stiftungen*.

<sup>149</sup> KAS (2010b): *Finanzierung*.

<sup>150</sup> Ebd.

<sup>151</sup> Ebd.

#### 4.4 Aufgaben und Tätigkeitsfelder der politischen Stiftungen

---

Die satzungsmäßigen Aufgaben der politischen Stiftungen folgen „dem demokratischen Grundkonsens und unterscheiden sich kaum voneinander.“<sup>152</sup> Schwerpunktsetzungen im In- wie im Ausland ergeben sich jedoch durch die jeweilige Parteinähe. Das Tätigkeitsfeld der Stiftungen umfasst im Inland grundsätzlich die Bereiche der politischen Bildung, wissenschaftlicher Forschung und Beratung sowie der Studienförderung; darüber hinaus fördern die Stiftungen im Ausland die internationale Zusammenarbeit, die europäischen Einigungsbestrebungen und demokratische Entwicklung.<sup>153</sup> Sie sind weltweit mit Auslandsbüros und Mitarbeitern vertreten. Es gibt nur noch wenige Regionen und Länder, auf die sich ihr internationales Engagement nicht erstreckt.<sup>154</sup> Die KAS alleine ist mit 80 Auslandsbüros und verschiedensten Projekten in über 100 Ländern nahezu weltweit präsent.<sup>155</sup> Die FES ist mit 67 Büros und Projekten in 75 Ländern aktiv.<sup>156</sup> Das Handeln der Stiftungen zielt auf die Einflussnahme innerhalb der sozialen und politischen Sphäre der Partnerländer ab. Ihre zentrale entwicklungspolitische Aufgabe ist die nachhaltige Förderung und der Aufbau von Demokratie und Zivilgesellschaft.<sup>157</sup> Auf die internationale Tätigkeit soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden<sup>158</sup>, denn zur Beantwortung der Forschungsfrage ist vor allem die Inlandstätigkeit der Stiftungen von Interesse und welche Elemente von dieser gegebenenfalls von einer eigenen mongolischen Stiftung genutzt werden können, um den Demokratisierungsprozess in der Mongolei zu fördern.

##### 4.4.1 Politische Bildung

Der zentrale Bereich der Inlandsarbeit aller politischen Stiftungen ist die politische Bildungsarbeit. Konzeptionell und die Zielrichtung des Bildungsangebotes betreffend gibt es

---

<sup>152</sup> Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 15.

<sup>153</sup> Vgl. ebd.; Vgl. BpB (2003): *Politische Stiftungen*; Vgl. Kress (1985): *Die politischen Stiftungen*, S. 29 ff.; Vgl. von Vieregge (1977): *Parteistiftungen*, S. 70 ff.; Vgl. Mohr (2010): *German Political Foundations*, S. 74 ff.

<sup>154</sup> Bartsch (1998): *Political Foundations*, S. 209.

<sup>155</sup> KAS (2011c): *Büros weltweit*, <http://www.kas.de/wf/de/71.4782/>.

<sup>156</sup> FES (2011): *Jahresbericht 2010. Einblicke 2011*, S. 86; Über das Engagement der übrigen politischen Stiftungen geben die Jahresberichte sowie die jeweiligen Webseiten detailliert Auskünfte.

<sup>157</sup> BMZ (2010): *Politische Stiftungen*, [http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/wege/bilaterale\\_ez/akteure\\_ez/polstiftungen/index.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/bilaterale_ez/akteure_ez/polstiftungen/index.html); Vgl. Mohr (2010): *German Political Foundations*, S. 91; Vgl. Catón, Matthias/Steltemeier, Rolf (2008): *Deutsche Akteure in der internationalen Politik. Funktionsmöglichkeiten und -grenzen bei Demokratisierung und Institutionenaufbau*, Zeitschrift für Politikberatung ZPB 1 (2008) 3/4, S. 390.

<sup>158</sup> Für ausführliche Informationen siehe Literaturangaben in Fn. 13.

kaum Unterschiede zwischen den Stiftungen. Alle Einrichtungen definieren ihren Auftrag wie folgt: „Politische Bildung hat den dauerhaften Auftrag, demokratisches Bewusstsein und politisches Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Damit Demokratie lebendig bleibt, muss sich jede Generation neu die demokratischen Werte aneignen und das nötige staatsbürgerliche Wissen erwerben. Die Politische Bildungsarbeit der Stiftungen zielt auf Wissensvermittlung, Orientierung, Ermutigung und Befähigung zu zivilgesellschaftlichem Engagement und politischem Handeln. [...] auf die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger, also auf ihre eigenständige politische Urteils- und Handlungskompetenz.“<sup>159</sup> Die Stiftungen haben mithin ebenso die Zielsetzung, Politik praktisch und verständlich darzulegen und eine Brücke zu bauen zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft und einen ständigen Dialog zu fördern.<sup>160</sup>

Zur Operationalisierung dieser übergeordneten Ziele – der politischen Bildung im Sinne der jeweiligen ideologischen Ausrichtung – wurde etwa im Rahmen der Bildungsarbeit der KAS eine zweite Zielebene geschaffen.<sup>161</sup> Hinter dieser verborgen sich die Schlagworte: Informieren, Orientieren, Aktivieren und Vernetzen. Im Zuge des Informierens geht es vor allem um das Filtern und Selektieren von Informationen und darum, diejenigen Informationen zu präsentieren, die das Zielpublikum etwa für konkrete Projekte benötigt. Im Rahmen der Orientierung geht es um die Bewertung von Informationen, das heißt um die Betrachtung dieser vor dem Hintergrund eines speziellen Kriterienkatalogs und Werteverständnisses, der Hilfestellung bezüglich der Relevanz der Informationen gibt. Mit dem Ziel der Aktivierung unterscheiden sich parteinahe Stiftungen von wissenschaftlichen Institutionen, denn – wie oben beschrieben – sollen die Bürger zu politischem und gesellschaftlichem Engagement ermutigt werden. Vernetzen bedeutet bereits „die höhere Kunst des Projektmanagements“<sup>162</sup>, d.h. größere politische Vorhaben, die alleine nicht zu bewältigen sind, gemeinsam in die Tat umzusetzen. Die nachfolgende Grafik fasst die Zielsetzungen zusammen:

---

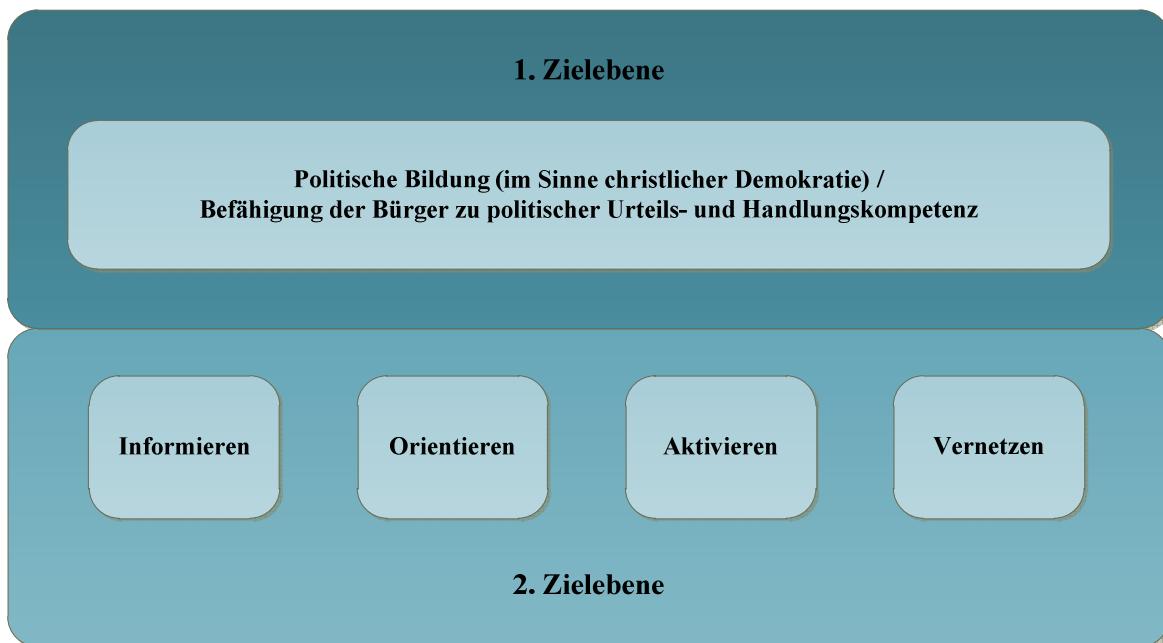
<sup>159</sup> KAS, HBS, FES, HSS, FNF, RLS (2011): *Die Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen in Deutschland*, S. 4.

<sup>160</sup> Vgl. Interview mit Maja Eib am 13.06.2012.

<sup>161</sup> Interview mir Dr. Ludger Gruber am 14.06.2012 (Die nachfolgenden Informationen bezüglich der Zielebenen entstammen derselben Quelle.).

<sup>162</sup> Dr. Ludger Gruber im Interview am 14.06.2012.

**Abbildung 4: Zielsetzung der politischen Bildungsarbeit der Stiftungen (am Beispiel der KAS)**



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage des Gesprächs vom 14.06.2012 mit Dr. Ludger Gruber, stellv. Hauptabteilungsleiter Politische Bildung, Konrad-Adenauer-Stiftung, sowie der gemeinsamen Erklärung der politischen Stiftungen zur Politischen Bildungsarbeit in Deutschland.

Um diese Zielsetzungen realisieren zu können, nutzen die Stiftungen Bildungszentren, Bildungswerke<sup>163</sup>, Regionalbüros<sup>164</sup>, Landesstiftungen<sup>165</sup>, Foren<sup>166</sup> und Akademien, in denen die verschiedenen Veranstaltungen angeboten werden. Das Veranstaltungsrepertoire der Stiftungen ist dabei äußerst vielfältig.<sup>167</sup> Es reicht von klassischen Präsenzseminaren, die einen oder mehrere Tage dauern, über Konferenzen, Tagungen, Kolloquien, Vorträge, Podiumsdiskussionen oder Gesprächskreise bis hin zu Exkursionen, Planspielen oder politischer

<sup>163</sup> Diesen Terminus verwendet etwa die KAS: (2011b): *Bildungswerke und Bildungszentren*, <http://www.kas.de/wf/de/42.51/>; auch die HSS betreibt sog. Bildungszentren: (o.J.(c)): *Standorte*, <http://www.hss.de/stiftung/standorte.html>.

<sup>164</sup> Dieser Terminus wird etwa genutzt von der FES: (2012c): *Politische Bildung*, [http://www.fes.de/sets/s\\_fes\\_d.htm](http://www.fes.de/sets/s_fes_d.htm); von der FNF (o.J.(b)): *Politische Bildung und Begabtenförderung*, <http://www.freihheit.org/Politische-Bildung-und-Begabtenförderung/847c10689i18/index.html>; oder auch von der RLS: (o.J.(b)): *Landesstiftungen*, <http://www.rosalux.de/nc/stiftung/landesstiftungen.html>.

<sup>165</sup> Landesstiftungen finden sich bei der HBS: (2011): *Für Ökologie, Demokratie und Menschenrecht. Die Heinrich-Böll-Stiftung und ihre 16 Landesstiftungen*, [http://www.boell.de/downloads/Broschuere\\_Landesstiftungen\\_11\\_screen.pdf](http://www.boell.de/downloads/Broschuere_Landesstiftungen_11_screen.pdf); und bei der RLS (o.J.(b)): *Landesstiftungen*.

<sup>166</sup> Foren finden sich als eigenständige und hervorgehobene Organisationsform insbesondere im Tätigkeitsbereich der FES: (2012c): *Politische Bildung*.

<sup>167</sup> Einen Überblick über die Höhepunkte im Bereich der politischen Bildung geben die Jahresberichte der politischen Stiftungen.

Bildung im Internet; unterstützt wird diese Arbeit durch das breite Spektrum an hauseigenen Publikationen.<sup>168</sup>

Die *Auswahl der Themen* für das Veranstaltungsangebot erfolgt auf verschiedenen Wegen. Zum einen gibt es innerhalb der Stiftungen bestimmte Leitthemen, die einen Rahmen vorgeben und Orientierung bieten und die aufgrund der Schwerpunktsetzung der einzelnen parteinahen Stiftungen entsprechend variiieren. Im Falle der KAS sind dies etwa: Soziale Marktwirtschaft, Europa oder Bürgergesellschaft.<sup>169</sup> Innerhalb dieses breiten Spektrums entwickeln sich Themen natürlich nicht nur durch Top-down-, sondern auch Bottom-up-Prozesse. So werden etwa systematische Bedarfsgespräche mit den Zielgruppen geführt<sup>170</sup> und auf diese Weise Themen auch von außen an die Stiftungen herangetragen und berücksichtigt, sofern sie sich innerhalb des satzungsmäßigen Rahmens bewegen. Darüber hinaus fließen in die Themenwahl der Bildungswerke die Analysen von Länderthemen ein, wodurch entsprechend lokale Schwerpunkte gesetzt werden.<sup>171</sup>

Die *Veranstaltungskonzeption* der politischen Stiftungen wird von zwei Polen beeinflusst: Zum einen natürlich durch das Thema und zum anderen – was der noch bedeutendere Aspekt ist – durch die Zielgruppe.<sup>172</sup> Vor einer jeden Veranstaltung müssen genaue Überlegungen angestellt werden, wen man tatsächlich mit dem Angeboten erreichen möchte. Dies legt den Grundstein für das weitere Vorgehen – für die Auswahl der Referenten, der inhaltlichen Darstellungsformen, des Veranstaltungsortes und schließlich auch des Veranstaltungsformats.

Entsprechend der Zielsetzung der politischen Bildungsarbeit steht das Angebot grundsätzlich allen Bürgern offen, die Interesse an Politik haben und politische Orientierung suchen<sup>173</sup> und richtet sich damit an die breite Öffentlichkeit.<sup>174</sup> Ein besonderes Augenmerk wird auf sogenannte Multiplikatoren gelegt, d.h. auf Menschen, die Einfluss haben auf gesellschaft-

---

<sup>168</sup> BpB (2003): *Politische Stiftungen*; Mohr (2010): *German Political Foundations*, S. 76; von Vieregge (1977): *Parteistiftungen*, S. 108 ff.; Kress (1985): *Die politischen Stiftungen*, S. 29 ff.; Interview mit Maja Eib am 13.06.2012; Interview mit Dr. Ludger Gruber am 14.06.2012.

<sup>169</sup> KAS (2005): *Jahresbericht 2004*, <http://www.kas.de/upload/dokumente/jahresbericht2004/PB.pdf>, S. 43.

<sup>170</sup> Vgl. Interview mit Dr. Ludger Gruber am 14.06.2012.

<sup>171</sup> Vgl. Interview mit Maja Eib am 13.06.2012; An dieser Stelle möchte ich einen Punkt näher aufgreifen, den Frau Maja Eib während des Interviews zur Sprache brachte. Nach ihren Worten kommt den Leitern der Bildungswerke eine „Seismografenfunktion“ zu. Sie haben die Aufgabe, Länderthemen zu analysieren und herauszufinden, was die Menschen bewegt, um dies in ihrer Arbeit widerzuspiegeln. Gleichzeitig sollten sie die Arbeit der Stiftung auch bewerben. Dies bedarf vieler Gespräche, Reisen und eines Netzwerkes.

<sup>172</sup> Interview mit Dr. Ludger Gruber am 14.06.2012; Interview mit Maja Eib am 13.06.2012.

<sup>173</sup> Vgl. FES (2011): *Jahresbericht 2010. Einblicke 2011*, S. 70.

<sup>174</sup> KAS, HBS, FES, HSS, FNF, RLS (2011): *Die Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen in Deutschland*, S. 4.

liche Debatten, die in der Sphäre der Zivilgesellschaft aktiv sind – etwa durch ehrenamtliches Engagement, Multiplikatoren in Parteien und Parlamenten; also Personen, die innerhalb der Gesellschaft eine Hebelwirkung entfalten können.<sup>175</sup>

Wie bereits dargelegt, erfolgt die *Auswahl der Referenten* entsprechend des Themas und des Zielpublikums. Um eine möglichst vielschichtige und lebendige Darstellung der Themenkomplexe zu gewährleisten, werden nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Experten aus der Praxis sowie Politiker verschiedener Ebenen zu den Veranstaltungen der Stiftungen eingeladen.<sup>176</sup> Demzufolge sind an den Veranstaltungen zu überwiegenden Teilen externe Referenten beteiligt und nur ein geringer Teil an hauseigenen.<sup>177</sup> Im Zuge der Entwicklung neuer Medien, neuer politischer Fragestellungen sowie anspruchsvoller werdenden Veranstaltungsteilnehmern erhöhen sich auch die Anforderungen an die *didaktischen Fähigkeiten* und *inhaltlichen Darstellungsformen* der Referenten. Diese sollten sich an die Vorkenntnisse des Zielpublikums anpassen und sich kontinuierlich modernisieren.<sup>178</sup> Zur Darstellung besonders komplexer Sachverhalte – wie der Finanzkrise oder der Energiewende – werden verstärkt Planspiele, Simulationen und Exkursionen eingesetzt. So können sich die Teilnehmer in bestimmte Rollen hineindenken und (Entscheidungs-)Prozesse besser nachvollziehen. Die folgende Übersicht fasst die für die Veranstaltungskonzeption relevanten Punkte zusammen.

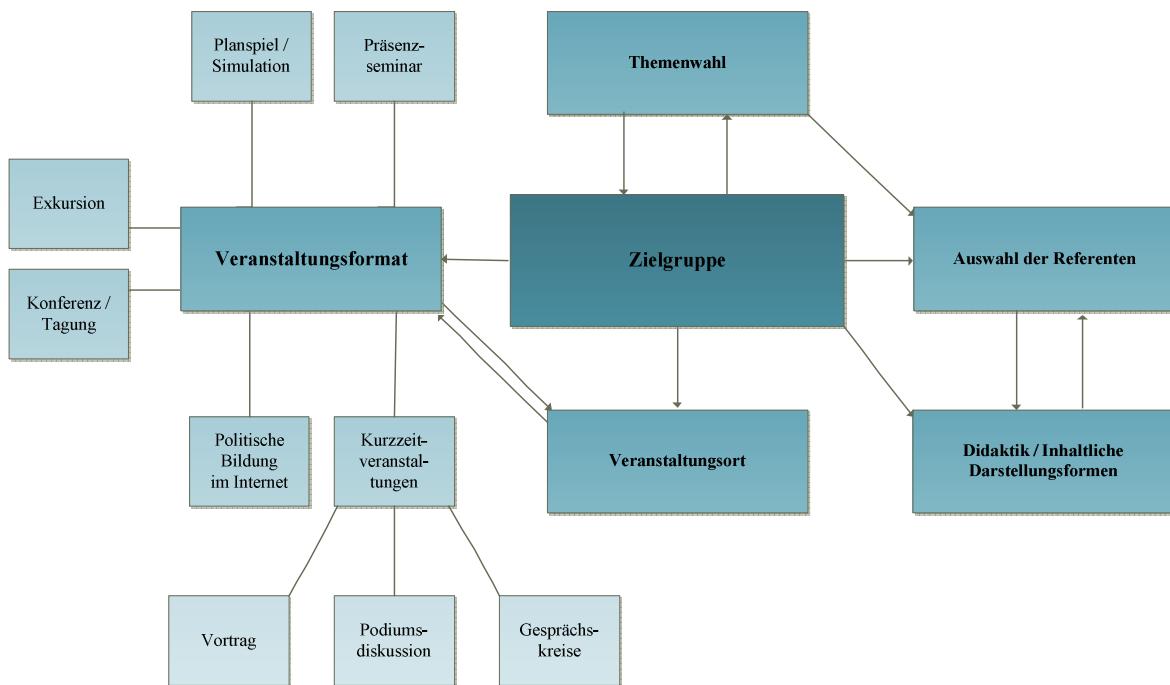
---

<sup>175</sup> Vgl. FES (2011): *Jahresbericht 2010. Einblicke 2011*, S. 70; Vgl. Interview mit Dr. Ludger Gruber am 14.06.2012; Interview mit Maja Eib am 13.06.2012.

<sup>176</sup> Ebd.; Vgl. auch Pogorelskaja (2009): *Frei von Zwängen*, S. 23.

<sup>177</sup> Interview mit Dr. Ludger Gruber am 14.06.2012; Interview mit Maja Eib am 13.06.2012.

<sup>178</sup> Interview mit Dr. Ludger Gruber am 14.06.2012; Interview mit Maja Eib am 13.06.2012.

**Abbildung 5: Veranstaltungskonzeption durch politische Stiftungen (am Beispiel der KAS)**

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage des Gesprächs mit Dr. Ludger Gruber, stellv. Hauptabteilungsleiter Politische Bildung, Konrad-Adenauer-Stiftung und des Gesprächs mit Frau Maja Eib, Leiterin des Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung in Erfurt.

Die Zukunft der politischen Bildung wird maßgeblich durch die Entwicklung des Web 2.0 beeinflusst und dadurch wohl noch komplexer, aber auch zielgruppengenauer.<sup>179</sup> Sicher ist, dass die Anforderungen an Didaktik, Professionalität und Anpassungsfähigkeit eher zu- als abnehmen werden. Neue Medien erfordern eine Veränderung der Inhalte und eine weitere Differenzierung der Zielgruppen – dies erzwingt eine Pluralisierung der Formate und der Lernumgebung.<sup>180</sup> Um vor allem dem Lern- und Lehrverhalten der jüngeren Generationen Rechnung zu tragen, müssen alle Stiftungen in den Ausbau internetbasierter politischer Bildung investieren. Pionier auf diesem Gebiet ist die FNF, die in diesem Jahr bereits das zehnjährige Jubiläum ihrer Virtuellen Akademie begeht.<sup>181</sup> Politische Bildung darf jedoch nicht auf Präsenz-Seminare verzichten, sollen nachhaltige Wirkungen erzielt werden. Denn vor

<sup>179</sup> Vgl. KAS, HBS, FES, HSS, FNF, RLS (2011): *Die Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen in Deutschland*, S. 8.

<sup>180</sup> Ebd.

<sup>181</sup> FNF (2012c): 10 Jahre Virtuelle Akademie, [http://virtuelle-akademie.de/webcom/show\\_article.php?wc\\_c=41246&wc\\_id=1](http://virtuelle-akademie.de/webcom/show_article.php?wc_c=41246&wc_id=1).

allem in unmittelbarer sozialer Interaktion mit anderen findet ein anregender Gedankenaustausch statt und werden neue Ideen entwickelt.

Unterstützt werden kann eine zielgruppengenauere Ansprache zudem durch eine Regionalisierung und Flexibilisierung des Angebots, in dem man so verstärkt auf (potentielle) Teilnehmer zugeht. Wichtig ist ebenso die „Verzahnung von politischen Grundinhalten mit aktuellen Themen“.<sup>182</sup>

*Abbildung 6: Die Zukunft der politischen Bildung (am Beispiel der KAS)*



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage des Gesprächs mit Dr. Ludger Gruber, stellv. Hauptabteilungsleiter Politische Bildung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die politischen Stiftungen erreichen mit ihren rund 12.000 Veranstaltungen pro Jahr insgesamt ca. 700.000 Teilnehmer.<sup>183</sup> Diese Zahlen spiegeln die hohe Resonanz wider, die die Angebote der Stiftungen hervorrufen.

#### 4.4.2 Forschungs- und Beratungstätigkeit / Archive

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der politischen Stiftungen ist die politik- und sozialwissenschaftliche Forschungs- und Beratungstätigkeit. Externe Expertise gewinnt in unserer immer komplexer und vernetzter werdenden und nach immer schnelleren Entscheidungen

<sup>182</sup> So Dr. Ludger Gruber im Interview am 14.06.2012.

<sup>183</sup> KAS, HBS, FES, HSS, FNF, RLS (2011): *Die Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen in Deutschland*, S. 8.

verlangenden Gesellschaft stetig an Bedeutung. Diesem Umstand tragen die Beratungsinstitute der politischen Stiftungen Rechnung.

Alle Stiftungen erstellen Studien zu den verschiedensten Politikbereichen und Themen. Teilweise geschieht dies auch in Kooperation mit anderen Forschungseinrichtungen sowie internationalen Organisationen und Think Tanks. Darüber hinaus werden wissenschaftliche Arbeiten in Auftrag gegeben bzw. gefördert und wie die meisten der hauseigenen Untersuchungen publiziert.<sup>184</sup> Diese Arbeitsbereiche der Stiftungen führen zudem zahlreiche „Gesprächskreise, wissenschaftliche Symposien, Fachkonferenzen, Vorträge und Diskussionsveranstaltungen“<sup>185</sup> durch. Ferner kommt bei allen Stiftungen den eigenen regelmäßigen Publikationen eine große Bedeutung zu. Diese erscheinen etwa in Form von Reihen zu bestimmten Politikbereichen oder in Form von Zeitschriften, Argumentations- und Materialsammlungen bis hin zu Anzeigenkampagnen und Postkarten zur Parteien- und Ideengeschichte.<sup>186</sup> Weiterhin nutzen die Stiftungen ihre Webseiten, um ihre Arbeit publik zu machen und um Hintergrundinformationen zur Verfügung zu stellen.<sup>187</sup>

Die Angebote sind dabei passgenau zur Themenstellungen und auf die Bedürfnisse der Zielgruppen zugeschnitten.<sup>188</sup> Entscheidend für die Aufnahme ist dabei, dass sich die Beratungsleistungen an der Praxis orientieren und auf verständliche Darstellungen setzen. Zudem sind die Stiftungen nicht monothematisch ausgerichtet, sondern breit aufgestellt und analysieren lang- und kurzfristige innen-, gesellschafts-, wirtschafts- und außenpolitische Entwicklungen.<sup>189</sup> Vorrangige Zielgruppe sind dabei die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie deren Mitarbeiter, aber auch Menschen im Umfeld des Bundestages und die politische Öffentlichkeit.<sup>190</sup> Je nach Thema werden die Instrumente spezifisch ausgewählt. Neben den oben bereits aufgeführten, stehen so etwa Kurzpapiere zur Verfügung, „die Entscheidungsträgern unmittelbar zugeleitet oder über das Internet verbreitet werden.“<sup>191</sup> Darüber hinaus erfolgt direkte politische Beratung über politische Gremien oder bilaterale Kontakte.<sup>192</sup>

---

<sup>184</sup> Ebd.

<sup>185</sup> BpB (2003): *Politische Stiftungen*.

<sup>186</sup> Vgl. Kress (1985): *Die politischen Stiftungen*, S. 38; von Vieregge (1977): *Parteistiftungen*, S. 94.

<sup>187</sup> Mohr (2010): *German Political Foundations*, S. 77.

<sup>188</sup> Vgl. Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung (2010): *Politik Denken. Die Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung*, [http://www.kas.de/upload/dokumente/pub/PuB\\_Imageheft.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/pub/PuB_Imageheft.pdf).

<sup>189</sup> Vgl. ebd.

<sup>190</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung (2012d): *Hauptabteilung Politik und Beratung*, <http://www.kas.de/wf/de/42.6/>.

<sup>191</sup> Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung (2010): *Politik Denken. Die Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung*.

<sup>192</sup> Ebd.

Alle Stiftungen unterhalten zudem eigene *Archive*, in denen auch historische Forschung geleistet wird, sowie *Bibliotheken und Dokumentationszentren*.<sup>193</sup> Die FES unterhält das „Archiv der sozialen Demokratie“ mit einer umfangreichen Sammlung von Quellen aller Art zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.<sup>194</sup> Das „Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ der KAS in Sankt Augustin führt umfangreiches Quellenmaterial zur Geschichte der christlich-demokratischen Politik in Deutschland und Europa.<sup>195</sup>

#### 4.4.3 Studienförderung

Neben der politischen Bildungsarbeit sowie den Forschungs- und Beratungstätigkeiten ist die Studienförderung ein wesentlicher Bestandteil der Inlandsarbeit der politischen Stiftungen. Unterstützt werden grundsätzlich alle Bereiche des wissenschaftlichen Nachwuchses, sowohl Studierende als auch Postgraduierte.<sup>196</sup> Die Stiftungen verfolgen damit im Wesentlichen zwei Ziele: Zum einen wollen sie zur „Erziehung eines Akademikernachwuchses beitragen, der befähigt und bereit ist, kritisch an einer Ausgestaltung unseres freiheitlichen Rechtsstaates im Rahmen der demokratischen Grundordnung mitzuwirken. [...] zum anderen – und dies gilt insbesondere für die Stipendiaten in Entwicklungsländern – soll die Studienförderung dazu führen, dass die Studenten nach Abschluß ihres Studiums eine politische Führungsposition oder eine verantwortliche Tätigkeit in der Wirtschaft, der Lehre, der Forschung oder der Verwaltung in ihrer Heimat übernehmen.“<sup>197</sup>

Im Zentrum der Studienförderung steht nicht nur die finanzielle, sondern vielmehr die ideelle Förderung der Stipendiaten. Dabei handelt es sich vor allem um studienbegleitende Veranstaltungs- und Beratungsangebote. Die Stipendiaten erhalten durch das breite und vielfältige Angebot, die Möglichkeit, sich auch neben dem Studium umfassend weiterzubilden und

---

<sup>193</sup> Vgl. BpB (2003): *Politische Stiftungen*; Mohr (2010): *German Political Foundations*, S. 78; Kress (1985): *Die politischen Stiftungen*, S. 39.

<sup>194</sup> Weitere Informationen: FES (2012b): *AdsD – Archiv der sozialen Demokratie*, [http://www.fes.de/archiv/adsd\\_neu/index.htm](http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/index.htm).

<sup>195</sup> Vgl. Mohr (2010): *German Political Foundations*, S. 78; Weitere Informationen: KAS (2012b): *Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, <http://www.kas.de/wf/de/42.7/>; auch die kleineren Stiftungen unterhalten Archive: Das historische Gedächtnis der Liberalen befindet sich im „Archiv des Liberalismus“ in Gummersbach (Weitere Informationen: FNF (2010): *Grundsatz und Forschung in der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*, <http://www.freihheit.org/Grundsatz-und-Forschung/68c794i59/index.html>). Die HBS unterhält das „Archiv Grünes Gedächtnis“; dieses „sammelt, erschließt und bewahrt die Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen und der Partei Bündnis 90/Die Grünen und macht sie der Öffentlichkeit zugänglich.“ (HBS (o.J.(c)): *Archiv Grünes Gedächtnis*, <http://www.boell.de/stiftung/archiv/archiv.html>); Das Archiv der RLS trägt den Namen „Archiv des Demokratischen Sozialismus“ (Weitere Informationen: RLS (2012b): *Archiv und Bibliothek*, <http://www.rosalux.de/archiv/archiv-und-bibliothek.html>).

<sup>196</sup> Kress (1985): *Die politischen Stiftungen*, S. 35.

<sup>197</sup> Ebd.

Kontakte zu anderen Stipendiaten zu knüpfen. Alle Stiftungen haben inzwischen ein breites Netzwerk von Stipendiaten und Altstipendiaten aufbauen können<sup>198</sup>, die wiederum als Multiplikatoren der Stiftungen und deren Ideen in ihren jeweiligen Berufsfeldern und im Alltag fungieren. Alleine die beiden großen Stiftungen KAS und FES förderten zuletzt gemeinsam 6.100 Stipendiaten.<sup>199</sup> Die FNF, HBS, HSS und RLS förderten 2011 zusammen fast 4.000 deutsche und ausländische Studierende.<sup>200</sup>

Wie die eben gemachten Ausführungen gezeigt haben, sind die sechs in der Bundesrepublik tätigen politischen Stiftungen national wie international zu einem unverzichtbaren Bestandteil des politischen Institutionengefuges geworden. Ihre parallele Tätigkeit spiegelt eine Grundüberzeugung wider, die das politische System Deutschlands prägt: „[...] dass die offenen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen und Organisationen, aber auch die Konsens- und Koalitionsmöglichkeiten zwischen ihnen sowie der Wettbewerb der von ihnen repräsentierten Wertesysteme, unverzichtbare Bestandteile demokratischer politischer Willensbildung sind.“<sup>201</sup> Durch ihre umfangreichen Aktivitäten, nicht nur auf dem Gebiet der politischen Bildung, leisten sie einen entscheidenden Beitrag zur Beschäftigung der Bürger mit politischen Sachverhalten und bieten einen Rahmen für die offene Diskussion politischer Fragen. Dies regt nicht zuletzt zur aktiven Mitgestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens an. Somit leisten sie einen signifikanten Beitrag zur Stabilisierung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, deren Erhaltung in hohem Maße von der rationalen politischen Urteilsfähigkeit und der aktiven Partizipation einzelner Bürger oder Gruppen abhängig ist. Ihr Grundanliegen hat so bis heute nicht an Bedeutung eingebüßt: Durch politische Bildung demokratisches Bewusstsein und demokratische Kultur zu fördern. Nur auf diese Weise kann eine Demokratie lebendig bleiben – mit aktiven Demokraten.

---

<sup>198</sup> Jahresberichte 2011 der KAS, HSS, FNF, HSS, RLS; Jahresbericht 2010 der FES.

<sup>199</sup> Durch die KAS wurden 3400 Stipendiaten gefördert und durch die FES 2700: KAS (2012c): *Jahresbericht 2011. Einblicke 2012*, [http://www.kas.de/upload/dokumente/jahresbericht2011/KAS\\_JB2011.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/jahresbericht2011/KAS_JB2011.pdf); S. 86; FES (2011): *Jahresbericht 2010. Einblicke 2011*, [http://www.fes.de/inhalt/Dokumente\\_2011/110621\\_FES\\_JB2010\\_Web.pdf](http://www.fes.de/inhalt/Dokumente_2011/110621_FES_JB2010_Web.pdf), S. 76 f.

<sup>200</sup> Die FNF förderte 987 Stipendiaten: FNF (2012b): *Jahresbericht 2011. Weltweitengagiert. Für die Freiheit*, <http://www.freiheit.org/files/62/FNF-Jahresbericht2011.pdf>, S. 49; Durch die HBS wurden 1.005 Stipendiaten gefördert: HBS (2012b): *Jahresbericht 2011*, [http://www.boell.de/downloads/Endf\\_Jahresbericht2011\\_kommentierbar.pdf](http://www.boell.de/downloads/Endf_Jahresbericht2011_kommentierbar.pdf), S. 49; Die HSS förderte 1.000 Studierende: HSS (2012a): *Jahresbericht 2011. Eine Leistungsbilanz*, [http://www.hss.de/uploads/tx\\_ddceventsbrowser/JB-2011.pdf](http://www.hss.de/uploads/tx_ddceventsbrowser/JB-2011.pdf), S. 34; 800 Stipendiaten wurden durch die RLS gefördert: RLS (2012c): *Stipendienprogramm*, <http://www.rosalux.de/studienwerk/stipendienprogramm.html>.

<sup>201</sup> Ebd.

## 5. Methodisches Vorgehen

---

Im einleitenden Abschnitt der Arbeit wurde bereits dargelegt, dass es bisher keine Untersuchung gibt, die sich mit der Übertragbarkeit des Modells der deutschen politischen Stiftungen auf andere Kontexte auseinandersetzt. Prozessdaten liegen daher nicht oder in nicht ausreichendem Maße vor, um die Fragestellung in Hinblick auf die Mongolei adäquat beantworten zu können. Im Rahmen der induktiven Vorgehensweise wurden deshalb qualitative Verfahren zur Datenerhebung eingesetzt. Die Generierung der Daten erfolgte mittels 16 leitfadengestützter Experteninterviews, die jeweils zwischen 30 und 60 Minuten dauerten (in einem Fall erfolgte die Beantwortung der Fragen schriftlich), sowie Beobachtungen, die während der Forschungsaufenthalte vor Ort gemacht wurden. Die Interviews wurden zu drei Themenblöcken durchgeführt: (1) politische Bildung durch politische Stiftungen in Deutschland, (2) Transformationsstand der Mongolei / Parteienlandschaft sowie (3) Potentiale und organisatorische Gesichtspunkte einer etwaigen mongolischen politischen Stiftung.

### *Erstellung der Interviewleitfäden und Auswahl der Interviewpartner:*

Die Erstellung der Interviewleitfäden zum Thema *Politische Bildung durch politische Stiftungen* erfolgte auf Grundlage der Literatur zu diesem Thema, vor allem aber im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse der Arbeit, dabei standen praktische Aspekte der Veranstaltungskonzeption im Vordergrund. Die zu diesem Thema verfügbare Literatur macht in der Regel allgemeine Angaben<sup>202</sup>, die für die Erstellung der Arbeit nicht ausreichend waren. Als Ansprechpartner standen Mitarbeiter der KAS zur Verfügung, die mit der politischen Bildungsarbeit der Stiftung betraut sind – der stellvertretende Hauptabteilungsleiter Politische Bildung und die Leiterin des Bildungswerkes in Erfurt. Auf die Befragung von dafür verantwortlichen Mitarbeitern anderer Stiftungen wurde verzichtet, da sich die politischen Stiftungen in ihrer Arbeitsweise, ihrer Organisation und ihren Tätigkeitsprofilen stark ähneln und damit eine gewisse Grundgleichheit aufweisen, wie im vorangegangenen Kapitel aufgezeigt wurde.

Ausgehend von der Auswertung der Literatur zur *Transformationsforschung* sowie einschlägiger Studien renommierter Forschungsinstitute zum Transformationsstand der Mongolei<sup>203</sup>

---

<sup>202</sup> Siehe dazu etwa: Sammelband von Breit und Schiele (2004): *Demokratie braucht politische Bildung*, Wochenschau Verlag, Schwalbach, Ts.; Mohr (2010): S. 74 ff; KAS, HBS, FES, HSS, FNF, RLS (2011): *Die Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen in Deutschland*.

<sup>203</sup> Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*; United States Agency for International Development (2010): *Executive Summary – Mongolia Democracy and Governance Assessment*; Asia Founda-

wurden Fragen abgeleitet, die einen Einblick in die aktuelle Entwicklungssituation des Landes, die Arbeitsweise politischer Parteien und die Situation der politischen Bildung ermöglichen. Die vor Ort zu diesem Thema geführten Gespräche dienten vor allem dazu, einen Überblick über die aktuellsten Entwicklungen in der Mongolei zu erhalten und die Sach- und Themengebiete zu ermitteln, in die eine etwaige politische Stiftung vordringen muss, um bedürfnisspezifisch agieren zu können. Als Gesprächspartner wurden dazu Personen ausgewählt, die aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation oder ihrer Stellung im politischen System fundierte Auskünfte über diese Thematik geben können (genaue Angaben siehe: Liste der Gesprächspartner, S. 108).

Die Interviewfragen, die auf die *Realisierungschancen, Potentiale und organisatorischen Gesichtspunkte einer etwaigen mongolischen politischen Stiftung* abzielten, orientierten sich vor allem an den aus der Analyse des deutschen Stiftungsmodells generierten Kategorien. Die Auswahl der Gesprächspartner erfolgte entlang zweier Kriterien – zum einen war es unabdingbar, dass die Befragten mit dem Modell der deutschen politischen Stiftungen vertraut sind; zum anderen mussten sie Kenntnisse über das politische System und die aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen der Mongolei haben, um über die Realisierungschancen und notwendige Tätigkeitsfelder Auskunft geben zu können. Aufgrund dieser zwei zu erfüllenden Kriterien stand nur ein kleiner Kreis an Ansprechpartnern zur Verfügung – die Mitarbeiter der deutschen politischen Stiftungen vor Ort, die Mitarbeiter des festen Partners der KAS sowie eine Parlamentsabgeordnete, die sich für die Realisierung des Projektes stark macht. Aufgrund der Position der Befragten und deren damit einhergehender Verquickung mit den beiden für die Arbeit relevanten Feldern – deutsche politische Stiftungen und das gesellschaftliche Umfeld der Mongolei – konnte aussagekräftiges Datenmaterial gewonnen werden.

#### *Auswertung des Datenmaterials:*

Zur Auswertung der gewonnenen Daten wurden die geführten Interviews zunächst transkribiert.<sup>204</sup> Entsprechend der Annahmen von Kuckartz wurden die Kategorien zur Auswertung der Interviews in Anlehnung an die Interviewleitfäden entwickelt.<sup>205</sup> Darauf aufbauend

---

tion (2009): *Mongolia Voter Education Survey*, <http://asiafoundation.org/resources/pdfs/MongoliaVoterEducationSurveyEng.pdf>; Tora, Bjarte/Namshir, Tsolmontuya (2011): *Political Party Reform. Assessment Report*, Ulaanbaatar.

<sup>204</sup> Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2008): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München, S. 162 ff; zu Transkriptionsregeln siehe: Kuckartz, Udo (2010): *Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten*, 3., aktualisierte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 38 ff.

<sup>205</sup> Kuckartz (2010): *Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten*, S. 206 f.

wurde das Material kodiert. Um dem induktiven Forschungsdesign gerecht zu werden, wurde das Interviewmaterial mehrfach analysiert. Zu Beginn wurde die Kodierung anhand der aus den Leitfäden generierten Kategorien vorgenommen, um im weiteren Kodierungsprozess das Material noch einmal entlang der Kategorien zu untersuchen (axiale Kodierung<sup>206</sup> – Erstellen von Verbindungen zwischen den Kategorien). Es erfolgten mehrfache Untersuchungsdurchgänge des Materials bis zur Sättigung. Anschließend wurden die Textabschnitte, die mit den gleichen Codes versehen waren, nebeneinandergelegt, um deren Vergleichbarkeit herzustellen.<sup>207</sup> Nach dem Explizieren von Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den Textpassagen erfolgte die Interpretation des Datenmaterials, in die auch eigene Beobachtungen der Autorin, die während zweier Forschungsaufenthalte in der Mongolei gemacht wurden, einflossen. Die Zusammenstellung der Forschungsergebnisse erfolgt nun im nachstehenden Kapitel 6.

Da die Arbeit in enger Kooperation mit dem Auslandsbüro der KAS in der Mongolei entstanden ist, beziehen sich die folgenden Überlegungen zur Installation einer politischen Stiftung in der Mongolei vorrangig darauf, ob es möglich ist, eine der Partnerpartei der KAS – der Demokratischen Partei (DP) – nahestehende Institution aufzubauen. Wie aufgezeigt wird, können, trotz der auf die DP-fokussierten Überlegungen, von einem solchen Schritt Impulse für das gesamte demokratische System in der Mongolei ausgehen.

---

<sup>206</sup> Vgl. ebd., S. 77; siehe auch Przyborski/Wohlrab-Sahr (2008): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*, S. 209 f.

<sup>207</sup> Hussy, Walter (2008): *Qualitative Methoden: Analysemethoden: Hermeneutik, Kodierung, Inhaltsanalyse, Typenbildung*, [http://www.uni-due.de/imperia/md/content/dokforum/analysemethoden\\_qualnetz\\_5.pdf](http://www.uni-due.de/imperia/md/content/dokforum/analysemethoden_qualnetz_5.pdf).

## 6. Die Mongolei

---

Ausgehend von den Überlegungen, die in den theoretischen Rahmenkapiteln 2.-4. angestellt wurden, soll der Blick nun auf die Mongolei gerichtet werden. Nach einem Abriss der historischen Entwicklungen bis 1989/90 wird die Entwicklung der demokratischen Konsolidierung bis heute dargestellt. Dies erfolgt basierend auf dem in Kapitel 2. eingeführten Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung nach Wolfgang Merkel. Mit Behandlung des Konsolidierungsprozesses werden zugleich die noch bestehenden Defizite in der Mongolei verdeutlicht und insbesondere die Aspekte herausgegriffen, bei denen politische Stiftungen ihrem Wesen nach ansetzen können – die Situation der politischen Parteien sowie die der politischen Bildung. Diese Darstellung bildet die Grundlage für die Überlegungen zur Übertragbarkeit des Modells der parteinahen Stiftungen. Im abschließenden Abschnitt dieses Kapitels werden Vorschläge zur Implementierung des Modells in der Mongolei unterbreitet.

### 6.1 *Historische Entwicklung vor dem demokratischen Umbruch 1989/90*

---

Wie im einleitenden Teil der Arbeit bereits angedeutet wurde, ist die Geschichte der Mongolei seit Langem mit der ihrer beiden übermächtigen Nachbarn Russland und China verbunden. Dies prägt das Bewusstsein der Menschen und damit den Demokratisierungsprozess bis heute. Ab dem Ende des 17. Jahrhunderts wurde die Äußere Mongolei von der chinesischen Qing-Dynastie fremdbeherrscht. Wurde der Mongolei zu Beginn der Fremdherrschaft noch ein territorialer Sonderstatus zugestanden, aufgrund dessen sie nicht der Rechtsprechung und Verwaltung, die in den chinesischen Gebieten üblich gewesen war, unterstand, wurden diese Rechte mit dem fortschreitenden Machtverlust der Qing-Kaiser seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mehr und mehr aufgeweicht.<sup>208</sup> Die bis dahin verbotene Übersiedlung von Chinesen in das Territorium der Äußen Mongolei wurde Anfang des 20. Jahrhunderts legalisiert und massiv vorangetrieben – die Sinisierung der Provinzen sollte beschleunigt werden. Diese Übersiedlungen, die massive Landnahme für den Ackerbau sowie die Stationierung chinesischer Truppen an den Grenzen der Äußen Mongolen waren Resultate der Entwicklung, die sich nach dem Opium-Krieg und nach der Niederschlagung der Boxer-

---

<sup>208</sup> Barkmann (2012): *Die Mongolei und ihre dritten Nachbarn*, S. 7.

Aufstände ergab.<sup>209</sup> „Die neue Politik der Qing-Administration gefährdete die Lebensgrundlagen der nomadischen Mongolen im extremen Maße. Antichinesische Stimmungen griffen unter den Mongolen um sich. Dies mündeten schließlich in der Bildung einer nationalen Befreiungsbewegung.“<sup>210</sup> Das Vorrücken der Chinesen in die Gebiete der Äußeren Mongolei signalisierte auch für Russland diverse Gefahren für die Sicherheit der inzwischen strategisch wichtigen Transsibirischen Eisenbahn.<sup>211</sup> Mongolische Unabhängigkeitsbestrebungen und russische Sicherheitsinteressen – Umwandlung der Mongolei in einen militärischen Puffer – bildeten in dieser Zeit eine günstige Schnittmenge. Als die Mongolei 1911 ihre Unabhängigkeit ausrief, konnte sie auf die weitere Unterstützung Russlands zählen.<sup>212</sup> Es sollte jedoch noch bis 1921 dauern bis die chinesischen Truppen mit Unterstützung der Roten Armee aus der Mongolei zurückgedrängt werden konnten. Sie wurden dabei von jungen mongolischen Revolutionären unterstützt, die im Sommer 1920 eine eigene Partei, den Vorläufer der späteren Staatspartei, der Mongolischen Revolutionären Volkspartei (MRVP), gegründet und bald darauf Kontakt mit der neuen Staatsspitze in Moskau aufgenommen hatten.<sup>213</sup> Ihr Anführer war der junge Damdiny Sukhbaatar, der noch heute als Nationalheld verehrt wird. Nach dem Tod des letzten Bogd Khan<sup>214</sup> im Jahr 1924 wurde die Mongolei zur Volksrepublik erklärt. Ohne sowjetische Rückendeckung hätte dieser Schritt nicht vollzogen werden können.<sup>215</sup> Auch wenn Russland kein Interesse daran hatte, die Mongolei vollständig in das Staatsgebiet zu integrieren<sup>216</sup>, so unterlag sie fortan dem sowjetischen Einflussbereich. Die Integration der Mongolei in das sowjetische Interessengebiet verlief nach einem für die damalige Zeit nicht ungewöhnlichen Muster. Im Herbst 1937 begann eine ungeheure Terrorwelle. Alle Mitglieder der MRVP, die des „Abweichlertums“, d.h. ungenügender Härte, verdächtigt wurden, wurden liquidiert. Hinzu kamen viele Mitglieder der schöpferischen Intelligenz und praktisch alle, die im nicht-sowjetischen Ausland studiert hatten.<sup>217</sup> Danach richtete sich der Furor gegen die Religion – von 700 Klöstern wurden bis auf eine Handvoll alle zerstört und deren Bewohner ausnahmslos erschossen.<sup>218</sup> Die Annahmen über die Toten

---

<sup>209</sup> Ebd.

<sup>210</sup> Ebd.

<sup>211</sup> Ebd.

<sup>212</sup> Vgl. Wisotzki, Marion/Käppeli, Erna/von Waldenfels, Ernst (2010): *Mongolei. Unterwegs im Land der Nomaden*, 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage, Trescher Verlag, Berlin, S. 61.

<sup>213</sup> Vgl. ebd., S. 62.

<sup>214</sup> Der Bogd Khan war seit 1911 weltlicher und geistlicher Herrscher der Mongolei.

<sup>215</sup> Vgl. Wisotzki/Käppeli/von Waldenfels (2010): *Mongolei. Unterwegs im Land der Nomaden*, S. 62.

<sup>216</sup> Warum dies in der Vergangenheit nicht so war und auch in Zukunft nicht so sein wird, beschreibt ausführlich: Barkmann (2012): *Die Mongolei und ihre dritten Nachbarn*, S. 9.

<sup>217</sup> Vgl. Wisotzki/Käppeli/von Waldenfels (2010): *Mongolei. Unterwegs im Land der Nomaden*, S. 63.

<sup>218</sup> Ebd., S. 64.

in dieser Zeit schwanken zwischen 30.000 und 65.000.<sup>219</sup> Die Brutalität der Vorgehensweise nahm ab, aber auch in den nachfolgenden Jahrzehnten bis zum demokratischen Umbruch wurden alle politischen Reformversuche massiv bekämpft und der Einfluss sowjetischer Berater, die jegliches Feingefühl im Umgang mit den Mongolen vermissen ließen, nahm massiv zu.<sup>220</sup> Insbesondere die nomadische Kultur hatte aufgrund ihrer wirtschaftlich geringen Bedeutung zu leiden und das, obwohl sie die Mongolei über Jahrhunderte hinweg prägte.<sup>221</sup> Auch wenn ebenso positive Impulse in der Mongolei gesetzt wurden – wie der Ausbau der schulischen Bildung und der medizinischen Versorgung – so verhinderte das gesamtgesellschaftliche Umfeld die Ausbildung jeglicher Zivilgesellschaft. Bis zur demokratischen Wende war Bürgerbeteiligung formal unter Leitung des Staates organisiert. Es existierten sowohl Gewerkschaften als auch Frauen- und Jugendorganisationen, aber diese waren Sprachrohre der regierenden MRVP, um die dominierende Ideologie zu verbreiten.<sup>222</sup> Es gab keine offene Dissidenten- oder Oppositionsbewegung.<sup>223</sup> Diejenigen, die auf mongolischer Seite zu dieser gesellschaftlichen Entwicklung als Mitglieder der damaligen MRVP beigetragen haben, sind z.T. noch heute aktiv in der Politik engagiert – entweder in der jetzigen MVP oder der neuen MRVP.<sup>224</sup> Umso entscheidender ist es, den nun eingeschlagenen demokratischen Weg voranzutreiben. Vor dem Hintergrund dieser Historie wird die Einzigartigkeit des mongolischen Transformations- und Demokratisierungspfades mehr als deutlich.

## 6.2 Demokratische Konsolidierung in der Mongolei

---

Wie die theoretischen Ausführungen zur Konsolidierung eines demokratischen Systems gezeigt haben, ist Demokratisierung ein vielschichtiger und langwieriger Prozess, der nicht nur durch systemimmanente Faktoren beeinflusst, sondern auch durch externe Einflüsse geprägt wird.

Wie bereits im einleitenden Kapitel beschrieben, blickt die Mongolei auf 22 Jahre erfolgreiche Transformation zurück. Die im Zuge dessen erbrachten politischen und wirtschaftlichen

---

<sup>219</sup> Ebd.; Agwaandorjiin (1999): *Demokratisierungschancen in der Mongolei*, S. 46.

<sup>220</sup> Ebd.

<sup>221</sup> Ebd., S. 51.

<sup>222</sup> Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*, S. 20.

<sup>223</sup> Agwaandorjiin (1999): *Demokratisierungschancen in der Mongolei*, S. 19.

<sup>224</sup> Die frühere Staatspartei MRVP (Mongolische Revolutionäre Volkspartei) benannte sich auf einem Parteitag 2010 in MVP – Mongolische Volkspartei – um. Hintergrund war, neue Wähler gewinnen zu wollen, indem man sich von „Revolutionär“ und damit auch vom sozialistischen Beigeschmack des Namens distanzierte. Als Reaktion auf diese Entscheidung gründete der ehemalige Staatspräsident N. Enkhbayar eine neue Partei unter dem Namen der alten Staatspartei MRVP. Die MVP ist neben der DP (Demokratische Partei) noch heute eine der einflussreichsten Parteien in der Mongolei.

Leistungen des nur 2,8 Millionen Einwohner zählenden Landes können als beachtlich eingestuft werden. Der Freedom House Index kategorisiert die Mongolei als „frei“.<sup>225</sup> Diese Entwicklung und der aktuelle Status basieren nicht zuletzt auf der im Jahr 1992 verabschiedeten Verfassung.

### *Erste Ebene: Konstitutionelle Konsolidierung*

Unter Leitung des ersten demokratisch bestimmten Staatspräsidenten der Mongolei P. Ochirbat wurde eine 20-köpfige Kommission, bestehend aus prominenten mongolischen Juristen und Vertretern der politischen Parteien, eingesetzt, die die *neue Verfassung* erarbeiten sollte und von US-amerikanischen und deutschen Experten beraten wurde.<sup>226</sup> Der erste Entwurf der Kommission wurde Anfang des Jahres 1991 der Kleinen Versammlung des Khurals vorgelegt sowie in der Zeitung „Ardyn Erkh“ veröffentlicht.<sup>227</sup> Dieser Schritt stellte kein Referendum dar, sondern sollte zur öffentlichen Diskussion des Verfassungsentwurfs beitragen. An dieser beteiligten sich fast eine Millionen Menschen aus 700 Institutionen, die mehrere tausend neue Vorschläge in den verfassungsgebenden Prozess einbrachten. Gut 40 Prozent dessen wurde von der Kommission bei ihrer weiteren Arbeit berücksichtigt.<sup>228</sup>

Die verabschiedete Verfassung verankerte Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative. An der Spitze des Staates steht der für vier Jahre vom Volk direkt gewählte *Staatspräsident*, der Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates ist. Seit 2009 wird das Amt des Präsidenten von Ts. Elbegdorj (Mitglied der DP) bekleidet. Er unterschreibt die vom Parlament verabschiedeten Gesetze, kann diese aber auch durch ein Veto blockieren. Um dieses wieder aufzuheben, bedarf es einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament. Darüber hinaus schlägt der Präsident die Kandidaten für das Amt des *Premierministers* vor.<sup>229</sup> Im legislativen Prozess wird der Präsident an operativer Machtfülle von diesem überflügelt. Der Premier wird von derjenigen Partei oder Koalition gewählt, die die Mehrheit im Großen Staatskhural inne hat.<sup>230</sup> Seit dem 9. August 2012 trägt dieses Amt N. Altankhuyag (Mitglied der DP).<sup>231</sup>

---

<sup>225</sup> Freedom House (2012): *Freedom in the World 2012 – Mongolia*, <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2012/mongolia>.

<sup>226</sup> Vgl. Agwaandorjiin (1999): *Demokratisierungschancen in der Mongolei*, S. 206, 211.

<sup>227</sup> Ebd.

<sup>228</sup> Ebd.

<sup>229</sup> Rey/Davaasuren/Höhlein (2011): *Die Mongolei am Scheideweg*, S. 9.

<sup>230</sup> Braun (2011): *Die Mongolei: Stand und Perspektiven von Demokratie und Marktwirtschaft*, S. 2.

<sup>231</sup> Central Intelligent Agency US (2012): *Mongolia*, [https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/countrytemplate\\_mg.html](https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/countrytemplate_mg.html).

Das Parlament der Mongolei zählt 76 Abgeordnete, die bis zur letzten Parlamentswahl am 28. Juni 2012 durch Mehrheitswahlrecht in uninominalen Wahlkreisen bestimmt wurden.<sup>232</sup> Diese Regelung, die insbesondere die beiden großen Parteien DP und MVP begünstigte<sup>233</sup>, wurde durch ein am 15. Dezember 2011 verabschiedetes neues Wahlrecht ersetzt.<sup>234</sup> Durch die Reform des Wahlrechts wurde ein gemischtes System eingeführt, bei dem 48 Mandate weiterhin mittels Mehrheitswahlrecht direkt in 26 Wahlkreisen bestimmt und 28 Mandate über Listenwahl vergeben werden.<sup>235</sup> Zudem wurde eine Sperrklausel von fünf Prozent eingeführt. Nach der letzten Parlamentswahl, die auch wie die Wahlen davor von internationalen Beobachtern als weitgehend frei und fair angesehen wurden,<sup>236</sup> sind im Großen Staatskhural vier Parteien und drei unabhängige Kandidaten vertreten.<sup>237</sup> Die Sitzverteilung gestaltet sich wie folgt: DP – 31 Sitze, MVP – 25 Sitze, MRVP/MNDP – elf Sitze, CWP/Grüne – zwei Sitze, unabhängige Kandidaten – 3 Sitze. Vier der 76 Sitze im Parlament sind vorläufig noch nicht besetzt. Art. 22 der mongolischen Verfassung garantiert sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht für alle Mongolen, die das 18. bzw. das 25. Lebensjahr vollendet haben.

Die seit dem demokratischen Umbruch durchgeführten fünf Präsidentschafts- sowie sechs Parlamentswahlen zeigen, dass durch Abstimmungen herbeigeführte Regierungswechsel akzeptiert werden. Dies kann festgehalten werden, auch wenn es nach den Wahlen im Jahr 2008 zu Auseinandersetzungen kam, bei denen fünf Menschen starben und mehrere hundert inhaftiert wurden. Dies ereignete sich, weil der MVP Wahlfälschung vorgeworfen wurde, woraufhin diese – trotz absoluter Mehrheit der Mandate – eine Koalitionsregierung mit der DP bildete.<sup>238</sup>

Im Hinblick auf die *administrative Struktur* des Landes ist Folgendes festzuhalten:<sup>239</sup> Generell ist die Organisation des Landes durch Dezentralität geprägt. Die Verwaltungseinheiten

<sup>232</sup> Parlamentswahlen fanden statt in den Jahren: 1992, 1996, 2000, 2004 und 2008.

<sup>233</sup> Rey/Davaasuren/Höhlein (2011): *Die Mongolei am Scheideweg*, S. 11.

<sup>234</sup> Merkel selbst gibt an, dass Wahlsysteme selten Verfassungsrang besitzen. Sie sind infolge ihrer faktischen Bedeutung für die Zuteilung von politischen Repräsentationschancen aber von vergleichbarer Wichtigkeit für die Konsolidierung der Demokratie wie die Verfassungsorgane. Deshalb wird das Wahlsystem der Mongolei bereits an dieser Stelle vorgestellt (Merkel 2011: S. 32); Chogdon, Oyungerel/Tsogtsaikhan, Uyanga/Treydte, Klaus-Peter (2012): *Zwischen „Boom und Frust“: Parlamentswahlen in der Mongolei im Juni 2012*, <http://library.fes.de/pdf-files/iez/09171-20120618.pdf> S. 5.

<sup>235</sup> Ebd.

<sup>236</sup> Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*, S. 6.

<sup>237</sup> State Great Hural of Mongolia (2012): *Who's who?*, <http://www.parliament.mn/new/en/whoswho>.

<sup>238</sup> Ausführlich dazu siehe etwa: United States Agency for International Development (2010): *Executive Summary – Mongolia Democracy and Governance Assessment*, S. 2; Chogdon/Tsogtsaikhan/Treydte (2012): *Zwischen „Boom und Frust“*, S. 4.

<sup>239</sup> Die nachfolgenden Ausführungen beruhen auf: Rey/Davaasuren/Höhlein (2011): *Die Mongolei am Scheideweg*, S. 10.

unterhalb der zentralstaatlichen Ebene gliedern sich wie folgt in: 21 Aimags (vergleichbar mit den deutschen Bundesländern), 329 Sums (vergleichbar mit den deutschen Landkreisen) und ca. 1500 Bags (vergleichbar mit deutsche Gemeinden). Auf den Ebenen der Aimags und Sums sind Khurals (Parlamente) vorzufinden, deren Aufgabe vornehmlich in der jährlichen Haushaltsaufstellung besteht. Auf der Ebene der Bags existieren sogenannte Bürgerversammlungen, an denen alle Bürger des Bags teilnehmen können, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Diese sind hauptsächlich zuständig für die Organisation des täglichen Lebens der Nomaden und beraten diese etwa bei Weideproblemen und Heuernten. Auf allen drei Verwaltungsebenen werden Gouverneure für vier Jahre auf Vorschlag derjenigen Partei gewählt, die die Mehrheit der Sitze im Lokalparlament inne hat. Dabei können Aimag-Gouverneure mit deutschen Ministerpräsidenten verglichen werden, während die Position des Sum-Gouverneurs der eines Landrates und die eines Bag-Gouverneurs der eines Bürgermeisters entspricht.

Trotz dessen es auf den ersten Blick so scheint, kann nicht von einem föderalen System gesprochen werden – schon alleine deshalb nicht, weil die Aimag-Ebene, anders als die deutschen Bundesländer über den Bundesrat, keine Möglichkeit hat, auf den Gesetzgebungsprozess der zentralstaatlichen Ebene einzuwirken. Hinzu kommt, dass eine faktische fiskalpolitische Abhängigkeit der unteren Verwaltungsebenen von der zentralstaatlichen Ebene besteht, obwohl sowohl die Aimags als auch Sums und Bags über eigene Einnahmequellen verfügen. Der größte Teil des Steueraufkommens fließt der zentralen Ebene zu. Für größere Projekte müssen so in der Regel Anträge in Ulaanbaatar gestellt werden. Der politische Gestaltungsspielraum der Aimags, Sums und Bags ist auf diese Weise erheblich eingeschränkt. Die demokratischen Institutionen erfüllen die ihnen zukommenden Aufgaben in prinzipieller Weise, wenn auch nach Einschätzung des Bertelsmann Transformationsindexes nicht immer effektiv.<sup>240</sup> Das heißt, es gelingt ihnen nicht immer, zügige problemangemessene Entscheidungen zuzulassen.<sup>241</sup> „The legal requirements for the responsiveness and accountability of members of national, provincial and district parliaments toward citizens are ambiguous, and there are no mechanisms for enforcing them. [...] The Mongolian government’s ability to develop and maintain an effective system of government responsibility and accountability is its major, possibly its greatest, challenge.“<sup>242</sup> Die demokratischen Institutionen des Landes

---

<sup>240</sup> Vgl. ebd.

<sup>241</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang (2011): *Systemtransformation: Konsolidierung und Qualität der Demokratie*, S. 32.

<sup>242</sup> Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*, S. 10.

sind dennoch stabil und werden von den relevanten politischen Akteuren als legitim erachtet.<sup>243</sup> Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass sich in naher Zukunft eine andere Staats- und Regierungsform als die demokratische etablieren wird.

Im Hinblick auf die *Rechtsstaatlichkeit* – die dem Konzept der embedded democracy zufolge für die demokratische Entwicklung mit entscheidend ist – zeichnet sich ein ambivalentes Bild ab. Die durch die Verfassung verbrieften Freiheitsrechte wie Meinungs-, Versammlungs-, Assoziations- und Religionsfreiheit der Bürger sind weitgehend gewährleistet, auch wenn es gelegentliche Unregelmäßigkeiten gibt.<sup>244</sup> Rechtlich trifft dies auch auf die Pressefreiheit zu, gleichwohl üben internationalen und nationalen Beobachtern zufolge viele Journalisten und unabhängige Medien Selbstzensur, um Klagen wegen Verletzung von Staatsgeheimnissen sowie Verleumdung zu entgehen.<sup>245</sup> So hat die Regierung in der Vergangenheit die Urheber kritischer Artikel mit derartigen Klagen erfolgreich belangt. Hinzu kommt, dass hinter vielen Fernseh- und Radiosendern sowie Printmedien Eigentümer stehen, die wirtschaftlich und politisch sehr einflussreich sind und die eine kritische Berichterstattung im Hinblick auf die eigene Person nicht dulden.<sup>246</sup> Auch der Freedom House-Index stuft die Pressefreiheit nur als „partly free“ ein.<sup>247</sup>

Was die Unabhängigkeit der Gerichte angeht, so ist festzuhalten, dass diese in der Regel unabhängig agieren und entscheiden, es jedoch immer noch Faktoren gibt, die ihre Freiheit punktuell einschränken – wie die unzureichende Implementierung der Gesetze, die die Unabhängigkeit der Gerichte gewährleisten sollen oder ein defizitär entwickeltes Verständnis im politischen System dessen, was Rule of Law bedeutet sowie die Ernennung von Richtern nach politischen Kriterien oder niedrige Einkommen.<sup>248</sup> Hinzu kommt, dass Korruption eine der größten Gefahren für die mongolische Rechtsstaatlichkeit darstellt. So haben nationale Programme zur Bekämpfung von Korruption, die unabhängige Antikorruptionsbehörde, Antikorruptionsgesetze und die Unterzeichnung der UN-Konvention gegen Korruption keine spürbare Besserung hervorgebracht.<sup>249</sup> Im Korruptionsindex von Transparency International nimmt die Mongolei Platz 120 von 182 ein.<sup>250</sup>

---

<sup>243</sup> Vgl. ebd., S. 9.

<sup>244</sup> Braun (2011): *Die Mongolei: Stand und Perspektiven von Demokratie und Marktwirtschaft*, S. 2 ff.

<sup>245</sup> Ebd., S. 2.

<sup>246</sup> Vgl. United States Agency for International Development (2010): *Executive Summary – Mongolia Democracy and Governance Assessment*, S. 12.

<sup>247</sup> Freedom House (2012): *Freedom in the World 2012 – Mongolia*.

<sup>248</sup> Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*, S. 8.

<sup>249</sup> Braun (2011): *Die Mongolei: Stand und Perspektiven von Demokratie und Marktwirtschaft*, S. 3.

<sup>250</sup> Transparency International Deutschland e.V. (2012): *Corruption Perceptions Index 2011*, <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.2021.0.html>.

### *Zweite Ebene: Repräsentative Konsolidierung*

Die zweite Ebene der demokratischen Konsolidierung nach Merkel betrifft die territoriale und funktionale Interessenvertretung.

Auf Grundlage der in der Verfassung gewährten Assoziationsfreiheit haben sich in der Mongolei *funktionale Interessenvertretungen* herausgebildet – sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeberverbände sowie eine Industrie- und Handelskammer. Auch wenn deren Leistungsfähigkeit mit der deutscher Institutionen dieser Art in keiner Weise vergleichbar ist,<sup>251</sup> so leisten sie doch einen Beitrag zu Solidisierung der Wirtschaft. Zwischen dem Arbeitsministerium, dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften finden jährliche Verhandlungen zur Setzung arbeitsmarktpolitischer Rahmenbedingungen statt.<sup>252</sup> In der öffentlichen Wahrnehmung ist die Arbeit der Gewerkschaften jedoch eher gering.<sup>253</sup> Die Industrie- und Handelskammer der Mongolei setzt sich für die Verbesserung des wirtschaftspolitischen Rahmens für die Unternehmen ein und unterhält zahlreiche internationale Beziehungen. Es ist zu erwarten, dass sich ihr Engagement in den nächsten Jahren noch ausdehnen wird.<sup>254</sup>

Auf den ersten Blick präsentiert sich die Mongolei als ein dynamischer Vielparteienstaat. Mit der demokratischen Revolution ging die Liberalisierung und Ausdifferenzierung des *Parteiensystems* einher. Die Grundlage dafür bildete ein 1990 von der MRVP erlassenes Gesetz, das den rechtlichen Rahmen zur Gründung neuer Parteien absteckte. Inzwischen sind beim Obersten Gerichtshof der Mongolei 20 Parteien offiziell registriert. Zu den Parlamentswahlen 2012 wurden insgesamt elf Parteien oder Partei-Allianzen von der Wahlbehörde zugelassen.<sup>255</sup> Als parteipolitisch relevante Akteure können jedoch nur die im Parlament vertretenen Parteien gelten. Von 2008 bis 2011 wurde das politische Leben deutlich von den beiden größten Parteien MVP und DP dominiert, die in einer großen Koalition regierten. Seit Mitte 2011 hat sich das Parteienspektrum jedoch verändert und ausdifferenziert.<sup>256</sup> Mit der Fusion aus Civil Will Party (CWP) und Green Party ist eine Partei entstanden, die insbesondere vom neuen Wahlrecht profitieren und ihren Einfluss in Zukunft noch weiter ausdehnen

---

<sup>251</sup> So Ute Kumpf im Interview am 28.06.2012.

<sup>252</sup> Dr. iur. B. Mandakhbileg im Interview am 17.07.2012.

<sup>253</sup> So die Aussage von Klaus Wendelberger im Interview am 20.07.2012.

<sup>254</sup> Vgl. Kumpf, Ute (2012): *Delegation mongolischer Entscheidungsträger aus dem Bergbau sektor trifft Ute Kumpf zum Thema „Corporate Social Responsibility in der Praxis“ in Berlin und Stuttgart*, <http://www.ute-kumpf.de/aktuelles/archive/2012/june/article/delegation-mongolischer-bergbauunternehmer-trifft-ute-kumpf-zum-thema-corporate-social-responsibili/62.html>.

<sup>255</sup> Chogdon/Tsogtsaikhan/Treydte (2012): *Zwischen „Boom und Frust“*., S. 4.

<sup>256</sup> Ebd.

kann. Bei der letzten Wahl konnte sie zwei Sitze im Parlament erlangen.<sup>257</sup> Zudem gründete der ehemalige Staatspräsident N. Enkhbayar die „neue“ MRVP, nachdem die MVP das Wort „Revolutionär“ aus ihrem Namen gestrichen hatte.<sup>258</sup>

Trotz inzwischen mehrfacher Modifizierung des Parteiengesetzes besteht in einigen Bereichen nach wie vor Wachstumspotential. Eine Assessment-Study<sup>259</sup>, die die Beratungen über das neueste Parteiengesetz unterstützen soll, nennt dazu folgende Punkte: in früherer Tradition verhaftete stark zentralistische Organisationsstrukturen; mangelnde Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für Parteimitglieder, insbesondere bei den Nominierungsverfahren von Kandidaten für verschiedene Ämter; demokratisch defizitäre innerparteiliche Abstimmungsverfahren sowie intransparente Parteienfinanzierung.<sup>260</sup> „There is a perception that parties are not focusing on aggregating and articulati[ng] the views and desire of the people and that parties are unions of persons who strive for position and personal promotion.“<sup>261</sup> Vor allem die Auswahl der Kandidaten und die Wahlkampfführung haben dazu beigetragen, dass sich das Ansehen der Parteien in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert hat, was sich auch an einer stetig abnehmenden Wahlbeteiligung widerspiegelt.<sup>262</sup> Vermehrt entscheiden nicht politischer Sachverstand, fachliche Kompetenz oder Überzeugungs- und Mobilisierungsfähigkeit über die Möglichkeit von Kandidaturen bei Wahlen, ausschlaggebend ist vielmehr der ökonomische Status der Bewerber. „The rising costs of campaigns has crowded out many candidates, leaving room only for the wealthy.“<sup>263</sup> Mitunter müssen bis zu 100.000 US-Dollar gezahlt werden, um in den Kandidatenpool der Parteien aufgenommen zu werden, eine tatsächliche Aufstellung bei den Wahlen ist damit aber noch keineswegs garantiert. Hinzu kommen die ebenfalls aus privater Hand zu finanzierenden Kosten für den Wahlkampf. Die Kosten können sich so auf bis zu eine Millionen US-Dollar summieren.<sup>264</sup> Die Verquickung von wirtschaftlicher und politischer Macht und die Dominanz partikularer Interessen in der politischen Arena erhöhen sich auf diese Weise.

---

<sup>257</sup> Deutschlandradio Ulaanbaatar, Nachrichten vom 20. August 2012.

<sup>258</sup> Ausführlich dazu: Rey/Davaasuren/Höhlein (2011): *Die Mongolei am Scheideweg*, S. 11; zur Neugründung der Partei: Vgl. Fn. 224; Der ehemalige Staatspräsident Enkhbayar wurde daran gehindert für einen Sitz im Parlament zu kandidieren, in dem er der Korruption bezichtigt wurde. Er wurde im April 2012 verhaftet und im August zu vier Jahren Haft verurteilt.

<sup>259</sup> Tora/Namshir (2011): *Political Party Reform*.

<sup>260</sup> Ebd., S. 3.

<sup>261</sup> Ebd.

<sup>262</sup> International Republican Institute (2012b): *Mongolia Post-Election Watch: June 2012 Parliamentary Elections*.

<sup>263</sup> United States Agency for International Development (2010): *Executive Summary – Mongolia Democracy and Governance Assessment*, S. 6, 12.

<sup>264</sup> Ebd.; Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*, S. 6;

Diese Entwicklung lässt sich nicht zuletzt auch auf die nicht ausreichend regulierte Parteienfinanzierung zurückführen. Existente Regelungen, die sich auf die zulässigen Spenden an Parteien beziehen, werden nicht in ausreichendem Maße durchgesetzt.<sup>265</sup> „There are perceptions that there is (a lot of) money moving around in politics and in particular during elections that is not really known to the public.“<sup>266</sup> „There are large groups that fund political parties. These groups tend to win the tenders announced by the government for large mining and infrastructure projects, and they exert influence and pressure on the government via the mass media.“<sup>267</sup> Aus diesem Grund gibt es aktuelle Bemühungen, die Parteienfinanzierung zu reformieren. Die Mittel, die aus dem Staatshaushalt dafür zur Verfügung gestellt werden, sollen perspektivisch ansteigen und die Kontrollmechanismen der Parteienfinanzierung insgesamt sollen verbessert werden.

Entsprechend der zunehmenden Dominanz partikularer Interessen in der politischen Arena lassen die Parteien Profilschärfe und eindeutige programmatische Ausrichtungen vermissen. Den Wählern fällt es zunehmend schwer, zu durchschauen, wofür die jeweiligen Parteien stehen. Johannes D. Rey, Leiter des Auslandsbüros der KAS in Ulaanbaatar, wies in diesem Zusammenhang auf eine Synopse hin, die anlässlich der letzten Parlamentswahlen in der englisch-sprachigen UB-Post erschien und die die Wahlprogramme der Parteien vergleichend darstellte. Eine inhaltliche Unterscheidung dieser war seiner Aussage nach kaum möglich.

Diese mangelnde Profilschärfe und die fehlende programmatische Ausrichtung sowie die oben genannten internen Defizite haben dazu geführt, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Parteien sinkt. Eine Umfrage von Transparency International und dem National Anti Corruption Council hat belegt, dass Parteien in den Augen der Bevölkerung die am wenigsten vertrauenswürdigen Institutionen sind.<sup>268</sup> Eine im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2009 durchgeführte Untersuchung der Asia Foundation bestätigt diesen Eindruck und hält fest: „Mongolian political parties have failed to establish clear and distinct identities in the minds of most voters. To have a defined identity, parties need to stand for something, and voters need to know what it is. To clearly define their identity in public minds, parties may first need to define it for themselves.“<sup>269</sup>

---

<sup>265</sup> So Chuluunbaatar Sosormaa im Interview am 20.07.2012.

<sup>266</sup> Tora/Namshir (2011): *Political Party Reform*, S. 14.

<sup>267</sup> Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*, S. 7.

<sup>268</sup> United States Agency for International Development (2010): *Executive Summary – Mongolia Democracy and Governance Assessment*, S. 6, 12.

<sup>269</sup> Asia Foundation (2009): *Mongolia Voter Education Survey*, <http://asiafoundation.org/resources/pdfs/MongoliaVoterEducationSurveyEng.pdf>, S. 54.

Rund 50 Prozent der mongolischen Bevölkerung sind der Meinung, dass die etablierten Parteien die drückenden Probleme des Landes nicht bewältigen können; nahezu 70 Prozent sind der Meinung, dass sie den Willen der Bevölkerung nicht widerspiegeln.<sup>270</sup> Darüber hinaus sind nur 44 Prozent der Meinung, die Mongolei entwickle sich in die richtige Richtung, während 56 Prozent dies verneinten oder diesbezüglich unsicher waren. Ferner sind nur 35 Prozent der Mongolen mit ihrer Regierung zufrieden bis sehr zufrieden, während 57 Prozent angaben, mit dieser unzufrieden zu sein.<sup>271</sup> Vor allem die junge Generation des Landes ist von den Verhältnissen enttäuscht und hat das Gefühl, nichts ausrichten zu können, es hat sich ein gewisses Ohnmachtsgefühl breit gemacht.

In Kapitel 3.3 der Arbeit wurden die Funktionen identifiziert, die Parteien in einem demokratischen System idealerweise übernehmen. Dazu zählen insbesondere die Artikulation und Aggregation politischer Interessen; die Entwicklung politischer Zielvorstellungen und Programme im Wettbewerb mit anderen und die damit einhergehende Integration der Wähler; die Vermittlung zwischen den Bürgern und den Staatsorganen sowie die Förderung politischer Beteiligung. Angesichts der aufgezeigten Entwicklung der mongolischen Parteien werden diese Funktionen nicht voll umfänglich ausgefüllt. Wie die aufgeführten Umfragen gezeigt haben, fühlt sich die deutliche Mehrheit der Bevölkerung nicht durch die politischen Parteien vertreten. Tatsächlich sollten Parteien jedoch die Interessen der Bevölkerung aggregieren und in das politische System hinein kommunizieren, damit die Wünsche und Bedürfnisse der Bürger in der Entscheidungssphäre gehört und berücksichtigt werden. Da sich aber die überwältigende Mehrheit nicht vertreten fühlt, ist auch die Vermittlungsfunktion zwischen gesellschaftlicher und staatlicher Sphäre gestört. Wenn Parteien nicht auf die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen, können sie nicht zwischen Einzelinteressen vermitteln und somit keinen gemeinsamen politischen Willen aus diesen formen. Durch die Formulierung von Programmen und Zielvorstellungen drücken sie Konkurrenz untereinander aus und integrieren auf diese Weise unterschiedliche Schichten und Ideen auf gemeinsame Handlungsmuster. Im Zuge der Parlamentswahl 2012 wurde jedoch deutlich, dass sich die Programme der verschiedenen Parteien kaum unterscheiden und es inhaltlich viele Schnittmengen gibt. So fällt es den Bürgern offensichtlich schwer, einen Wettbewerb inhaltlicher Art zwischen den Parteien auszumachen und zu entscheiden, wer ihre jeweiligen Individualinteressen am besten vertritt. Somit kann auch die Integrationsfunktion nicht vollständig erfüllt werden.

---

<sup>270</sup> Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*, S. 11.

<sup>271</sup> Ebd., S. 17 und S. 11.

Die neue Regierungskoalition bestehend aus DP, MRVP/MNDP und CWP/Grüne zeigt darüber hinaus, wie unvorhersehbar das Handeln parteipolitischer Entscheidungsträger in der Mongolei sein kann. Bezogen auf die ihnen nachgesagte Grundausrichtung ist die DP als Partnerpartei der KAS mit der deutschen CDU vergleichbar und die MRVP mit der Partei Die Linke. Vor diesem Hintergrund scheint es so, als spielten bei der Machtssicherung/-erlangung politische Überzeugungen nur eine untergeordnete Rolle. Dies zeigt, dass politisches Handeln verstärkt von (partikularen) Interessen geleitet wird und nicht von einer festen Wertebasis ausgeht.<sup>272</sup>

Die Mongolei hat somit noch immer Wachstumspotential im Hinblick auf die repräsentative Konsolidierung. Die ist aber nicht nur ein mongolisches Phänomen. Wie Merkel bestätigt, weisen auch andere junge Demokratien in nahezu allen Weltregionen ähnliche Tendenzen auf. Er führt dazu aus: „Massenparteien mit dichten sozialen Wertemilieus und kollateralen Massenorganisationen entstehen nicht mehr in postindustriellen Gesellschaften. [...] Parteien nehmen die Gestalt von Kartellparteien an, Parteien also, die wenig soziale Verankerung, niedriges gesellschaftliches Vertrauen mit viel politischer Macht kombinieren. Dies mag nicht die Demokratie als Ganzes gefährden, kann aber zu einer fortschreitenden Auslöhlung des demokratischen Repräsentationsprinzips führen.“<sup>273</sup>

### *Dritte Ebene: Verhaltenskonsolidierung und Vetoakteure*

Diese Ebene nimmt auf Bezug das Veto-Potential einflussreicher informeller Akteure, die das Fortschreiten des Demokratisierungsprozesses gefährden können, wenn sie ihre Interessen außerhalb der oder gegen die demokratischen Normen und Institutionen verfolgen. In der Mongolei gibt es keine einflussreichen offen auftretenden antidemokratischen Vetoakteure. Es gibt einige wenige Splitterparteien außerhalb des Parlaments und kleine NGOs, die die Einführung eines autoritären Regimes und einen fundamentalen Wandel im politischen System fordern, aber weder die Regierung noch die im Parlament vertretenen Parteien zeigten bisher die Absicht, mit diesen Gruppen zusammenzuarbeiten oder ihnen überhaupt große Beachtung zu schenken.<sup>274</sup> Diese Einschätzung wurde auch durch die Interviewpartner bestätigt.<sup>275</sup>

Für eine differenzierte Betrachtung dieser Ebene darf der Blick jedoch nicht allein auf mongolische Akteure gerichtet werden. In diesem Zusammenhang spielen auch die Nachbarn

---

<sup>272</sup> So auch Johannes D. Rey im Interview am 07.08.2012.

<sup>273</sup> Merkel, Wolfgang (2011): *Systemtransformation: Konsolidierung und Qualität der Demokratie*, S. 34 f.

<sup>274</sup> Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*, S. 23.

<sup>275</sup> Etwa durch Chuluunbaatar Sosorma und Klaus Wendelberger.

Russland und China eine Rolle, denn beiden Nachbarn missfällt die demokratische Entwicklung der Mongolei. Sowohl russische als auch chinesische Akteure haben es im Laufe der Jahre verstanden, in den mongolischen politischen Parteien sie begünstigende Netzwerke aufzubauen.<sup>276</sup> Ansatzpunkt im Umgang mit diesen Netzwerken sind „wirtschaftliche Interessen und das Tor, durch das sie zu gehen pflegen, die Korruption.“<sup>277</sup> Damit wird deutlich, dass Korruption nicht nur für die rechtsstaatliche Entwicklung ein massives Problem darstellt, sondern auch für die nationale Sicherheit und die Demokratie selbst, denn auch durch Wirtschaftsprojekte können politische Interessen zementiert werden.<sup>278</sup>

Vor allem chinesische Firmen haben Investitionsvorhaben im mongolischen Rohstoffsektor in den letzten Jahren massiv vorangetrieben und versucht, ihren Einfluss auszudehnen. Bei der größten Kupfer- und Goldmine der Mongolei – Oyu Tolgoi – bot der chinesische Aluminium-Hersteller Chalco rund eine Milliarde US-Dollar für 57 Prozent der Anteile an der South Gobi Resources Limited, die die Mine in der Wüste Gobi betreibt, um nur ein Beispiel zu nennen.<sup>279</sup> Dieses und auch andere Rohstoffvorkommen sind chinesischen Firmen jedoch entglitten.<sup>280</sup> Der Grund dafür ist ein im Mai 2012 verabschiedetes Gesetz, das die Vergabe von Lizenzen zum Abbau von Rohstoffen transparenter macht. Dieses sieht eine Überprüfung aller Abkommen durch das mongolische Parlament vor, wenn durch diese ausländische Investoren mehr als 49 Prozent der Anteile an Unternehmen im Telekommunikations-, Banken- oder Bergbausektor halten oder wenn ein Transaktionsvolumen von 76 Millionen US-Dollar überschritten wird.<sup>281</sup> Dieses Gesetz ist ein wichtiger Schritt, um die Einflussnahme der besagten chinesischen und russischen Netzwerke einzudämmen. Es ist damit indirekt auch ein Beleg für die weiteren Demokratisierungsbestrebungen des Landes. Wie wichtig es ist, die Einflussnahme der beiden Nachbarn auf diese Weise einzudämmen, verdeutlicht folgende plakative Einlassung eines ausgewiesenen Mongolei-Experten. „Die Einflussmöglichkeiten [russischer und chinesischer] Netzwerke [in den mongolischen Parteien] sind nicht gering [...] und könnten bei einem Nachlassen des westlichen Einflusses in der Mongolei nicht wirklich ausbalanciert werden. Insofern ist eine Stärkung der Kräfte, die sich zu den westlichen Werten bekennen und auch bewusst den Schulterschluss mit der westlichen Wertegemeinschaft suchen, im Lebensinteresse der Mongolei.“<sup>282</sup>

---

<sup>276</sup> Prof. Udo Barkmann, schriftliche Beantwortung der Interviewfragen.

<sup>277</sup> Prof. Udo Barkmann, schriftliche Beantwortung der Interviewfragen.

<sup>278</sup> Prof. Udo Barkmann, schriftliche Beantwortung der Interviewfragen.

<sup>279</sup> Stratfor (2012): *Obstacles to Investing in Mongolian Mining*, Stratfor Global Intelligence, Geopolitical Weekly.

<sup>280</sup> Für ausführliche Informationen siehe ebd.

<sup>281</sup> Ebd.

<sup>282</sup> Prof. Udo Barkmann, schriftliche Beantwortung der Interviewfragen.

#### *Vierte Ebene: Konsolidierung der Bürgergesellschaft*

Die vierte Ebene des Konsolidierungsprozesses bezieht sich auf die Herausbildung einer Bürgergesellschaft, die den demokratischen Herrschaftsstrukturen ausreichend aktive und passive Unterstützungsleistung entgegenbringt. Dabei wurden die Dimensionen der *civic culture* und der *civil society* unterschieden. Civic culture zielt vor allem ab auf Werte und Einstellungen gegenüber dem demokratischen System. Laut Bertelsmann Transformationsindex 2012 zeichnet sich in der Mongolei im Hinblick darauf folgendes Bild: „Generally, Mongolians' approval of democratic norms and procedures is high. Asian Barometer research done since 2003 suggests that around 91-94% of the population support democracy. However, when asked to choose between regime types, 40.7% of the respondents in 2006 preferred authoritarian rule, compared to 39.7% for democratic governance. According to surveys [...], 58.2% of the population favor the current democratic system while 39% reject it. Furthermore, 58.1% preferred a strong leadership independent from parliament and elections. This is due to widespread disappointment with the current situation, particularly corruption, power politics and a focus on profit seeking that ignores the interests of the majority of the population.“<sup>283</sup>

Die hinter dem Konzept von civil society stehenden Überlegungen betonen verstärkt den Aspekt bürgerschaftlicher Partizipation in der Gesellschaft gegenüber dem Staat. Als Träger von Zivilgesellschaft werden in der Regel NGOs identifiziert, auch wenn diese sie nicht vollständig abbilden können (Vgl. Kapitel 2.). Seit dem demokratischen Umbruch haben sich 12.000 NGOs gebildet.<sup>284</sup> Diese Zahl deutet auf den ersten Blick auf eine sehr aktive Zivilgesellschaft hin – vor allem, wenn man die Einwohnerzahl von 2,8 Millionen bedenkt – und ist erstaunlich, da die Mongolei vor 1990 faktisch keine zivilgesellschaftliche Tradition besaß, auf die hätte zurückgegriffen werden können. Aktiv und in der Öffentlichkeit wahrnehmbar sind von diesen jedoch nur ca. 200.<sup>285</sup> Diese engagieren sich für die demokratische Entwicklung des Landes und treten hauptsächlich für Menschenrechte, Frauenrechte, Umweltschutz oder Armutsbekämpfung ein.<sup>286</sup> Das Umfeld, in dem sie sich bewegen, ist indes durch beschränkende Faktoren gekennzeichnet, wie folgendes Zitat noch einmal verdeutlicht: „A 2005 study indicated 'civil society in Mongolia is still in a nascent stage of

---

<sup>283</sup> Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*, S. 12.

<sup>284</sup> Chuluunbaatar Sosormaa im Interview am 20.07.2012.

<sup>285</sup> Chuluunbaatar Sosormaa im Interview am 20.07.2012.

<sup>286</sup> United States Agency for International Development (2010): *Executive Summary – Mongolia Democracy and Governance Assessment*, S. 12.

development and operating in a largely disabling environment.' It appears that little has changed in five years. [...] The voices of citizens and civil society are being stifled."<sup>287</sup> Dies fügt sich in das oben gezeichnete Bild zunehmender Partikularinteressen in der politischen Entscheidungsarena. Die Einflussmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure sind sehr begrenzt, auch wenn es einige wenige Ausnahmen geben mag.<sup>288</sup> Daran ändert auch die von Präsident Elbegdorj initiierte Citizens` Hall bisher wenig. Die Citizens` Hall sind Foren, die bei den Aimag-Parlamenten angesiedelt sind und wo Bürger angehört werden sollen, um sich so in den politischen Entscheidungsprozess einbringen zu können.

Trotz solch einzelner Initiativen sinkt – wie oben aufgezeigt – das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen sowie das Partizipationsniveau. „[...] the third implementation progress report on the MDGs hat pointed out a lack of initiative to participate among citizens, a lack of information and low confidence in Hural.“<sup>289</sup> Alleine die Wahlbeteiligung nahm von Wahl zu Wahl ab. Lag sie zu Beginn der 1990er Jahre noch bei 97 Prozent, so fiel sie 2012 auf 65 Prozent.<sup>290</sup>

Das Frustrationspotential der Bevölkerung und ein damit einhergehendes Ohnmachtsgefühl, vor allem in der jungen Generation, gründen neben den genannten Umständen auch auf dem Mangel an politischer Bildung in der Mongolei. Politische Bildung wird bisher nur von einigen Organisationen durchgeführt, die den Bedarf jedoch nicht abdecken können. Eine besondere Rolle nimmt hierbei die KAS ein, die bisher als einzige Organisation, zusammen mit ihrem festen Partner der Akademie für Politische Bildung (APB), politische Breitenbildung im ganzen Land anbietet. Die bisher geleistete Arbeit wird entsprechend gewürdigt. Natürlich sind auch andere ausländische Organisationen zur Demokratieförderung im Land vertreten, aber keine andere Organisation ist im Hinblick auf ihre Zielgruppen so breit aufgestellt wie die KAS.<sup>291</sup> Auch das US-amerikanische International Republican Institute (IRI) engagiert sich seit 1992 in der Mongolei, legt den Schwerpunkt seiner Arbeit aber auf die Ausbildung politischer Entscheidungsträger auf Aimag- und Sum-, sowie auf oberster staatlicher Ebene und arbeitet nur vereinzelt mit NGOs zusammen.<sup>292</sup> Ähnlich wie das IRI legt

---

<sup>287</sup> Ebd.

<sup>288</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*, S. 9.

<sup>289</sup> Ebd., S. 23; MDG = Millenium Development Goals.

<sup>290</sup> United States Agency for International Development (2010): *Executive Summary – Mongolia Democracy and Governance Assessment*, S. 5.

<sup>291</sup> Dies wurde auch durch die verschiedenen Gesprächspartner wiederholt deutlich: z.B.: S. Gankhuu im Interview am 23.07.2012; Gerelt-Od Erdenebileg im Interview am 07.08.2012.

<sup>292</sup> Vgl. International Republican Institute (2012a): *Mongolia*, <http://www.iri.org/countries-and-programs/asia/mongolia>.

auch die seit nunmehr 21 Jahren in der Mongolei aktive US Agency for International Development (USAID) andere Schwerpunkte als politische Breitenbildung.<sup>293</sup>

Verstärkt im Bereich der politischen Bildung engagiert sich inzwischen das United Nations Development Programme (UNDP) Mongolia. Dieses Jahr startete das Projekt: „Youth empowerment through civic education“, das sich vorrangig auf junge Erwachsene und Jugendliche konzentriert, um das Niveau der politischen Bildung und das bürgerschaftliche Engagement dieser Zielgruppe zu erhöhen.<sup>294</sup> Auch seitens der mongolischen Regierung gibt es Initiativen, um die Situation der politischen Bildung zu verbessern. Diese beschränken sich allerdings auf den schulischen und universitären Ausbildungsbereich und stehen damit nicht der breiten Bevölkerung zur Verfügung. In der Oberstufe allgemein bildender Schulen gibt es seit Längerem Politikunterricht. Für alle Studierenden jeglicher Fachrichtung besteht zudem die Pflicht, neben dem „eigentlich“ gewählten Hauptfach, politikwissenschaftliche Kurse zu belegen.<sup>295</sup> Neben diesen Maßnahmen gibt es auch einige mongolische NGOs, die sich für politische Bildung engagieren, z.B. das 1997 gegründete und von der KAS unterstützte Voter Education Center (VEC), dessen Vorsitzende die Parlamentsabgeordnete R. Burmaa ist. Dieses setzt sich dafür ein, die Bürger u.a. über die Aufgaben und Arbeitsweise des Parlamentes zu informieren.<sup>296</sup> Auch wenn es darüber hinausgehende Leistungen im Bereich der politischen Bildung geben sollte, reichen diese nicht aus, um den Bedarf abzudecken.

Auch aus der Presse im Speziellen oder den Medien im Allgemeinen kann politische Bildung schwerlich geschöpft werden. Wie oben dargestellt wurde, gibt es Umstände, die die Entwicklung investigativen Journalismus` massiv behindern. Nahezu jede Medien-Holding, Zeitung oder Zeitschrift kann einflussreichen Persönlichkeiten zugeordnet werden. Es gibt zwar eine relativ große Auswahl, aber keine der Zeitungen verfolgt das Ziel, die Bürger ausgewogen und umfassend zu informieren, sondern setzt eher auf die Beeinflussung des Lesers.<sup>297</sup> Die mongolische Presselandschaft vermittelt eher den Eindruck einer Yellow-Press.<sup>298</sup> Selbst wenn sich die Qualität der Berichterstattung positiver entwickelte, wären die

---

<sup>293</sup> United States Agency for International Development (2011): *Mongolia. Program Objectives*, <http://mongolia.usaid.gov/our-work/program-areas/>.

<sup>294</sup> United Nations Development Programme Mongolia (2012): *New UNDP project to promote youth empowerment through civic education*, <http://www.undp.mn/news130412.html>.

<sup>295</sup> Gerelt-Od Erdenebileg im Interview am 07.08.2012.

<sup>296</sup> Vgl. Asia Foundation (o.J.): *Strengthening Governance in Mongolia*, <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/apcity/unpan005116.pdf>.

<sup>297</sup> So die Einschätzung von Prof. Udo Barkmann, schriftliche Beantwortung der Interviewfragen.

<sup>298</sup> Zu dieser Einschätzung gelangte Ute Kumpf im Interview am 28.06.2012.

Informationen nur einer solventen Mittel- und Oberschicht sowie Staatsangestellten zugänglich; für viele Mongolen sind Zeitungen aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse nicht erschwinglich.<sup>299</sup> Neue Informationsquellen erschließen sich allerdings durch den rasanten Ausbau der Internetversorgung. In Ulaanbaatar und in den Aimag-Zentren gehören Internet-Cafés inzwischen zur Normalität im Stadtbild.

Dass es dringend geboten ist, das Niveau der politischen Bildung zu erhöhen, kann durch die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen untermauert werden. Die Bertelsmann-Stiftung kommt diesbezüglich zu folgender Einschätzung: „In order to promote democratic values and support among citizens, mass political education on democratic governance and principles [...] should be supported. This includes research and training institutions, introductory courses on political education and civic culture at universities, and the support of promotional publications on democracy and political culture on mass media.“<sup>300</sup> Zu einem ähnlichen Urteil kommt die Assessment Study, die den Reformprozess des neuen Parteien-gesetzes begleitet: „Civic education seems sometimes to focus on election related issues. This is important but must include, equally important, the strengthening of the knowledge and understanding of the role of parties and the democratic culture. It seems that civic education is very much needed, maybe even more so the further you get from the center of the politics and from the urban area of the country.“<sup>301</sup> Auch die Asia Foundation bestätigt: „[...] there is a significant need for public education on the role and function of representatives and other elected officials [...].“<sup>302</sup>

Die aufgezeigten Entwicklungen – sinkendes Vertrauen und sinkende Teilhabe – sind gegenteilig für den weiteren Konsolidierungsprozess der Mongolei. Wie in Kapitel 2. deutlich gemacht wurde, bedarf es einer aktiven und lebendigen Bürgerschaft, die der Demokratie unabhängig von politischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung Vertrauen entgegen-bringt. Mithin besteht auch auf dieser Ebene noch großer Konsolidierungsbedarf.

*Zwischenfazit zur Übertragbarkeit des Modells der deutschen politischen Stiftungen auf die Mongolei:*

Wie die eben gemachten Ausführungen gezeigt haben, achten alle relevanten Entscheidungs-träger die 1992 verabschiedete Verfassung und bewegen sich innerhalb der als legitim er-achteten demokratischen Institutionen. Darüber hinaus weisen sowohl das Wahl- als auch

---

<sup>299</sup> So die Einschätzung von Prof. Udo Barkmann, schriftliche Beantwortung der Interviewfragen.

<sup>300</sup> Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*, S. 26.

<sup>301</sup> Tora/Namshir (2011): *Political Party Reform*, S. 12.

<sup>302</sup> Asia Foundation (2009): *Mongolia Voter Education Survey*, S. 55 f.

das Parteiensystem die von Merkel als formal demokratiefördernd identifizierten Kriterien auf. 2011 wurde ein gemischtes Wahlsystem eingeführt, das eine Sperrklausel für den Einzug in das Parlament vorsieht. Die Parteienlandschaft ist wenig fragmentiert und bewegt sich so zwischen den beiden als möglicherweise demokratisierungshemmend benannten Typen – einem Zweiparteiensystem und extremen Parteienpluralismus. Die Erfüllung dieser formalen Kriterien gleicht jedoch die benannten Defizite nicht aus. Diese müssen behoben werden, um das Niveau der repräsentativen Konsolidierung zu verbessern.

Die bisher durchgeführten Wahlen, bei denen politische Repräsentanten um Unterstützung werben konnten, waren nationalen und internationalen Beobachtern zufolge weitgehend frei und fair. Sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht sind durch die Verfassung gewährleistet. Freiheitsrechte wie Meinungs-, Versammlungs-, Assoziations- und Religionsfreiheit sind in der Verfassung verbrieft und werden auch tatsächlich – bis auf geringe Unregelmäßigkeiten – gewährleistet. Im Hinblick auf die Pressefreiheit gibt es größere Einschränkungen. Es gibt Umstände, die die Entwicklung investigativen Journalismus` massiv behindern. Nahezu jede Medien-Holding, Zeitung oder Zeitschrift kann einflussreichen Persönlichkeiten zugeordnet werden, die Einfluss auf die Berichterstattung nehmen. Trotzdem stehen für die Bürger alternative Informationsquellen zur Verfügung, insbesondere im Hinblick auf die Ausbreitung von Internetanschlüssen. Damit sind die acht von Dahl benannten Minimalanforderungen an ein demokratisches System, wie sie in Kapitel 2. vorgestellt wurden, erfüllt. Wie an gleicher Stelle aufgezeigt wurde, bedarf es zur Entstehung einer krisenresistenten Demokratie jedoch der Erfüllung weiterer Aspekte. Merkel führt im Rahmen des Konzepts der embedded democracy horizontale Gewaltenteilung sowie funktionierende Rechtsstaatlichkeit auf. In Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit gibt es in der Mongolei Defizite, die in den kommenden Jahren verbessert werden müssen. Entsprechend des Eindrucks, den die Autorin vor Ort gewonnen hat und der Gespräche, die vor Ort geführt wurden, sind die Defizite bei Entscheidungsträgern bekannt und das Bewusstsein für die notwendigen Reformen vorhanden.<sup>303</sup>

Neben diesen sich intern absichernden Teilregimen<sup>304</sup> nach Merkel wirken auch Umwelteinflüsse auf Demokratien ein. Dazu gehören regionale und internationale Integration, ökonomische Voraussetzungen/soziale Gerechtigkeit und Zivilgesellschaft. Vor allem durch die

---

<sup>303</sup> Insbesondere Frau Chuluunbaatar Sosormaa als Beraterin des Präsidenten machte deutlich, dass den Entscheidungsträgern bewusst ist, dass nicht nur auf dem Gebiet des Rechtsstaats, sondern auch im Hinblick auf die Parteien dringend Reformen angestoßen werden müssen.

<sup>304</sup> Wahlregime, Politische Freiheiten, Bürgerliche Rechte, Horizontale Verantwortlichkeit, Effektive Regierungsgewalt.

Dritt nachbarpolitik<sup>305</sup> und der damit einhergehenden Orientierung am westlichen Staaten- und Werteverbund treibt die Mongolei ihre internationale Integration zielstrebig voran.<sup>306</sup> Ferner bemüht sie sich um gute Beziehungen zu den beiden direkten Nachbarn Russland und China. Wie einleitend dargestellt, hat die Mongolei durch ihre immensen Rohstoffvorkommen das Potential, sich in den kommenden Jahren dynamisch zu entwickeln und die Grundlagen für langfristiges Wachstum und breiten Wohlstand zu legen. Es ist nun an den Entscheidungsträgern gelegen, diese Chance zu nutzen und einen möglichst großen Teil der Bevölkerung an der Prosperität teilhaben zu lassen. Dem sozioökonomischen Kontext kommt ein großes Gewicht im Rahmen von Demokratisierungsprozessen zu, doch ohne das notwendige Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen und eine aktive Bürgergesellschaft, die als Frühwarnsystem agiert und Impulse in die politische Arena einbringt, kann eine Demokratie nicht als vollständig konsolidiert gelten. Dies ist erst der Fall – und an dieser Stelle soll ein Zitat aus Kapitel 2. wiederholt werden – „wenn das gesamte System nicht nur in den Augen der Eliten legitim und ohne Alternative ist, sondern wenn auch die Einstellungs-, Werte- und Verhaltensmuster der Bürger einen stabilen Legitimitäts-glauben gegenüber der Demokratie reflektieren.“<sup>307</sup> In der Mongolei ist jedoch gegenwärtig zu beobachten, dass das Vertrauen in die politischen Institutionen, insbesondere in die politischen Parteien sinkt und das Partizipationsniveau rückläufig ist. Will die Mongolei den eingeschlagenen Weg allerdings erfolgreich fortsetzen und das für die Zukunft notwendige politisch und gesellschaftlich stabile Umfeld schaffen, müssen vorrangig Maßnahmen zur Stärkung der rechtsstaatlichen Strukturen ergriffen werden sowie solche, die die noch vorhandenen Defizite der Parteien beheben und langfristig zur Ausbildung einer dynamischen Zivilgesellschaft beitragen. Eine aktive Zivilgesellschaft, die für die vollständige demokratische Konsolidierung unerlässlich ist, kann nur auf sich aktiv beteiligende Bürger bauen, deshalb muss man sich die Einflussfaktoren politischer Partizipation in Erinnerung rufen. Als diese wurden benannt: Politische Orientierung, Bildungsniveau, gesellschaftliche Position und politisches Selbstvertrauen.

Gelingt es, dass die politischen Entscheidungsträger die Erlöse aus dem Rohstoffsektor so verteilen und nutzen, dass möglichst ein breiter Teil der Bevölkerung am wirtschaftlichen Aufschwung des Landes teilhaben kann, verbessert sich auch die gesellschaftliche Position

---

<sup>305</sup> Siehe zu diesem Punkt ausführlich die Ausführungen von Ralph Thiele, Vorsitzender der Politisch-Militärischen Gesellschaft, in: Konferenzbericht der Sicherheitskonferenz zum Thema „*Politik eines von Großmächten umrahmten kleinen Landes: Die Dritt nachbarpolitik der Mongolei*“, organisiert von: KAS Auslandsbüro in der Mongolei, 29./30.09.2011.

<sup>306</sup> Dazu siehe ausführlich Barkmann (2012): *Die Mongolei und ihre dritten Nachbarn*.

<sup>307</sup> Merkel (2010): *Systemtransformation*, S. 110.

und das politische Selbstvertrauen vieler. Politische Orientierung wird in parlamentarischen Systemen maßgeblich durch die etablierten Parteien geboten. In der Mongolei mangelt es diesen jedoch an Profilschärfe und einer Wertebasis ihres Handelns, sodass das Orientierungspotential nicht oder in nicht ausreichendem Maß gegeben ist. Damit ist ein positiver Einflussfaktor auf das Partizipationsniveau der Gesellschaft nur bedingt vorhanden. Darüber hinaus haben die Darlegungen gezeigt, dass es einen akuten Mangel an politischer Bildung gibt. Somit ist ein weiterer positiver Einflussfaktor eingeschränkt, denn in Bezug auf Demokratisierung ist nicht nur das allgemeine Bildungsniveau entscheidend, sondern vor allem auch politische Bildung. Dies wurde deutlich in Kapitel 3.1 aufgezeigt. Gelingt es nun, das gegebene Verbesserungspotential auszuschöpfen und damit das Vertrauen in die demokratischen Institutionen zurückzugewinnen, sind wichtige Voraussetzungen für eine steigende Beteiligung der Bevölkerung an gesellschaftlichen und politischen Prozessen – und damit für eine lebendige Zivilgesellschaft – gegeben. Diese Schritte müssen zweifellos gegangen werden.

Die Mongolei blickt aber noch weiteren Herausforderungen entgegen. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebt nach wie vor unterhalb der Armutsgrenze<sup>308</sup>; die Arbeitslosenquote liegt offiziell unterhalb von fünf Prozent, inoffiziell kann aber von einer weitaus höheren Quote ausgegangen werden, die knapp an die 20 Prozent heranreicht<sup>309</sup>; die berufliche Ausbildungssituation muss dringend verbessert und an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes angepasst werden, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen und die Wirtschaft mit eigenen Arbeitskräften zu versorgen und nicht wie bisher zu großen Teilen mit ausländischen Fachkräften, vornehmlich aus China.<sup>310</sup> Die infrastrukturelle Unterentwicklung der ländlichen Gebiete muss behoben sowie die Gesundheitsversorgung dringend verbessert werden. Hinzu kommen immense Umweltprobleme – die Luftverschmutzung in der Hauptstadt Ulaanbaatar ist dramatisch, illegale Abholzung weit verbreitet und der Einsatz von Quecksilber beim Goldabbau und eine damit einhergehende Verschmutzung von Flüssen keine Seltenheit.<sup>311</sup> Sollen diese Probleme nachhaltig gelöst werden, ist es wichtig, die Bevölkerung auf diesem Weg mitzunehmen und ihr Möglichkeiten zu geben, zu partizipieren. Dazu muss das Vertrauen sowohl in die Institutionen als auch in die Entscheidungsträger gestärkt werden. Des-

---

<sup>308</sup> World Bank (2012b): *Data – Mongolia*.

<sup>309</sup> Vgl. Davaasuren, Buyantogtoch/Höhlein, Carolin (2011): *Daten und Fakten zur Mongolei*, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_5273-1442-1-30.doc?111203111800](http://www.kas.de/wf/doc/kas_5273-1442-1-30.doc?111203111800).

<sup>310</sup> Vgl. Auswärtiges Amt (2012): *Mongolei. Grundlinien der Außenpolitik*, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Mongolei/Aussenpolitik\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Mongolei/Aussenpolitik_node.html).

<sup>311</sup> Rey/Davaasuren/Höhlein (2011): *Die Mongolei am Scheideweg*, S. 14.

halb muss es in naher Zukunft bei den eben als kritisch benannten Punkten Verbesserungsbestrebungen geben. Die wichtigsten Aspekte sollen an dieser Stelle prägnant zusammengefasst werden: Beteiligung der Bürger am wirtschaftlichen Aufschwung des Landes; Eindämmung der Korruption, um die Transparenz der Institutionen zu steigern; Garantie der Medienfreiheit; Verbesserung der Profilschärfe und Funktionsfähigkeit der Parteien sowie Erhöhung des Niveaus der politischen Bildung, um die Grundlagen für nachhaltig funktionsfähige zivilgesellschaftliche Strukturen zu legen.

An diesem Punkt soll die Eingangsüberlegung der vorliegenden Arbeit wieder aufgegriffen werden. Diese ist: Ist das Modell der deutschen politischen Stiftungen auf die Mongolei übertragbar? Wie Kapitel 4. verdeutlichte, können deutsche parteinahe Stiftungen ihrem Wesen nach als Grenzgänger zwischen Gesellschafts- und Staatenwelt bezeichnet werden. Ihr Kernauftrag ist, politische Bildung zu betreiben, um mündige urteils- und handlungsfähige Bürger auszubilden. Darüber hinaus erbringen sie u.a. Beratungsleistungen für politische Entscheidungsträger. Dabei sind sie auf eine besondere Art mit den ihnen nahestehenden Parteien verbunden. Mit der Installation einer mongolischen politischen Stiftung nach deutschem Vorbild könnte eine Institution geschaffen werden, die die Möglichkeit hat, da anzusetzen, wo u.a. Handlungsbedarf identifiziert wurde – bei der Funktionsfähigkeit der Parteien und der politischen Bildung und damit einen entscheidenden Beitrag zur demokratischen Weiterentwicklung des Landes zu leisten. Die Forschungsfrage kann also mit „Ja“ beantwortet werden. Zwar unter anderen Ausgangsvoraussetzungen, aber auch in Deutschland wurden politische Stiftungen installiert, um die demokratische Entwicklung zu fördern. Dass eine solche Maßnahme nur eine unter anderen sein kann und neben diesem Schritt weitere Reformen eine Notwendigkeit bleiben, ist selbstredend.

Aufgrund der langjährigen Tätigkeit der KAS, der FES und der HSS in der Mongolei und ihrer Beiträge zum Demokratisierungsprozess genießen die deutschen politischen Stiftungen eine hervorragende Reputation in Politik und Bevölkerung. Darüber hinaus ist das derzeitige politische Umfeld für einen solchen Schritt günstig. Es wurde bereits festgehalten, dass sich die Überlegungen auf die Installation einer der DP, der Partnerpartei der KAS, nahestehenden Stiftung beziehen. Seit 2009 stellt die DP den Staatspräsidenten und seit den letzten Parlamentswahlen im Juni 2012 stellt die DP ebenso den Premierminister sowie die größte Abgeordnetengruppe im Parlament. Einer der Punkte des Wahlprogramms war die Forderung nach der Etablierung eigener politischer Stiftungen in der Mongolei.<sup>312</sup> Darüber hinaus gibt es eine beim Staatspräsidenten angesiedelte Kommission, die sich mit der Reform des

---

<sup>312</sup> Radnaa Burmaa im Interview am 23.07.2012

Parteiengesetztes befasst. Innerhalb dieser Kommission gibt es Überlegungen, im neuen Parteiengesetz einen Abschnitt über politische Stiftungen in der Mongolei zu verankern.<sup>313</sup> Das Projekt erfährt darüber hinaus Unterstützung von höchster staatlicher Stelle – von Staatspräsident Ts. Elbegdorj. Seine Vita und sein gesamter Werdegang sind bestimmt durch den Einsatz für die demokratische Entwicklung in der Mongolei.<sup>314</sup> Er war eine der Schlüsselfiguren des demokratischen Umbruchs, initiierte jüngst die Etablierung eines „Asian Partnership for Democracy initiative within the confines the Community of Democracies“, setzt sich für die Stärkung der Zivilgesellschaft sowie die Rechte der Frauen ein und hat die Citizens` Hall initiiert.<sup>315</sup> Bei einem Treffen mit dem Repräsentanten der KAS in der Mongolei, Johannes D. Rey, sagte er: „Es gibt kein Ende der Demokratisierung. Es ist wichtig, sie weiter zu festigen. Ich halte es für relevant, mit der Konrad-Adenauer-Stiftung zukünftig auf den Gebieten 'Verbesserung des kommunalen Managements', 'Erneuerung des Gesetzes über politische Parteien' und '*Griündung einer mongolischen politischen Stiftung*' sowie bei bestimmten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Reform des Staatsdienstes zusammenzuarbeiten.“<sup>316</sup>

Damit gibt es einen Unterstützerkreis, der sich für die Realisierung des Vorhabens einsetzt. Ob letztlich alle DP-Abgeordneten oder DP-Vertreter von dem Vorhaben restlos überzeugt werden können, kann nicht abschließend beurteilt werden. Es bestehen jedoch gute Ausgangsvoraussetzungen. Wie die Vertreter anderer Parteien auf ein solches Vorhaben reagieren, kann nur schwer prognostiziert werden. Es wird gewiss einige geben, die dem Projekt ablehnend gegenüber stehen. Es ist aber denkbar, dass es Versuche geben wird, das Stiftungsmodell zu kopieren, wenn der „Modellversuch“ erfolgreich ist.<sup>317</sup>

Das politische Umfeld zur Etablierung einer eigenen mongolischen politischen Stiftung ist also gegenwärtig sehr günstig. Damit auch die tatsächlichen Realisierungschancen steigen, werden im folgenden Abschnitt Empfehlungen zur Implementierung des Modells gegeben und aufgezeigt, welchen Mehrwert ein solcher Schritt für das politische System in der Mongolei bringen kann.

---

<sup>313</sup> Ebd.; Chuluunbaatar Sosormaa im Interview am 20.07.2012.

<sup>314</sup> President of Mongolia (o.J.): *Elbegdorj Tsakhia, President of Mongolia*, <http://www.president.mn/eng/president/biography.php>.

<sup>315</sup> Ebd.

<sup>316</sup> KAS – Auslandsbüro Mongolei (2012b): *Es gibt kein Ende der Demokratisierung*; kursive Hervorhebung durch die Autorin.

<sup>317</sup> Vor allem im Hinblick auf die zweite große Volkspartei – der MVP – kann keine klare Aussage getroffen werden, da mit MVP-Vertretern keine Gespräche geführt wurden. Johannes D. Rey vermutet jedoch, dass bei erfolgreicher Implementierung einer DP-nahen Stiftung ein Schneeballeffekt eintritt und auch andere Parteien ein solches Projekt anstoßen werden.

### 6.3 *Empfehlungen zur Implementierung des Modells der deutschen politischen Stiftungen in der Mongolei*

---

Damit eine mongolische politische Stiftung nach deutschem Vorbild nachhaltig erfolgreich sein kann, darf die Übertragung des Modells nicht unverändert erfolgen. Vielmehr müssen der Transformationsstand und die kontextuellen Faktoren des Landes berücksichtigt werden. Ein bloßes Kopieren des Modells würde das Potential eines solchen Projektes untergraben. Denn nicht nur die Ausgangslage bei Gründung der politischen Stiftungen in Deutschland war eine gänzlich andere als wir sie heute in der Mongolei vorfinden, auch das politische Umfeld kann weder mit dem damaligen noch dem heutigen der Bundesrepublik gleichgesetzt werden. Die mongolischen Spezifika machen Adaptionen am deutschen Stiftungsmodell erforderlich.

#### 6.3.1 *Mehrstufige Umsetzungsoptionen*

Zum erfolgreichen Aufbau einer so komplexen und vielschichtigen Institution, wie es politische Stiftungen sind, bedarf es einer langfristigen Planung und eines breiten Unterstützerkreises. Nur durch nachhaltige Entwicklungsperspektiven und –möglichkeiten kann eine Institution geschaffen werden, die der Mongolei bei ihrer demokratischen Entwicklung einen langfristigen Mehrwert bietet. Um die zur Realisierung notwendige Unterstützung zu erhalten, ist es erforderlich, den Nutzen einer eigenen politischen Stiftung in der Mongolei klar herauszustellen. Dazu ist es erforderlich, einen anderen Weg des Aufbaus zu gehen als dies in Deutschland der Fall war. Die Geschichte der Stiftungen in Deutschland zeigt, dass deren Entwicklung auch ein stufenhafter Prozess war. Hier stand zu Beginn der Ausbau politischer Breitenbildung zur Ausbildung mündiger Bürger im Zentrum. Die weiteren Aufgabengebiete folgten im Laufe der Zeit. Der Aufbau einer politischen Bildungsinstitution in der Mongolei kann allenfalls in einem zweiten Schritt erfolgen. Ausschlaggebend dafür ist insbesondere Folgendes: Die Aufmerksamkeit politischer Akteure ist entsprechend des Entwicklungsstandes des Landes auf Probleme wie die oben genannten gerichtet und weniger auf den Ausbau der politischen Bildung. Darüber hinaus haben die obigen Ausführungen gezeigt, dass aufgrund der hohen „Eintrittsgelder“ in die politische Arena Partikularinteressen in dieser dominant sind. Mündige, reflektierte Bürger, die Vorgänge kritisch hinterfragen und selbst Impulse in das politische System einbringen, sind weniger im Interesse dieser Entscheidungsträger.

Dementsprechend muss zu Beginn der Ausbau einer politischen Stiftung als Beratungsinstitution stehen, aus dem die ihr nahestehende Partei einen direkten Nutzen ziehen kann. Nur so kann von Beginn an ein breiter Unterstützerkreis gewonnen werden, der den nachhaltigen Erfolg sicherstellt. Dieser Nutzen muss den Entscheidungsträgern klar vermittelt werden. Um den Wesenskern des Stiftungsmodells aber nicht zu verfälschen, muss auch der Ausbau politischer Breitenbildung mittelfristig auf der Agenda stehen. Auch politische Bildung bringt den mit der Stiftung verbundenen politischen Akteuren einen direkten Mehrwert. Dies muss ebenso verdeutlicht werden. Haben sich diese beiden elementaren Betätigungsfelder etabliert, kann im weiteren Zeitverlauf auch über den Ausbau weiterer Aufgabengebiete nachgedacht werden. Die Empfehlungen über die Vorgehensweise beim Aufbau einer mongolischen politischen Stiftung und etwaige Wirkungen eines solchen Projekts werden in den nachfolgenden Abschnitten dargestellt.

### 6.3.1.1 Aufbau einer Beratungsinstitution

Abschnitt 6.2 hat deutlich die Defizite aufgezeigt, die überbrückt werden müssen, um die Funktionsfähigkeit der Parteien zu erhöhen. Nachstehend soll aufgezeigt werden, wie eine politische Stiftung nach deutschem Vorbild dazu beitragen kann.

Damit Parteien ihre Kernfunktionen wahrnehmen können, ist die Entwicklung von Zielvorstellungen und eine deutliche programmatische Ausrichtung entscheidend. Klare Ziele und Lösungswege bieten Orientierungs- und Identifizierungspotential für die Wähler und schaffen eine Differenzierung vom politischen Gegner. Bei der Ausbildung dieses Identifizierungspotentials kann die Tätigkeit einer mongolischen politischen Stiftung ansetzen und damit einen Beitrag zur Stärkung eines Faktors leisten, der politische Partizipation positiv beeinflusst – der politischen Orientierung.

Sie kann die Formulierung von Programmen und die Definition der Werte, die für das Selbstverständnis der Partei grundlegend sind, unterstützen. Dabei können Stiftung und Partei auf eine Wertebasis zurückgreifen, die u.a. auf der Werteverbundenheit mit Deutschland und der Europäischen Union fußt. Denn wie Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich des Staatsbanketts zu Ehren des mongolischen Präsidenten betonte, liegt die Mongolei zwar in der

Mitte Asiens verankert, ist aber gleichzeitig ein wichtiger und überzeugter Wertepartner Europas.<sup>318</sup> Ausdruck dessen ist der mongolische Vorsitz in der Gemeinschaft der Demokratien sowie das Bestreben, die Beziehungen zur Europäischen Union und zur NATO auszubauen. Das Rahmenabkommen über die umfassende Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Mongolei bringt deutlich zum Ausdruck, worauf sich diese Werteverbundenheit stützt: auf das Eintreten für Demokratie, „die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, die Achtung des Völkerrechts, ein verantwortliches staatliches Handeln und die Korruptionsbekämpfung sowie [den] Wunsch[...], den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Völker unter Berücksichtigung des Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung und der Belange des Umweltschutzes zu fördern.“<sup>319</sup>

Auf diese und traditionelle mongolische Werte, wie etwa die hohe Bedeutung familiären Zusammenhalts, aufbauend, kann eine eigene mongolische politische Stiftung der Demokratischen Partei u.a. bei der Entwicklung eines Grundsatzprogrammes beratend zur Seite stehen. In einem engen Kooperationsprozess können Vorschläge und Ideen gesammelt und letztlich in die Form eines Programmes gegossen werden. Dieser Prozess sollte unterstützend von einer Kommission nach dem Vorbild der CDU-Wertekommission begleitet werden. Diese wurde eingesetzt, um die Fundamente parteipolitischen Handelns neu zu definieren bzw. in Erinnerung zu rufen, um einen Maßstab für politische Entscheidungen zu schaffen. Angela Merkel brachte die Notwendigkeit auf den Punkt. Politik kann im konkreten Fall nur gestalten, wenn sie über ein Fundament verfügt, das deutlich macht: „Was leitet uns? Wo kommen wir her?“<sup>320</sup> Die Wertekommission spielte damit eine große Rolle bei der Erneuerung des Grundsatzprogramms der CDU.<sup>321</sup> Darüber hinaus hat sie sich immer wieder mit aktuellen Positionspapieren zu Wort gemeldet, die angesichts neuer Herausforderungen Leitlinien für Entscheidungen anbieten, aber auch als Grundlage für weitere Diskussion dienen können.<sup>322</sup> Die Erstellung solcher Papiere erfolgte nicht nur durch Mitglieder der CDU,

---

<sup>318</sup> Bundespräsidialamt (2012): *Bundespräsident Joachim Gauck beim Staatsbankett zu Ehren des Präsidenten der Mongolei, Herrn Tsakhia Elbegdorj, am 29. März 2012 in Schloss Bellevue*, [http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2012/03/120329-Mongolei-Staatsbankett.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2012/03/120329-Mongolei-Staatsbankett.pdf?__blob=publicationFile).

<sup>319</sup> Europäische Kommission (2011): *Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Rahmenabkommens über umfassende Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Mongolei andererseits*, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/Le-xUriServ.do?uri=COM:2011:0117:FIN:DE:HTML>.

<sup>320</sup> Rede Angela Merkels bei der Wertekonferenz der CDU Deutschlands, vollständiger Abdruck zu finden in: Merkel, Angela (2006): *Wertekonferenz der CDU Deutschlands. Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Bundeskanzlerin Angela Merkel*, in: Union in Deutschland, Nummer 7, 6. März 2006, S. 2.

<sup>321</sup> Vgl. ebd.

<sup>322</sup> So gab veröffentlichte die Wertekommission etwa folgende Papiere: „Globalisierung – Herausforderung an die politische Handlungsfähigkeit.“; „Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes“ und „...und manchmal steht sie noch! 10 Thesen im 10. Jahr nach dem Fall der Mauer“.

sondern auch in Kooperation mit Wissenschaftlern und Theologen, die beispielsweise zu Anhörungen eingeladen wurden.<sup>323</sup>

Politische Stiftungen greifen in Deutschland zwar nicht direkt in den Prozess der Ausarbeitung eines Parteiprogramms ein, aufgrund des spezifischen mongolischen Kontextes muss die Stiftung als eine parteinahe Beratungsinstitution diesen Prozess jedoch unterstützen und begleiten, um die demokratische Weiterentwicklung zu begünstigen. Ob man eine etwaige Wertekommission als eine Abteilung in der Stiftung etabliert oder diese als Brückenorganisation zwischen DP und der ihr nahestehenden Stiftung einrichtet, muss danach entschieden werden, wie sie den Bedürfnissen der Akteure am besten gerecht werden kann. Mit Etablierung einer solchen Kommission, entstünde zugleich eine Organisation, die als eine Institution arbeiten kann, die etwa Gesetzesvorhaben auf ihre Kompatibilität mit den Grundpositionen der Partei hin überprüft. Auf diese Weise entstünde eine ideelle Grundlage der Parteiarbeit, die stetige Beachtung findet. Eine solche Vorgehensweise begründet Verlässlichkeit und erzeugt Vertrauen – Vertrauen in der Bevölkerung, das diese auch bei Wahlen zurückzahlt und sich positiv auf die Entwicklung der civic culture auswirken wird.

Neben dieser grundlegenden Arbeit soll eine politische Stiftung in der Mongolei selbstverständlich wie auch die deutschen Vorbilder Positionspapiere und Studien zu aktuellen Themen erarbeiten. Wie herausgearbeitet wurde, gewinnt externe Expertise in unserer immer komplexer und schneller agierenden Welt zunehmend an Bedeutung. Die Herausforderungen, denen sich die Mongolei aktuell stellen muss, unterstreichen dies. Ebenso wie in Deutschland bieten sich auch „Gesprächskreise, wissenschaftliche Symposien, Fachkonferenzen, Vorträge und Diskussionsveranstaltungen“<sup>324</sup> als Instrumentarien an. Die inhaltliche Ausrichtung der Forschungs- und Beratungstätigkeit darf dabei nicht monothematisch sein, sondern muss alle gesellschaftlich relevanten Bereiche abdecken. Dazu ist es notwendig, neben aktuellen Problemen, auch solche zu bearbeiten, die langfristig auf der politischen Agenda erscheinen können. Auf diese Weise würde ein großer Fundus an Wissen sowie Entscheidungs- und Handlungsempfehlungen aufgebaut, auf den die DP bei Bedarf ohne Probleme zugreifen kann.

Damit wird deutlich: Durch eine parteinahe Stiftung könnte die DP einen eindeutigen Vorsprung im Wettbewerb mit den politischen Gegnern erlangen. Durch die Beratungsleistung können nicht nur die Grundwerte des politischen Handelns definiert und damit Vertrauen

---

<sup>323</sup> Vgl. CDU (2001): *Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, 14. Parteitag der CDU Deutschlands, 2. – 4. Dezember 2001 in Dresden*, [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Bundesparteitage/2001-12-02-04\\_Bericht\\_14.Parteitag\\_Dresden.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Bundesparteitage/2001-12-02-04_Bericht_14.Parteitag_Dresden.pdf), S. 19.

<sup>324</sup> BpB (2003): *Politische Stiftungen*.

und Verlässlichkeit geschaffen werden, durch die Forschungs- und Beratungstätigkeit – auch im Hinblick auf Zukunftsthemen – und des dadurch entstehenden Wissens und der Handlungsvorschläge kann sie auch schnell und flexibel auf neue Herausforderungen reagieren. Ferner kann es gelingen, Zukunftsvisionen zu erstellen, die sich deutlich von denen der politischen Kontrahenten abheben. Werden diese richtig vermittelt, fühlt sich die Bevölkerung wieder mitgenommen und verstanden, was wiederum die Chancen der Wiederwahl – und damit die Absicherung politischer Macht – erhöht. Eine politische Stiftung bietet aber nicht nur während der eigenen Regierungszeit Optionen und Vorschläge, die genutzt werden können. Auch aus der Position der Opposition heraus kann der breite Wissensfundus hilfreich sein, um schnell auf neue Anforderungen reagieren zu können, selbst wenn man nicht auf das vorhandene Wissen der verschiedenen Behörden zugreifen kann.

Früher oder später werden auch die politischen Kontrahenten diesen Vorsprung wahrnehmen und sich vielleicht selbst die Vorteile einer parteinahen Stiftung zu Nutze machen wollen. Im Idealfall werden damit auch andere Parteien die Gründung einer parteinahen Stiftung anstoßen. Ein solcher Schritt wäre ein maßgeblicher Impuls für die Erweiterung des Wettbewerbs um Ideen im politischen System der Mongolei. Damit hätte die Installation einer parteinahen Stiftung nach deutschem Vorbild nicht nur einen erheblichen Nutzen für die DP, sondern für das demokratische System der Mongolei insgesamt: Wettbewerb und Pluralismus können auf diese Weise enorm gestärkt werden. So könnten auch die Parteien das verloren gegangene Vertrauen in der Bevölkerung zurück gewinnen.

### 6.3.1.2 Ausbau der politischen Breitenbildung

Die deutschen politischen Stiftungen wurden indes nicht gegründet, um alleinig als Beratungsinstitution der ihnen nahestehenden Parteien zu agieren. Ihr Wesensmerkmal und ihre Kernaufgabe ist es noch heute, politische Breitenbildung zu betreiben. Welche Bedeutung politischer Bildung innerhalb eines demokratischen Systems zukommt, wurde in Kapitel 3.1 ausführlich erörtert. Ohne ein Minimum an politischer Bildung und politisch gebildeten Bürgern kann eine Demokratie nicht existieren. Bildung im Allgemeinen und politische Bildung im Besonderen ist zudem ein Faktor, der wiederum positiv auf politische Partizipation einwirkt. Denn nur mündige, kritische sowie urteils- und handlungsfähige Bürger können partizipieren und eine aktive Zivilgesellschaft ausbilden und damit zur Stärkung der Demokratie insgesamt beitragen. Vor diesem Hintergrund muss – wenn der Mehrwert einer politi-

schen Stiftung in den Köpfen der relevanten Akteure verankert ist – die politische Breitenbildung ausgebaut werden, um das grundlegende Wesen des Modells der deutschen politischen Stiftungen nicht zu entfremden. Der Ausbau politischer Breitenbildung ist jedoch nicht nur geboten, um den Wesenskern des Stiftungsmodells zu erhalten, sondern auch aufgrund des identifizierten Mangels an politischer Bildung in der Mongolei.

Damit ein solcher Schritt zeitnah realisiert wird, muss den verantwortlichen Akteuren verdeutlicht werden, dass mittels einer politischen Stiftung indirekt mit (potentiellen) Wählern kommuniziert werden kann. Als Grenzgänger zwischen Gesellschafts- und Staatenwelt sind parteinahe Stiftungen wie kaum eine andere Institution ihrem Wesen nach dazu geeignet, eine Brücke zwischen Staat und Gesellschaft – Parteien und Bürgern zu bauen. Mit ihren Bildungsveranstaltungen kann eine mongolische politische Stiftung zahlreiche Menschen im ganzen Land erreichen, um deren politischen Bildungsstand zu verbessern. Gleichzeitig werden diese Veranstaltungen – wie in Deutschland auch – vom Geist, den Ideen und der in diesem Fall zuvor gemeinsam erarbeiteten Grundwerte der der Stiftung nahestehenden Partei geprägt.

Um eine möglichst große Wirkung zu erzielen und einen möglichst großen Anteil der Bevölkerung anzusprechen, ist es dabei essentiell, sich an den Bedürfnissen der Zielgruppen zu orientieren. Diese müssen – wie in Abschnitt 4.4.1 dargestellt – bei den Veranstaltungskonzeptionen im Mittelpunkt stehen. Insbesondere die Themenwahl muss sich an den aktuellen Bedürfnissen der mongolischen Bevölkerung orientieren. Dabei nimmt natürlich die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung einen hohen Stellenwert ein – dies wurde übereinstimmend bei den während des Forschungsaufenthaltes geführten Gesprächen als das zentrale Thema benannt. Eine politische Stiftung in der Mongolei kann mithin einen Beitrag dazu leisten, Fragen und Inhalte der Wirtschaftspolitik darzulegen und diese zu erörtern. Dabei dürfen aber auch praktische Aspekte nicht zu kurz kommen. Eine Maßnahme der Politik, die mongolische Bevölkerung an der Entwicklung des Landes teilhaben zu lassen, war, Aktien an diese zu verteilen. Viele Mongolen sind jedoch nur unzureichend darüber informiert und kennen weder die Bedeutung von Aktien, noch wissen sie, welchen Nutzen sie daraus ziehen können. Weitere relevante Themen sind die Gesundheitsversorgung, berufliche und schulische Ausbildung sowie die immer weiter zunehmende Umweltverschmutzung des Landes, insbesondere die Luftverschmutzung in der Hauptstadt. Neben diesen Themen muss aber auch die politische Grundlagenbildung vorangetrieben werden. Entsprechend des stufenhaften Prozesses politischer Bildung steht die Vermittlung politischen Grundlagenwissens am Anfang, um ein darüber hinaus gehendes Verständnis entwickeln zu können.

Auch die Asia Foundation stellte fest, dass es erhebliche Wissensdefizite hinsichtlich der Funktionsweise des politischen System sowie der Funktionen der verschiedenen Staatsorgane, aber auch des Wahlsystems gibt.<sup>325</sup>

Wie von Gesprächspartnern<sup>326</sup> bestätigt wurde, ist es bei diesen Themenstellungen bedeutsam, praktische Aspekte aufzugreifen, um Interessierte gewinnen zu können – etwa zu Fragen, wie man einen Wahlzettel richtig ausfüllt, sodass die abgegebene Stimme auch gültig ist. Das Interesse an solch praktischen, grundlegenden Fragen sollte eine mongolische politische Stiftung nutzen, um für sich zu werben und ihren Bekanntheitsgrad zu erhöhen und um schließlich auch andere Themen und Inhalte vermitteln zu können.

Durch die Bildungsarbeit der mongolischen politischen Stiftung können also nicht nur grundlegende Kenntnisse über das politische System an die Bevölkerung vermittelt, sondern auch bedürfnisspezifisch aktuell relevante Themen dargestellt werden. Durch diese Vermittlungsleistungen kann die Bevölkerung befähigt werden, komplexe Sachverhalte zu durchdringen und besser zu verstehen – es werden mehr und mehr reflektierte Zuschauer ausgebildet. Zunehmendes Verständnis für und fundierte Kenntnisse über das eigene politische System erhöhen letztlich auch das Vertrauen in und die Unterstützung für dieses. Dies stärkt wiederum die demokratische Regierungsform insgesamt; legt aber auch im Idealfall den Grundstein für eine aktive Mitgestaltung der Gesellschaft.<sup>327</sup> In Kapitel 4.4.1 wurde dies als die zweite Zielebene der politischen Bildung durch politische Stiftungen vorgestellt: Informieren – Orientieren – Aktivieren – Vernetzen. Dieser Prozess wird sich gewiss über einen langen Zeitraum erstrecken. Frau Oyungerel Chogdon, Vertreterin der FES in Ulaanbaatar, brachte es im Interview treffend zum Ausdruck: „Die Erfolge der politischen Bildung und der Aufklärungsarbeit lassen sich wirklich nur mit großer Mühe ernten.“

Politische Bildung durch eine mongolische politische Stiftung bringt nicht nur unverzichtbare Vorteile für die Entwicklung des Landes insgesamt, sondern auch für die ihr nahestehende Partei. Aus den Veranstaltungen könnte – neben einer klaren programmatischen Ausrichtung und eindeutig definierten Zielen – ein weiterer Wettbewerbsvorteil entstehen. Politische Stiftungen in Deutschland laden zu ihren Veranstaltungen nicht selten Politiker der ihnen verbundenen Partei ein. Diese treten im Rahmen von Podiumsdiskussionen auf, halten Vorträge oder übernehmen die Schirmherrschaft über Veranstaltungen. Diese Möglichkeit besteht selbstverständlich auch in der Mongolei. DP-Vertreter hätten so die Möglichkeit,

---

<sup>325</sup> Vgl. Asia Foundation (2009): *Mongolia Voter Education Survey*, S. 55 f.

<sup>326</sup> So etwa Oyungerel Chogdon im Interview am 25.07.2012 und Ts. Sarantuya im Interview am 16.07.2012.

<sup>327</sup> Überlegungen aufbauend auf den Ausführungen zu: kognitiven, prozeduralen und habituellen Kompetenzen in Abschnitt 3.1.

aktiv mit interessierten Bürgern in Dialog zu treten und ihre Ideen und Standpunkte deutlich zu machen. Auf umgekehrte Weise wiederum fließen so Anregungen, Sorgen und Bedürfnisse seitens der Bürger zurück in die Politik. Auf diese Weise kann – falls möglich – schnell auf die Anliegen reagiert werden.

### 6.3.1.3 Weitere mögliche Aufgabenfelder

Kapitel 4. der Arbeit hat gezeigt, dass sich die Inlandsaufgaben der politischen Stiftungen in Deutschland nicht in der Durchführung politischer Bildungsmaßnahmen und der Beratungstätigkeit erschöpfen. Weitere Pfeiler ihrer Arbeit sind die Betreuung umfangreicher Archivbestände sowie die Förderung begabter Studierender.

Die Archive der deutschen Stiftungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung, Aufarbeitung und Auswertung von Dokumenten rund um die Geschichte der ihnen nahestehenden Partei und in derselben ideologischen Grundausrichtung verwurzelter Bewegungen. Sie bewahren Akten der verbundenen Partei, aber auch Nachlässe historischer bedeutsamer Führungspersönlichkeiten und verfügen über umfangreiche Pressedokumentationen.<sup>328</sup> Auf diese Weise sind sie eine Art historisches Gedächtnis für die ihr nahestehende Partei.

In der noch jungen demokratischen Entwicklung der Mongolei ist eine solche Tradition bisher nicht bekannt. Die Einrichtung eines Archivbestandes nach deutschem Vorbild könnte deshalb langfristig einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Parteiengeschichte leisten. Angesichts mangelnder Kontinuität in der Weitergabe vorhandenen Wissens, sollte eine mongolische DP-nahe politische Stiftung aber auch einen Beitrag zur Sammlung und Systematisierung solcher Dokumente leisten, die neue Abgeordnete und Funktionsträger zur Einarbeitung in ihr neues Mandat benötigen. Die DP selbst hat bisher keine zentrale Stelle geschaffen, an der Abgeordnete auf Dokumente wie Parteibeschlüsse, Gesetzesentwürfe, Sitzungsprotokolle, Wahlprogrammen, etc. zugreifen können.<sup>329</sup> Eine schnelle Einarbeitung und kontinuierliche Weiterführung der Arbeit etwa nach einer Wahl wird so erschwert.

Neben der Einrichtung eines Archives bietet sich langfristig auch die Einführung eines Begabtenförderungsprogramms für Studierende als ein weiteres Tätigkeitsfeld einer mongolischen politischen Stiftung an. Eine solche Maßnahme würde zur Steigerung des Bekanntheitsgrades und der Akzeptanz der Stiftung beitragen und gleichzeitig leistungsorientierten

---

<sup>328</sup> Vgl. KAS (o.J.): *Dokumentationsprofil. Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*, <http://www.kas.de/upload/ACDP/Dokumentationsprofil.pdf>.

<sup>329</sup> So Radnaa Burmaa im Interview am 23.07.2012.

und engagierten jungen Menschen (aus einkommensschwachen Familien) eine Perspektive und die Möglichkeit auf eine gute Ausbildung gewähren. Gut ausgebildete Akademiker sind vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Wachstums des Landes in Zukunft unabdingbar. Anlehnend an das Förderungsmodell der deutschen Stiftungen sollte nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine ideelle Förderung erfolgen. Der Aufbau eines solchen Förderungsprogramms kann – angelehnt an den Aufbauprozess der Stiftung insgesamt – auch in mehreren Stufen erfolgen. Mit sicherer Finanzierung der Stiftung kann das Angebot um ein Seminarangebot zu gesellschaftspolitischen Themen für die Stipendiaten erweitert werden. Auf diese Weise wird die Beschäftigung mit Inhalten angeregt, die über das universitäre Curriculum hinausgehen. Ebenso trägt die Förderung zur Ausbildung eines Akademikernachwuchses bei, der fähig und bereit ist, kritisch an der Ausgestaltung der Gesellschaft mitzuwirken.

### 6.3.2 *Organisatorische Aspekte*

Neben den inhaltlichen Aspekten der Arbeit einer mongolischen politischen Stiftung müssen vor Etablierung dieser auch organisatorische Gesichtspunkte bedacht werden. Die nachfolgenden Abschnitte stellen die diesbezüglichen Empfehlungen dar.

#### 6.3.2.1 Gesetzliche Grundlage

Im Zuge der Reform des Parteiengesetzes in der Mongolei gibt es Überlegungen, in dieses einen Abschnitt über politische Stiftungen einzufügen. Die Ausführungen zum Modell der deutschen politischen Stiftungen haben jedoch gezeigt, dass diese trotz der ideellen und persönlich-politischen Verbundenheit mit der ihr nahestehenden Partei unabhängig arbeitende Institutionen sind. Auch wenn politische Stiftungen in der Mongolei einen großen Beitrag zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der DP und idealerweise auch anderer Parteien leisten können, sollte doch deren Unabhängigkeit gegenüber der ihr nahestehenden Partei von Beginn an ausdrücklich betont werden. Nur so kann – wenn nötig – auch eine kritische Arbeit gewährleistet werden. Zudem erleichtert Unabhängigkeit in der Arbeitsweise das Aufkommen neuer Impulse und Ideen.

Eine Verankerung politischer Stiftungen im mongolischen Parteiengesetz steht dem Gedanken der unabhängigen Arbeitsweise entgegen. Die Eigenständigkeit würde durch die Erar-

beitung eines eigenen Stiftungsgesetzes unterstrichen. Damit entstünde zudem ein rechtssicherer Rahmen, der als Orientierung für die Etablierung weiterer politischer Stiftungen dienen kann und der die effektive und erfolgreiche Arbeit der neuen Institution unterstützt. Ein deutsches Gesetz, auf das in diesem Zusammenhang als Vorlage zurückgegriffen werden kann, existiert bis heute nicht. Die Arbeit der deutschen politischen Stiftungen und deren Finanzierung aus öffentlichen Mitteln wurden aber durch ein Urteil des BVerfG abgesichert und als legitim bestätigt.<sup>330</sup> Dieses Urteil kann Orientierung bieten hinsichtlich der Anforderungen, die an politische Stiftungen gestellt werden.

### 6.3.2.2 Finanzierung

Es wurde dargelegt, dass sich die Überlegungen auf die Installation einer der DP nahestehenden Stiftung richten. Wie die Analyse des politischen Umfeldes deutlich gemacht hat, engagieren sich bisher auch nur Vertreter der DP für ein solches Projekt, wie die Einstellung der anderen diesbezüglich ist, kann nicht abgeschätzt werden. Trotz starken wirtschaftlichen Wachstums und der Einnahmen aus dem Rohstoffsektor, wird ein bisher alleinig von der DP vorangetriebenes Projekt wohl nicht mit der Zustimmung der anderen Parteien im Parlament rechnen können, wenn es um dessen Finanzierung geht. Viele weitere Probleme und Projekte stehen auf der Agenda, die enorme finanzielle Mittel in Anspruch nehmen. Die Finanzierung mongolischer politischer Stiftungen aus dem Staatshaushalt wird erst dann gesichert sein, wenn der gewinnbringende Nutzen des Pilotprojektes deutlich geworden ist und andere Parteien die Etablierung weiterer Stiftungen vorantreiben – wenn also das Modell der politischen Stiftungen und dessen Mehrwert von relevanten Entscheidungsträgern vollständig internalisiert wurden.<sup>331</sup>

Um die Anschubfinanzierung sicherzustellen, bietet sich deshalb die Unterstützung der KAS an.<sup>332</sup> Mit ihrem festen Partner,<sup>333</sup> der Akademie für politische Bildung, finanziert sie bereits jetzt vollständig eine Institution, die Voraussetzungen mitbringt, zu einer politischen Stiftung umgewandelt zu werden. Um dies zu untermauern, soll die APB kurz vorgestellt werden.

<sup>330</sup> BVerfGE 73, 1.

<sup>331</sup> So die Einschätzung von Johannes D. Rey im Interview am 07.08.2012.

<sup>332</sup> Diese Möglichkeit wurde mit Johannes D. Rey ausführlich besprochen.

<sup>333</sup> Wie die anderen politischen Stiftungen auch arbeitet die KAS im Ausland nach dem Partnerschaftsprinzip, d.h. Projekte werden nur in Zusammenarbeit mit einem lokalen Partner durchgeführt. Dabei wird zwischen sog. festen Partnern und Kooperationspartnern unterschieden. Feste Partner werden vollständig über die Stiftung finanziert; Kooperationspartner erhalten nur im Rahmen einzelner Projekte finanzielle Unterstützung von den Stiftungen.

Die APB wurde 1993 gegründet. Eines der Gründungsmitglieder ist der derzeitige Staatspräsident Ts. Elbegdorj. Nach den demokratischen Umbrüchen war es das Ziel der Gründung, politische Bildung zu den Themen Grundlagen der Marktwirtschaft, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freie Wahlen für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Von Beginn leistete die APB damit einen Beitrag zur Vermittlung demokratischer Grundsätze, Stärkung der Zivilgesellschaft, den Aufbau rechtsstaatlicher Prinzipien und den Ausbau politischer Erwachsenenbildung. Zur Realisierung ihrer Ziele verfügt die APB neben einer Zentrale in der Hauptstadt Ulaanbaatar über Außenstellen in sechs der 21 Aimags des Landes (in: Darkhan-Uul, Khuvgul, Dornod, Öwürkhagai, Dundgobi und Khovd). Über diese Einrichtungen werden Seminare und Workshops abgehalten, Publikationen erstellt und Politische Beratung durchgeführt sowie Experteneinsätze organisiert. Durch ihre langjährige Tätigkeit und ihre Kooperation mit der KAS in diesem Bereich hat sie sich im ganzen Land eine hohe Reputation erworben. Da die Gründung der Akademie auf Wunsch der damals noch jungen demokratischen Kräfte in Form des Demokratischen Bundes erfolgte, hat sie bis heute gute Beziehungen zur DP. Damit bringt die APB die besten Voraussetzungen mit, um in Zukunft als erste politische Stiftung in der Mongolei tätig zu sein – langjährige Erfahrungen auf dem Gebiet der politischen Bildung, auf diesem Gebiet ausgebildete Mitarbeiter, eine ausbaufähige Infrastruktur und eine ideelle Verbundenheit mit der DP. Entsprechend des gezeichneten mehrstufigen Entwicklungsprozesses müsste sich die APB als mongolische politische Stiftung zunächst auf die beratende Tätigkeit fokussieren, um eine breite Unterstützerbasis für das Projekt zu gewinnen, um sich dann wieder der politischen Breitenbildung zuzuwenden.

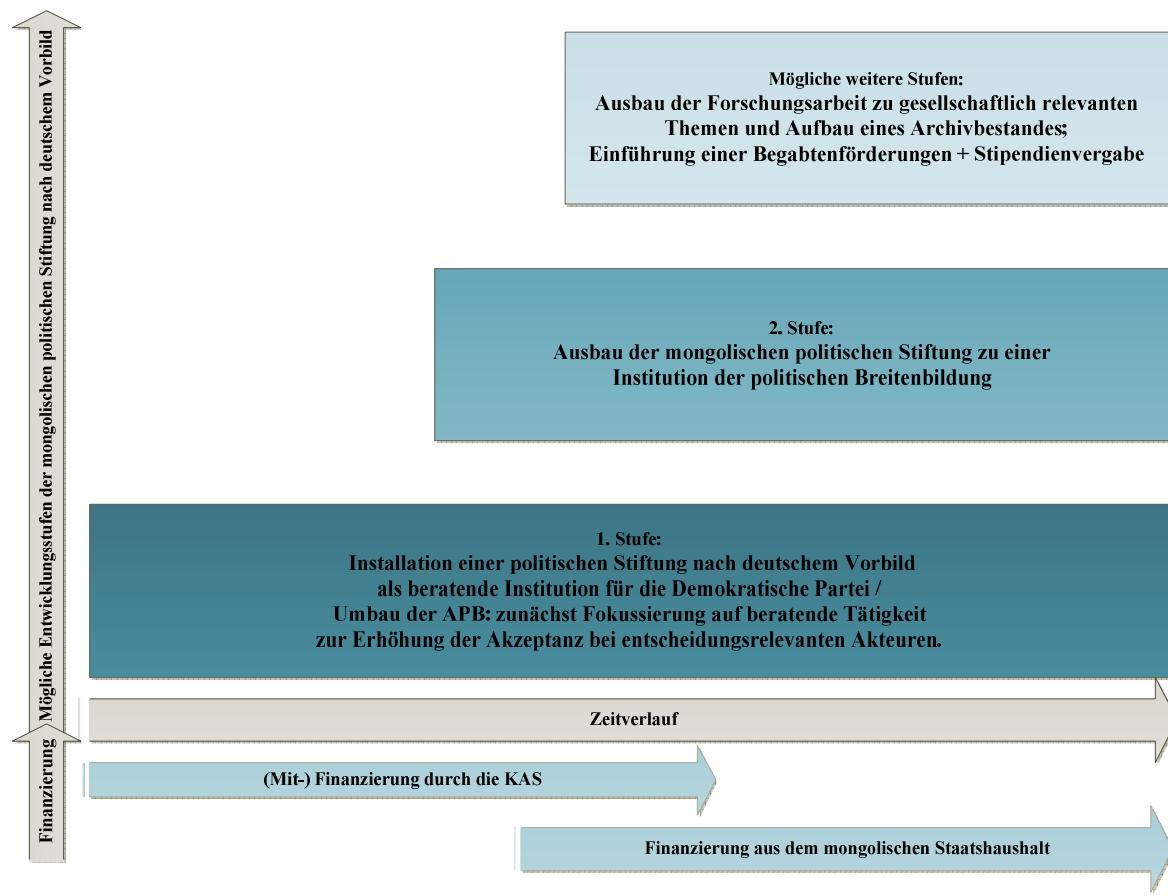
Bis die Finanzierung politischer Stiftungen durch den Staatshaushalt gesichert ist, könnte die erste mongolische politische Stiftung weiterhin als fester Partner der KAS agieren. Dies würde nicht nur die Anschubfinanzierung, sondern brächte auch einen weiteren Vorteil mit sich. Auf diese Weise könnte die etwaige Stiftung ohne Probleme auf das für den Aufbau einer solchen Institution notwendige Wissen über die Arbeitsweise politischer Stiftungen in Deutschland zurückgreifen.

Ziel muss es jedoch sein – gegebenenfalls auch mit einer zeitweiligen Parallelfinanzierung – die vollständige Finanzierung aus dem mongolischen Staatshaushalt zu erreichen. Nur so können „echte“ mongolische politische Stiftungen entstehen und die Unabhängigkeit gegenüber den Parteien gestärkt werden. Hinzukommt, dass mit den empfohlenen Aufgabenbereichen auch der Finanzierungsbedarf ansteigt. Durch die KAS alleine kann diese Entwicklung nicht sichergestellt werden.

Angelehnt an die Finanzierung der deutschen Stiftungen sollte die Zuwendung der Mittel dann entsprechend des Aufgabengebietes aus den Haushaltstöpfen verschiedener Ministerien stammen. Die Differenzierung der monetären Quellen mindert überdies die Gefahr von Korruption. Ferner kann sich auch der Verteilungsschlüssel am deutschen System orientieren. Dieser richtet sich nach dem Stimmenanteil, den die nahestehende Partei bei Wahlen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene erzielen konnte. Entwickeln sich mehrere politische Stiftungen, wäre dies auch in der Mongolei eine adäquate Grundlage zur Verteilung der finanziellen Mittel. Zudem sollte es, wie in Deutschland auch, Kontrollinstanzen geben, die die Verwendung der finanziellen Mittel überprüfen.

Der bis hierhin gezeichnete und empfohlene Entwicklungsprozess einer mongolischen politischen Stiftung wird in der folgenden Grafik zusammengefasst.

**Abbildung 7: Entwicklungsschritte einer mongolischen politischen Stiftung**



Quelle: Eigene Darstellung

### 6.3.2.3 Infrastruktur

Die Überlegungen hinsichtlich infrastruktureller Gesichtspunkte einer mongolischen politischen Stiftung werden vor allem von folgenden Aspekten dominiert – der Größe und dezentralen administrativen Gliederung des Landes sowie der Bevölkerungsstruktur und -dichte. Mit einer Fläche, die viereinhalb Mal so groß ist wie Deutschland, zählt das Land gerade einmal 2,8 Millionen Einwohner und ist damit der am dünnsten besiedelte Staat der Erde.<sup>334</sup> Obwohl 60 Prozent der Bevölkerung inzwischen in Städten leben und 1,2 Millionen alleine in der Hauptstadt Ulaanbaatar, nimmt die nomadische Lebensweise noch immer eine besondere Rolle in der Gesellschaft ein.

Zweifellos ist Ulaanbaatar das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zentrum des Landes. Aufgrund dessen und weil nahezu die Hälfte der mongolischen Bevölkerung in der Hauptstadt lebt, wird mitunter auch von einem demokratischen „city state“ an Stelle eines demokratischen Staates gesprochen.<sup>335</sup> Vor diesem Hintergrund und den gezeichneten Entwicklungsschritten folgend, ist es zunächst bedeutsam, eine Stiftungszentrale in Ulaanbaatar aufzubauen bzw. die der APB zu verstärken. Nur mit einer starken Präsenz nahe an den politischen Entscheidungsträgern kann der neuen Institution das nötige Gewicht verliehen werden, damit sie ihre Ziele realisieren kann. Einem mongolischen Gesetz zu Folge müssen alle Parteien ihren Hauptsitz in der Hauptstadt haben, entsprechend werden auch die Leitlinien der Politik dort definiert. Soll nun unterstützend auf die programmatische Weiterentwicklung der Parteien eingewirkt werden, muss dies im Zentrum der politischen Entscheidungen geschehen. Aber nicht nur die Nähe zu relevanten Entscheidungsträgern ist ein erfolgsentscheidender Faktor, auch fundierte Expertise ist eine unabdingbare Voraussetzung, um der Stimme der künftigen politischen Stiftung Gewicht zu verleihen. Dies gilt nicht nur für die mögliche Unterstützung bei der Definition handlungsleitender Werte für die Partei, sondern insbesondere auch hinsichtlich des Ausbaus der Forschungs- und Beratungstätigkeiten im Allgemeinen. Wie bereits festgehalten wurde, ist eine monothematische Ausrichtung einer mongolischen politischen Stiftung nicht zweckmäßig; weder wenn es um die Beratungsleistungen für politische Entscheidungsträger geht noch in der politischen Breitenbildung. Zu viele aktuelle und künftige Herausforderungen müssen bewältigt und vermittelt werden, als dass sich eine politische Stiftung in der Mongolei nur auf politische Grundla-

---

<sup>334</sup> Rey/Davaasuren/Höhlein (2011): *Die Mongolei am Scheideweg*, S. 9.

<sup>335</sup> Landmann, Todd/Larizza, Marco/McEvoy, Claire (2005): *State of Democracy in Mongolia. A Desk Study*, <http://www.idea.int/democracy/upload/sodMongolia05.pdf>, S. 39.

genbildung und Hilfestellungen bei Zieldefinitionen fokussieren könnte, um die nötige Anerkennung zu erreichen. Wie bei den deutschen politischen Stiftungen auch, sollte mittelfristig das Ziel angestrebt werden, fundierte Expertise zu den großen und relevanten Politikfeldern zur Verfügung stellen zu können. Sofern zu Beginn die dafür nötigen finanziellen Mittel noch nicht in ausreichender Weise vorhanden sind, sollten auch externe Experten zu Forschungs- und Beratungszwecken eingebunden werden. Dennoch sollte langfristig der Aufbau eines eigenen internen Expertenpools angestrebt werden. Wenn sich die künftige politische Stiftung von Anfang an den Ruf erarbeitet, wissenschaftlich fundierte, aber praxisnahe Ausarbeitungen für die Lösung politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Probleme zur Verfügung zu stellen, erwirbt sie sich von Beginn an eine hohe Reputation und erhöht so ihr Einflusspotential in der politischen Arena.

Die zentrale Einrichtung in der Hauptstadt könnte aber nicht nur als Forschungseinrichtung und perspektivisch als Archiv, sondern darüber hinaus auch als ein Weiterbildungszentrum für politische Entscheidungsträger dienen – neben inhaltlichen Schulungen, können auch Rhetorik- und Argumentationsseminare oder ähnliches auf der Agenda stehen. Darauf aufbauend könnte entsprechend des deutschen Vorbilds ein Zentrum für politische Bildung in Ulaanbaatar entstehen, das Seminare, Diskussionen, Vorträge, Exkursionen oder Planspiele organisiert. Das Angebot der politischen Bildung darf sich aber keinesfalls nur auf die Hauptstadt beschränken. Wäre dies der Fall, stünde es für die Hälfte der Bevölkerung nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung. Dies verbietet zudem die dezentrale Organisationsstruktur des Landes.

Aufgrund äußerst schwieriger verkehrsinfrastruktureller Bedingungen außerhalb Ulaanbaatars sind Reisen im Land zeitaufwendig und schwierig. Wie aber gezeigt wurde, ist es entscheidend, dass grundsätzlich die gesamte Bevölkerung die Möglichkeit hat, auf Angebote politischer Bildung zuzugreifen. Wie wichtig dies ist, führt noch einmal das folgende Zitat vor Augen: „It seems that civic education is very much needed, maybe even more so the further you get from the center of the politics and from the urban area of the country.“<sup>336</sup> Aus diesem Grund ist es wichtig, das langfristige Ziel zu verfolgen, möglichst in jedem Aimag des Landes ein Bildungszentrum aufzubauen. Die sechs Außenstellen der APB bilden dafür eine hervorragende Ausgangsposition. Nur durch eine dezentralisierte Organisationsstruktur kann eine flächendeckende Versorgung mit politischer Bildung gewährleistet werden. Diese können nicht durch flexibel einsetzbare Mitarbeiter ersetzt werden. Denn nicht nur die weiten Distanzen in Verbindung mit der schlechten Infrastruktur, sondern auch sehr strenge

---

<sup>336</sup> Tora/Namshir (2011): *Political Party Reform*, S. 12.

Winter mit Temperaturen von bis zu -50°C erschweren die mobile Arbeit und mindern so die Erfolgsschancen der Stiftung. Sind hingegen ständige Mitarbeiter etwa in den Aimagzentren vertreten, können während des gesamten Jahres Bildungsveranstaltungen durchgeführt werden. Durch einen kontinuierlichen Kontakt mit der Bevölkerung in den ländlichen Regionen des Landes können die Stiftungsmitarbeiter zudem ihre Seismografenfunktion besser ausfüllen – sie sind immer über die Themen informiert, die die Leute vor Ort bewegen und können ihr Angebot dementsprechend anpassen und lokale Schwerpunkte setzen. Ferner werden durch die Brückenfunktion der politischen Stiftung diese Themen wieder in die Politik rückvermittelt.

Nicht nur vor dem Hintergrund praktischer Aspekte sind dezentrale Arbeitsstrukturen von Bedeutung. Auch wenn man sich die gesamte Entwicklung des Landes anschaut, ist es unabdingbar, die gesamte Infrastruktur zu verbessern und die ländlichen Regionen zu stärken und die fast ausschließliche Fokussierung auf die Hauptstadt aufzubrechen – wie gezeigt wurde, sind die dezentralen Strukturen dafür längst vorhanden. Nicht nur die Menschen in den großen Zentren dürfen am derzeitigen Aufschwung teilhaben, von diesem muss ein möglichst großer Teil der Bevölkerung profitieren. Es wäre deshalb ein falsches Zeichen, politische Bildungs- und Beratungstätigkeiten einzige und allein auf Ulaanbaatar oder wenige urbane Zentren zu konzentrieren.

Um ein flächendeckendes und umfangreiches Angebot in der politischen Breitenbildung zur Verfügung zu stellen, sind nicht nur dezentrale Organisationsstrukturen eine Möglichkeit, sondern auch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Durch diese kann das Angebot kostensparend und flexibel erweitert werden. Denn mit IKT werden vor allem mit internetbasierte Technologien im World Wide Web in Verbindung gebracht.<sup>337</sup> Vor dem Hintergrund der noch mangelhaften Verkehrsinfrastruktur des Landes steckt in der Nutzung des Internets ein enormes Potential, einen großen Anteil der Bevölkerung zu erreichen. Wie eine Statistik der UN agency for information and communication technologies (ITU) zeigt, ist bei den Internetnutzern in der Mongolei ein stetiger Anstieg zu verzeichnen. Die nachfolgende Tabelle macht dies deutlich.

---

<sup>337</sup> Vgl. Schnorr-Bäcker, Susanne (2006): *Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien in Deutschland. Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft*, herausgegeben von: Statistisches Bundesamt, [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Informationsgesellschaft/Moderneinfokommunikation.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Informationsgesellschaft/Moderneinfokommunikation.pdf?__blob=publicationFile), S. 1.

Jahr	2000	2001	2007	2009	2010
Anzahl der Internetnutzer	30.000	100.000	268.300	330.000	350.000

Quelle: Eigene Darstellung nach: Internet World Stats (2010): *Mongolia. Internet usage, broadband and telecommunications reports*, <http://www.internetworldstats.com/asia/mn.htm>.

Der Ausbau des Glasfasernetzes wird weiter vorangetrieben, sodass die Nutzerzahl auch in Zukunft weiter steigen dürfte. Die ITU bescheinigt der Mongolei im vergangenen Jahr „outstanding improvements“ im Bereich moderner IKT.<sup>338</sup> Wie weit der Ausbau des Netzes vorangeschritten ist, macht die nachfolgende Karte des Landes deutlich. Diese zeigt auch die großen Distanzen, die bei Reisen in der Mongolei bewältigt werden müssen und warum deshalb die Nutzung internetbasierter Bildungsmethoden neben den Außenstellen so wichtig ist.

**Abbildung 8: Glasfaserkabel-Netz in der Mongolei**



Quelle: ITU (2010): *UA Programm in Mongolia*, [http://www.itu.int/ITU-D/asp/CMS/Events/2010/Thailand-Broadband/Session4\\_Nurgul\\_Chaimardaan.pdf](http://www.itu.int/ITU-D/asp/CMS/Events/2010/Thailand-Broadband/Session4_Nurgul_Chaimardaan.pdf).

Angesichts dieser Entwicklung und der Bevölkerungsstruktur der Mongolei – über die Hälfte ist jünger als 35 Jahre<sup>339</sup> – sollte mit Beginn des Ausbaus politischer Breitenbildung die

<sup>338</sup> UN agency for information and communication technologies (ITU) (2011): *Measuring the Information Society 2011. Executive Summary*, abrufbar unter: <http://www.itu.int/ITU-D/ict/publications/idi/material/2011/MIS2011-ExceSum-E.pdf>, S. 5.

<sup>339</sup> Vgl. Nationmaster (2012): *Mongolia. Age distribution*, [http://www.nationmaster.com/country/mg-mongolia/Age\\_distribution](http://www.nationmaster.com/country/mg-mongolia/Age_distribution).

Einrichtung von Online-Angeboten vorangetrieben werden. Entsprechend der anzustrebenden Struktur der Stiftung könnte die Organisation der web-basierten Angebote von der Zentrale aus gesteuert und entwickelt werden – dem Gedanken folgend: Zentrale Services, dezentrale Ausführung. Dies bietet das Potential, von Beginn an auch für junge Leute attraktiv zu sein und die Angebote flexibel zu gestalten. Auch die politischen Stiftungen in Deutschland haben diesen Trend erkannt und setzen, wie oben gezeigt, auf eine zunehmende Verzahnung von Onlineangeboten und Präsenzveranstaltungen. Als Pionier und Vorbild auf diesem Gebiet kann in Deutschland die FNF gelten, die in diesem Jahr bereits das zehnjährige Jubiläum ihrer Virtuellen Akademie begeht.<sup>340</sup> Auch wenn das Internet hier viele Möglichkeiten bietet, so darf es doch Präsenzveranstaltungen nicht gänzlich verdrängen. Denn vor allem im unmittelbaren aktiven Austausch mit anderen entstehen neue Ideen und werden neue Impulse gesetzt.

Einen weiteren Informationskanal, den sich eine künftige politische Stiftung zunutze machen sollte, ist das Fernsehen.<sup>341</sup> Um politische Informationen einzuholen, nutzen nahezu alle Mongolen das Fernseh-Angebot. Selbst neben den Jurten der Nomaden sind Satellitenschüsseln keine Seltenheit mehr, sondern eher die Regel. Vor allem politische Talkshows sind zunehmend beliebter.<sup>342</sup> Langfristig kann im Hinblick auf diesen Trend auch über die Produktion von Bildungssendungen oder einer eigenen Talkshow nachgedacht werden.

Nach den gemachten Ausführungen wird deutlich: Langfristig sollte sich die politische Breitenbildung in der Mongolei wie in Deutschland auch an den folgenden drei Grundpfeilern orientieren: Regionalisierung und Flexibilisierung, stärkere Verzahnung und Aktivierung politischer Grundinhalte mit aktuellen Themen und Kombination von Präsenzveranstaltungen und Online-Angeboten. Wenn diese Pfeiler bei der politischen Breitenbildung berücksichtigt werden, ist das Fundament für eine nachhaltig erfolgreiche (Bildungs-) Arbeit vorhanden.

---

<sup>340</sup> Vgl. FNF (2012c): 10 Jahre Virtuelle Akademie.

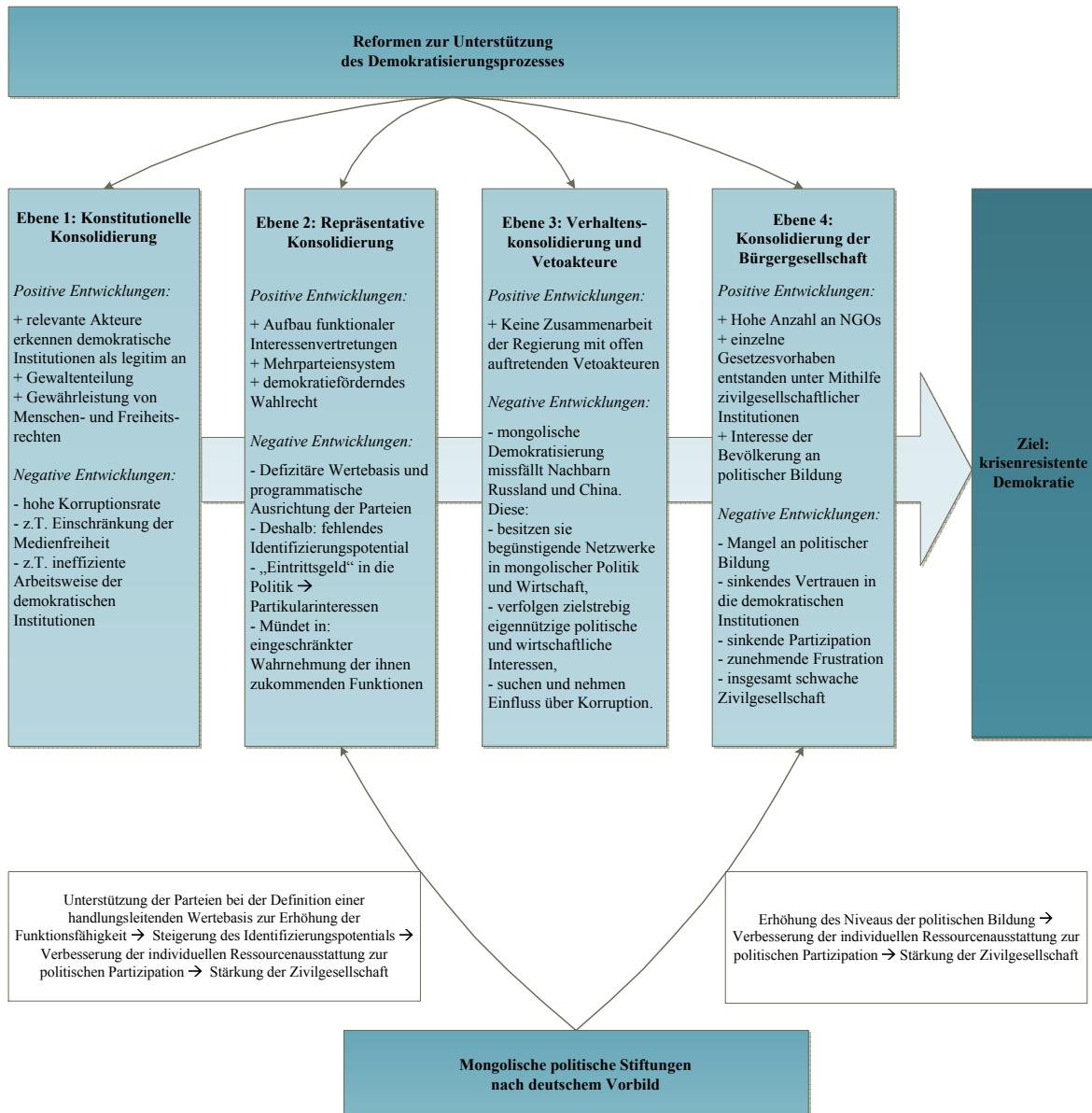
<sup>341</sup> Asia Foundation (2009): *Mongolia Voter Education Survey*, S. 6.

<sup>342</sup> Ebd.

#### 6.4 *Impulse mongolischer politischen Stiftungen im Demokratisierungsprozess des Landes*

---

Die eben gemachten Ausführungen haben den Konsolidierungsprozess der Mongolei anhand des Mehrebenenmodells von Wolfgang Merkel nachgezeichnet. Dabei wurden sowohl die bisherigen Erfolge des Landes herausgestellt, aber auch die Felder aufgezeigt, auf denen noch Verbesserungspotential im Hinblick auf den weiteren Demokratisierungsprozess vorhanden ist. Es wurde auf diejenigen Aspekte ausführlicher eingegangen, bei denen eine mongolische politische Stiftung nach deutschem Vorbild unterstützend tätig werden könnte – bei der Funktionsfähigkeit der Parteien sowie dem Ausbau der politischen Bildung zur Erhöhung des Partizipationsniveaus und zur Stärkung der Zivilgesellschaft insgesamt. Mit Darstellung der Implementierungsempfehlungen wurde dargelegt, welche Wirkungen perspektivisch mit Etablierung dieser Institution erzielt werden können. Die nachstehende Grafik fasst die wichtigsten Punkte und die im Idealfall von einer mongolischen politischen Stiftung ausgehenden Impulse zusammen.

**Abbildung 9: Impulse einer mongolischen politischen Stiftung im Demokratisierungsprozess**

## 7. Schlussbemerkungen

---

Das zentrale Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit war die Frage, ob das Modell der deutschen politischen Stiftungen auf die Mongolei übertragen werden kann, um die Funktionsfähigkeit der Parteien sowie das Niveau politischer Bildung und politischer Partizipation zu erhöhen. Darüber hinaus stellte sich die Frage, welcher Mehrwert perspektivisch durch einen solchen Schritt für das politische System der Mongolei erzielt werden kann.

Um die Forschungsfragen beantworten zu können, wurden im theoretischen Rahmen der Arbeit das Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung nach Wolfgang Merkel vorgestellt, die Bedeutung politischer Bildung, politischer Partizipation und politischer Parteien dargelegt sowie das Modell der deutschen politischen Stiftungen ausführlich vorgestellt. Anhand des Mehrebenenmodells und dem damit einhergehenden Konzept der embedded democracy wurden die Aspekte verdeutlicht, die für die Entwicklung einer krisenresistenten Demokratie erfüllt sein müssen. Neben politischem Wettbewerb und grundlegenden Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung sind Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Gewährung von Freiheitsrechten, funktionsfähige demokratische Institutionen, die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, regionale und internationale Integration sowie eine dynamische Zivilgesellschaft entscheidend. Auf Grundlage dessen kann die Bevölkerung einen stabilen Legitimitätsglauben gegenüber „ihrer“ Demokratie ausbilden, den es bedarf, um von einer tatsächlich konsolidierten Demokratie ausgehen zu können.

In Kapitel 3. der Arbeit wurde dargelegt, was die Stärkung dieses Legitimitätsglaubens positiv beeinflusst und zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen beiträgt – was civic culture und civil society fördert. Es wurde deutlich, dass politische Bildung für jedes demokratische Gemeinwesen fundamental ist, ebenso wie politische Partizipation. Darüber hinaus wurde die Handlungsweise und Funktionsfähigkeit politischer Parteien aufgrund der ihnen zukommenden Aufgaben in repräsentativen demokratischen Systemen als essentiell für deren Funktionieren identifiziert. Sie tragen aufgrund ihrer Brückenfunktion zwischen Staat und Gesellschaft maßgeblich zur Akzeptanz des staatlichen Handelns bei. Kapitel 4. der Arbeit konzentrierte sich auf das Modell der deutschen politischen Stiftungen, deren historische Entwicklung, die Besonderheit ihres Wesens, Organisation und Finanzierung sowie ihre Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche. Dabei wurde deutlich, dass diese zur Erhöhung des Wettbewerbs im politischen System der Bundesrepublik beitragen. Darüber hinaus regen sie die Beschäftigung der Bürger mit politischen Sachverhalten an und legen Grundlagen für die aktive Mitgestaltung des Gemeinwesens. Politische Stiftungen bieten ferner Raum für offene

Diskussionen politischer Fragen. Sie leisten damit durch ihr breites Tätigkeitsspektrum einen signifikanten Beitrag zur Stabilisierung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands.

Ausgehend von diesen theoretischen Überlegungen wurde der Stand der demokratischen Konsolidierung in der Mongolei untersucht. Nachgezeichnet wurde dieser anhand des zu Beginn vorgestellten Mehrebenenmodells. Dabei wurde deutlich: Vor dem Hintergrund der Historie der Mongolei, die seit Jahrhunderten von ihrer Sandwichlage zwischen den noch immer autoritären Staaten China und Russland geprägt wird, wurde in den 22 Jahren seit Beginn des Transformationsprozesses bereits viel erreicht. Neben den positiven Entwicklungen wurden auf den einzelnen Ebenen aber auch jeweils negative Tendenzen sichtbar. Die einzelnen Punkte sollen an dieser Stelle noch einmal präsentiert werden.

Im Hinblick auf Ebene 1 – *Konstitutionelle Konsolidierung* – wurde herausgestellt, dass die 1992 verabschiedete Verfassung den Grundstein für Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative legte und die Basis für die Gewährung von Freiheits- und Menschenrechten ist. Alle relevanten politischen Akteure erkennen die demokratischen Institutionen als legitim an. Eine Gefahr für den weiteren Entwicklungsprozess des Landes ist jedoch die z.T. ineffiziente Arbeitsweise der Institutionen und die nach wie vor hohe Korruptionsrate sowie die punktuelle Einschränkung der Freiheit der Gerichte. Auch wenn bürgerliche Freiheitsrechte prinzipiell gewährleistet sind, wurde Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Pressefreiheit deutlich.

Ebene 2 – *repräsentative Konsolidierung* – zeichnet sich durch folgende Entwicklungen aus: In den letzten Jahren ist es gelungen, funktionale Interessenvertretungen aufzubauen. Sowohl Gewerkschaften als auch der Arbeitgeberverband setzen in Kooperation mit dem Arbeitsministerium arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen. Die Industrie- und Handelskammer vertritt die Interessen mongolischer Unternehmen in der politischen Arena. Darüber hinaus wurde mit der Reform des Wahlrechts im Dezember 2011 ein nach den Kriterien Merkels demokratieförderliches Wahlsystem etabliert – ein gemischtes System aus Verhältnis- und Direktwahl mit einer Sperrklausel für den Einzug in das Parlament. Auf Grundlage des 1990 erlassenen Parteiengesetzes differenzierte sich das Parteiensystem in der Mongolei im Verlauf des Demokratisierungsprozesses mehr und mehr aus. Inzwischen sind 20 Parteien beim Obersten Gerichtshof der Mongolei registriert. Als einflussreiche parteipolitische Akteure können jedoch nur die im Parlament vertretenen Parteien gelten. In Bezug auf deren Funktionsfähigkeit wurde erhebliches Wachstumspotential festgestellt. Aufgrund der defizitären Profilbildung und mangelhaften programmatischen Ausrichtung wurde gezeigt, dass

die ihnen zukommenden Integrations-, Vermittlungs- und Orientierungsfunktion nicht hinreichend erfüllt werden. Darüber hinaus sind die Kriterien für die Rekrutierung politischen Nachwuchses bei einigen Parteien nicht an fachlichen, sondern vielmehr an monetären Qualifikationen ausgerichtet. Dies hat dazu geführt, dass wirtschaftliche und politische Macht zunehmend verquickt und der Einfluss partikularer Interessen in der Politik größer wird. Gemeinwohlorientiertes Handeln wird mehr und mehr verdrängt. Entsprechend dieser Entwicklung sinkt das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen des demokratischen Systems, insbesondere in die Parteien.

Weiterer Konsolidierungsbedarf wurde ebenso auf Ebene 3 – *Verhaltenskonsolidierung und Vetoakteure* – erkennbar. Dieser ergibt sich vorrangig aufgrund der massiven Korruption. Es gibt zwar keine einflussreichen offen agierenden Vetoakteure, die die demokratische Entwicklung gefährden könnten. Die demokratische Entwicklung der Mongolei missfällt jedoch beiden Nachbarn Russland und China. Sie haben begünstigende Netzwerke in den Parteien des Landes, die sie nutzen, um (wirtschaftliche) Interessen zu verfolgen. Der Weg der Einflussnahme, den sie dabei wählen, ist Korruption. Der Einfluss ihrer Netzwerke ist nicht gering und sollte der Einfluss westlicher Kräfte nachlassen, gibt es keine Möglichkeiten, dies auszubalancieren. Damit gefährdet die Korruption die demokratische Entwicklung des Landes insgesamt. Aus diesem Grund sollten die Akteure gestärkt werden, die den Schulterschluss mit westlichen Staaten suchen und sich für eine Stärkung der mongolischen Demokratie einsetzen. Es gibt aktuelle Entwicklungen, die aufzeigen, dass dies gelingen kann.

Im Hinblick auf Ebene 4 – *Konsolidierung der Bürgergesellschaft* – wurde hervorgehoben, dass diese seit Beginn des Transformationsprozesses an Dynamik eingebüßt hat. Es gibt zwar im Verhältnis zur Bevölkerungszahl eine sehr hohe Anzahl an NGOs und auch einzelne Gesetzesvorhaben wurden unter Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Akteure erstellt, aber zivilgesellschaftliche Organisationen nehmen noch nicht den Raum ein, den sie in einer Demokratie einnehmen sollten. Ein Grund dafür sind mangelnde Partizipationsmöglichkeiten im politischen System selbst. Ein Großteil der Bevölkerung hat das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der politischen Repräsentanten verloren und vor allem in der jungen Generation des Landes hat sich ein Ohnmachts- und Frustrationsgefühl breit gemacht. Der Vertrauensverlust und die Schwäche der Zivilgesellschaft gründen aber nicht nur auf fehlenden Partizipationsmöglichkeiten und der Handlungsweise der politischen Akteure, sondern auch auf einem Mangel an politischer Bildung.

Reform- und Handlungsbedarf sind also dringend geboten – nicht nur vor dem Hintergrund der demokratischen, sondern auch der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Mongolei zählt zu

den Ländern mit den größten Rohstoffvorkommen der Welt. Die Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren dynamisch entwickelt und die Mongolei wird in naher Zukunft zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften gehören, dennoch lebt nach wie vor ein Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Der enorme Rohstoffreichtum des Landes birgt das Potential für nachhaltiges Wachstum und breiten Wohlstand in einem politisch und gesellschaftlich stabilen Umfeld. Es liegt an den verantwortlichen Akteuren, die Weichen dafür zu stellen und die Bevölkerung in angemessener Weise daran zu beteiligen.

Wie gezeigt wurde, kann die Etablierung einer mongolischen politischen Stiftung nach deutschem Vorbild positiv auf den Demokratisierungsprozess und begünstigend auf die Herstellung des notwendigen stabilen Umfelds einwirken. Die Übertragbarkeit des Modells bietet sich aufgrund mehrerer Punkte an: Zum einen sind die KAS, die FES und die HSS seit Anfang der 1990er Jahre in der Mongolei aktiv und haben einen wertvollen Beitrag zur bisherigen demokratischen Entwicklung des Landes geleistet. Sowohl in der Bevölkerung als auch bei den politisch relevanten Akteuren genießen sie eine hohe Reputation. Darüber hinaus orientiert sich die Mongolei seit Beginn des Transformationsprozesses an der westlichen Wertegemeinschaft. Da sich die Überlegungen der Arbeit auf die Installation einer der DP nahestehenden Stiftung bezogen, gestaltet sich das politische Umfeld für einen solchen Schritt derzeit äußerst günstig. Innerhalb der DP gibt es eine Gruppe, die zusammen mit der KAS die Einführung eines Stiftungsmodells nach deutschem Vorbild vorantreibt, allen voran Staatspräsident Ts. Elbegdorj. Aufgrund des besonderen Charakters deutscher politischer Stiftungen kann eine mongolische Institution nach diesem Vorbild sowohl zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Parteien als auch zur Stärkung der Zivilgesellschaft beitragen und damit bei den Feldern ansetzen, deren Förderung auf Basis der theoretischen Ausgangsüberlegungen für die Weiterentwicklung des Landes als unerlässlich identifiziert wurden.

Zur nachhaltig erfolgreichen Realisierung des Projektes wurde ein mehrstufiger Umsetzungsprozess vorgeschlagen, beginnend mit dem Aufbau einer Beratungsinstitution, gefolgt vom Ausbau der politischen Breitenbildung, bevor weitere Aufgabenfelder übernommen werden können. In dem eine mongolische politische Stiftung als Beratungsinstitution Unterstützung bei der Definition der handlungsleitenden Wertebasis sowie der programmatischen Ausrichtung und Profilbildung der DP leistet, kann sie entscheidend dazu beitragen, dass sich diese bei der Erfüllung der ihr zugeschriebenen Funktionen steigert. Durch die Maßnahmen kann eine politische Stiftung nach deutschem Vorbild zur Verbesserung der Pro-

gramm-, Integrations- und Vermittlungsfunktion der Partei(en) beitragen, sowie das Identifizierungspotential für die Wähler erhöhen. Auf diese Weise kann ein Beitrag dazu geleistet werden, das verloren gegangene Vertrauen in die Parteien zurück zu gewinnen. Damit sichert sich die betreffende Partei auch einen Wettbewerbsvorteil vor dem politischen Gegner – sie erhöht ihre Chancen, neue Wähler an sich zu binden und somit ihr Einflusspotential zu vergrößern. Werden diese Vorteile von den politischen Kontrahenten erkannt, setzen sich diese im Idealfall für die Gründung weiterer politischer Stiftungen ein – so gingen von dem Pilotprojekt positive Impulse für das gesamte System aus: Die politischen Parteien definieren idealerweise präzise ihre Wertebasis, schärfen ihr Profil und tragen so zu mehr Wettbewerb im politischen System insgesamt bei.

Aufgrund des aufgezeigten Mangels an politischer Bildung in der Mongolei und um den Wesenskern des deutschen Stiftungsmodells nicht zu verfälschen, ist der Ausbau der politischen Breitenbildung unabdingbar. Wie die theoretischen Vorüberlegungen gezeigt haben, trägt politische Bildung zur Stärkung der kognitiven, prozeduralen und habituellen Kompetenzen der Bevölkerung bei. Dabei müssen sowohl Grundlagenbildung als auch die Behandlung aktueller Themen im Zentrum stehen. Eine mongolische politische Stiftung muss dazu auf dezentrale Organisationsstrukturen in Kombination mit moderner IKT setzen, um den geografischen Besonderheiten sowie den verkehrsinfrastrukturellen Bedingungen des Landes gerecht zu werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass möglichst viele Bürger erreicht werden. Zudem wirkt sich die örtliche Verbundenheit der Mitarbeiter potentieller Außenstellen mit der Bevölkerung günstig auf die ihnen zukommende Seismografenfunktion aus – sie können so schnell erfahren, welche Themen die Menschen im Land bewegen und diese an die Politik rückvermitteln. Entsprechend der Verbindung zu der ihr nahestehenden Partei kann die Stiftung im Rahmen der Bildungsmaßnahmen auch als Dialogplattform zwischen Politik und Bürgern fungieren, indem Vertreter der verbundenen Partei bei Veranstaltungen auftreten. Politik kann auf diese Weise für die Bevölkerung nachvollzieh- und greifbar werden. Der Eindruck, dass an den Bürgern vorbei und ohne Rücksicht auf deren Interessen regiert wird, kann verändert und das Vertrauen in das politische System gestärkt werden.

Damit würde eine mongolische politische Stiftung auf zwei für die Weiterentwicklung des Landes entscheidenden Feldern positive Impulse setzen – bei der Erhöhung der Funktionsfähigkeit der Parteien und der Verbesserung des politischen Bildungsniveaus. Dies sind zudem Faktoren, die sich begünstigend auf die individuelle Ressourcenausstattung zur Erhöhung des Partizipationsniveaus auswirken. Eine dynamische Zivilgesellschaft steht und fällt

mit Bürgern, die aktiv partizipieren. Mit Etablierung einer mongolischen politischen Stiftung können also Grundlagen für den Weg zu einer krisenresistenten Demokratie gelegt werden. Angesichts der aufgezeigten Probleme, müssen jedoch parallel zu einem solchen Projekt weitere Maßnahmen ergriffen und Reformen durchgeführt werden, wenn die Mongolei ihr vorhandenes Potential ausschöpfen und ihre Vorbildrolle als elektorale Demokratie in der zentralasiatischen Region festigen und ausbauen will. Die Vorbedingungen sind günstig. Nun liegt es an den Entscheidungsträgern, die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung in einem stabilen und prosperierenden Umfeld zu stellen. Die Einführung politischer Stiftungen nach deutschem Vorbild wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Gelingt der Pilotversuch und damit die Übertragung politischer Stiftungen nach deutschem Vorbild auf einen neuen Kontext, wäre dies über die demokratiefördernde Wirkung in der Mongolei hinaus auch ein Vorbild für die Demokratieförderung in anderen Regionen der Welt.

## Literatur- und Quellenverzeichnis

---

### Monographien

Adloff, Frank (2005): *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*, Campus Verlag, Frankfurt/New York.

Agwaandorjiin, Saruul (1999): *Demokratisierungschancen in der Mongolei*, Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag, Reihe Politikwissenschaften, Band 7, Tectum Verlag, Marburg.

Erdenebileg, Gerelt-Od (2005): *Mongolia's Democracy and Political Parties*, Mongolian State University of Education, Ulaanbaatar.

Konrad-Adenauer-Stiftung – Auslandsbüro Mongolei (2011): *Bericht zur Sicherheitskonferenz zum Thema „Politik eines von Großmächten umrahmten kleinen Landes: Die Drittachbarpolitik der Mongolei“*, Ulaanbaatar.

Kress, Roland (1985): *Die politischen Stiftungen in der Entwicklungspolitik. Eine Analyse der Kooperation von Friedrich-Ebert-Stiftung und Konrad-Adenauer-Stiftung mit politischen Partnern in Entwicklungsländern*, Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum.

Kuckartz, Udo (2010): *Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten*, 3., aktualisierte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.

Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.

Mohr, Alexander (2010): *The German Political Foundations as Actors in Democracy Assistance*, Dissertation.com, Boca Raton, Florida.

Pogorelskaja, Swetlana W. (2009): *Frei von Zwängen der Tagespolitik. Die deutschen politischen Stiftungen im Ausland*, Peter Lang GmbH Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main.

Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2008): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München.

Sandschneider, Eberhard (1995): *Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung*, Leske + Budrich, Opladen.

Schmitter, Philippe C. (1993): *Some Propositions about Civil Society and the Consolidation of Democracy*, Institut für Höhere Studien (IHS) Wien, Reihe Politikwissenschaft No. 10.

Strachwitz, Rupert Graf (2010): *Die Stiftung – ein Paradox? Zur Legitimität von Stiftungen in einer politischen Ordnung*, Maecenata Schriften, Lucius Lucius, Stuttgart.

Tora, Bjarte/Namshir, Tsolmontuya (2011): *Political Party Reform. Assessment Report*, Ulaanbaatar.

von Vieregge, Henning (1977): *Parteistiftungen. Zur Rolle der Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Friedrich-Naumann- und Hanns-Seidel-Stiftung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Walderauch, Harald (1996): *Was heißt demokratische Konsolidierung? Über einige theoretische Konsequenzen der europäischen Regimewechsel*, Institut für Höhere Studien (IHS) Wien, Reihe Politikwissenschaft No. 36.

Wiesendahl, Elmar (1998): *Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden.

Welffen, Brigitte (2009): *Entstehungsbedingungen von Demokratien. Interne und externe Einflüsse im Vergleich*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Wisotzki, Marion/Käppeli, Erna/von Waldenfels, Ernst (2010): *Mongolei. Unterwegs im Land der Nomaden*, 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage, Trescher Verlag, Berlin.

### **Beiträge aus Sammelbänden**

Bartsch, Sebastian (1998): *Political Foundations: Linking World of Foreign Policy and Transnationalism*, in: Eberwein, Wolf-Dieter/Kaiser, Karl: *Germany's New Foreign Policy. Decision-Making in an Interdependent World*, R. Oldenburg Verlag, München, S. 206-219.

Bartsch, Sebastian (2007): *Politische Stiftungen*, in: Schmidt, Siegmar/Hellmann, Gunther/Wolff, Reinhard (Hrsg.): *Handbuch zu deutschen Außenpolitik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 280-289.

Gosewinkel, Dieter/Rucht, Dieter/van den Daele, Wolfgang/Kocka, Jürgen (2004): *Einleitung: Zivilgesellschaft – national und transnational*, in: ders. (Hrsg.): *Zivilgesellschaft – national und transnational*, WZB Jahrbuch 2003, edition sigma, Berlin, S. 11-26.

Lüdemann, Christian (2001): *Politische Partizipation, Anreize und Ressourcen. Ein Test verschiedener Handlungsmodelle und Anschlußtheorien am ALLBUS 1998*, in: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): *Blickpunkt Gesellschaft. Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*. Leske + Budrich, Opladen, S. 43-71.

Mair, Stefan (2000): *Germany's Stiftungen and Democracy Assistance: Comparative Advantages, New Challenges*, in: Burnell, Peter (Hrsg.): Democracy Assistance. International Co-operation for Democratization, Frank Cass, London, S. 128-149.

Maier, Hans (2004): *Demokratie braucht politische Bildung*, in: Breit, Gotthardt/ Schiele, Siegfried (Hrsg.): Demokratie braucht politische Bildung, Wochenschau Verlag, Schwalbach / Ts., S. 11-26.

Merkel, Wolfgang (2011): *Systemtransformation: Konsolidierung und Qualität der Demokratie*, in: Grotz, Florian/Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Regierungssysteme in Mittel- und Osteuropa. Die neuen EU-Staaten im Vergleich, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden, S. 27-46.

Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2005): *ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion*, in: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung, 2. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 71-93.

Schiele, Siegfried (2004): *Demokratie braucht politische Bildung*, in: Breit, Gotthardt/ders. (Hrsg.): Demokratie braucht politische Bildung, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., S. 1-10.

Schmitter, Philippe C. (1998): *Some basic assumptions about the consolidation of democracy*, in: Inoguchi, Takashi/Newman, Edward/Keane, John (Hrsg.): The changing nature of democracy, United Nations University Press, Tokyo/New York/Paris, S. 23-36.

van Deth, Jan W. (2009): *Politische Partizipation*, in: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch, VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, S. 141-161.

Veen, Hans-Joachim (2007): *Die Bedeutung politischer Parteien für Demokratie und Demokratisierung*, in: Wahlers, Gerhard/Grabow, Karsten (Hrsg.): Parteien und Demokratie. Beiträge der Internationalen Fachkonferenz zum KAS-Demokratiereport 2007, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin, S. 25-36.

Webb, Paul D. (2007): *Parteien in jungen Demokratien: Aktuelle Forschungsbefunde*, in: Wahlers, Gerhard/Grabow, Karsten (Hrsg.): Parteien und Demokratie. Beiträge der Internationalen Fachkonferenz zum KAS-Demokratiereport 2007, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin, S. 51-63.

Wehner, Michael (2004): *Über Sinn und Unsinn von Lernevents in der politischen Bildung oder „Nichts überzeugender als das eigene Erleben“*, in: Breit, Gotthardt/Schiele, Siegfried

(Hrsg.): Demokratie braucht politische Bildung, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., S. 305-325.

### **Zeitschriftenbeiträge**

Adam, Erfried (1993): *Friedrich-Ebert-Stiftung – Demokratie und soziale Gerechtigkeit*, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 34 mo. 4 (1993), S. 92-93.

Barkmann, Udo B. (2012): *Die Mongolei und ihre dritten Nachbarn*, pmg Denkwürdigkeiten Nr. 79, S. 7-17.

Bauer, Friederike (2012): *Wenn Politik ganz nahe kommt. Ohne die aktive Teilhabe von mündigen Bürgern kann keine Demokratie wachsen und keine nachhaltige Entwicklung entstehen*, in: akzente 01/2012, Magazin der GIZ, S. 10-23.

Böhler, Werner (2005): *Die Rolle der politischen Stiftungen in der deutschen Entwicklungspolitik*, in: KAS-AI 6/05, S. 4-14.

Catón, Matthias/Steltemeier, Rolf (2008): *Deutsche Akteure in der internationalen Politik. Funktionsmöglichkeiten und –grenzen bei Demokratisierung und Institutionenaufbau*, Zeitschrift für Politikberatung ZPB 1 (2008) 3/4, S. 383-399.

Gaiser, Wolfgang/Krüger, Winfried/de Rijke, Johann (2009): *Demokratielernen durch Bildung und Partizipation*, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45/2009, S. 39-46.

Hildebrand, Ernst/Optenhögel, Uwe (2001): *Mediatoren in einer entgrenzten Welt. Zur außenpolitischen Rolle der politischen Stiftungen*, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 1/2011, S. 165-172.

Johannen, Uwe/von Brentano, Dorothee (1993): *Friedrich-Naumann-Stiftung – Das Prinzip der Freiheit verwirklichen*, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 34 mo. 4 (1993), S. 94-95.

Merkel, Angela (2006): *Wertekonferenz der CDU Deutschlands. Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Bundeskanzlerin Angela Merkel*, in: Union in Deutschland, Nummer 7, 6. März 2006.

Pogorelskaja, Swetlana (2002a): *Die parteinahen Stiftungen als Akteure und Instrumente der deutschen Außenpolitik*, in: aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7, S. 29-38.

Pogorelskaja, Swetlana (2002b): *Die parteinahen politischen Stiftungen und die Deutschlandpolitik*, in: Deutschland Archiv, 3/2002, S. 401-412.

Rey, Johannes/Davaasuren, Buyantogtoch/Höhlein, Carolin (2011): *Die Mongolei am Scheideweg. Grundlagen und Perspektiven*, pmg Denkwürdigkeiten Nr. 76, S. 8-14.

Schedler, Andreas (1998): *What is Democratic Consolidation?*, Journal of Democracy 9.2 (1998), S. 91-107.

Schmitter, Philippe C./Santiso, Javier (1998): *Three Temporal Dimensions to the Consolidation of Democracy*, International Political Science Review (1998), Vol. 19, No. 1, S. 69-92.

Schneider, Herbert (1999): *Bürgerkultur und politische Bildung. Siegfried Schiele zum 60. Geburtstag*, in: Der Bürger im Staat, 49. Jahrgang, Heft 3, S. 165-168.

Stratfor (2012): *Obstacles to Investing in Mongolian Mining*, Stratfor Global Intelligence, Geopolitical Weekly.

## **Internetquellen**

Adam, Erfried (2002): *Gesellschaftliche Transformationsprozesse in unterentwickelten Ländern*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Das mühsame Geschäft der Demokratisierung: Konzepte und Erfahrungen aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Materialien zur Praxis der Entwicklungszusammenarbeit; 4, Elektronische Ressource, abrufbar unter: <http://library.fes.de/fulltext/iez/01385toc.htm>, letzter Aufruf am 20.06.2012.

Asia Foundation (2009): *Mongolia Voter Education Survey*, abrufbar unter: <http://asiafoundation.org/resources/pdfs/MongoliaVoterEducationSurveyEng.pdf>, letzter Aufruf am 12.09.2012.

Asia Foundation (o.J.): *Strengthening Governance in Mongolia*, abrufbar unter: <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/apcity/unpan005116.pdf>, letzter Aufruf am 13.09.2012.

Auswärtiges Amt (2012): *Mongolei. Grundlinien der Außenpolitik*, abrufbar unter: [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Mongolei/Aussenpolitik\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Mongolei/Aussenpolitik_node.html), letzter Aufruf am 12.09.2012.

Bertelsmann Stiftung (2012): *BTI 2012. Mongolia Country Report*, abrufbar unter: <http://www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2012/pdf/BTI%202012%20Mongolia.pdf>, letzter Aufruf am 9.10.2012.

Bormann, Renate (2012): *30 Jahre diplomatische Beziehungen Deutschland – Mongolei*, abrufbar unter: <http://www.mongolei.de/berichte/beziehungen.htm>, letzter Aufruf am 08.10.2012.

Botschaft Ulan Bator (2009): *Jahreswirtschaftsbericht Mongolei*, abrufbar unter:  
<http://www.germanglobaltrade.de/downloads/jahreswirtschaftsberichtmongolei2009.pdf>, letzter Aufruf am 29.09.2012.

Braun, Sebastian (2011): *Die Mongolei: Stand und Perspektiven von Demokratie und Marktwirtschaft*, Hintergrundpapier der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Nr. 12/2011, abrufbar unter: [http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2012/3541/pdf/N\\_12\\_Die\\_Mongolei\\_Stand\\_und\\_Perspektiven\\_von\\_Demokratie\\_und\\_Marktwirtschaft.pdf](http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2012/3541/pdf/N_12_Die_Mongolei_Stand_und_Perspektiven_von_Demokratie_und_Marktwirtschaft.pdf), letzter Aufruf am 29.08.2012.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2010): *Politische Stiftungen*, abrufbar unter: [http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/wege/bilaterale\\_ez/akteure\\_ez/polstiftungen/index.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/bilaterale_ez/akteure_ez/polstiftungen/index.html), letzter Aufruf am 04.07.2012.

Bundespräsidialamt (2012): *Bundespräsident Joachim Gauck beim Staatsbankett zu Ehren des Präsidenten der Mongolei, Herrn Tsakhia Elbegdorj, am 29. März 2012 in Schloss Bellevue*, abrufbar unter: [http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2012/03/120329-Mongolei-Staatsbankett.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2012/03/120329-Mongolei-Staatsbankett.pdf?__blob=publicationFile), letzter Aufruf am 21.08.2012.

Bundesregierung (2011): *Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Parlament der Mongolei*, abrufbar unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2011/10/2011-10-13-rede-parlament-mongolei.html>, letzter Aufruf am 21.08.2012.

Bundeszentrale für politische Bildung (2003): *Politische Stiftungen*, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/nachschatzen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40359/politische-stiftungen?p=all>, letzter Aufruf am 27.06.2012.

Bundeszentrale für politische Bildung (o.J. (a)): *Politische Beteiligung/Politische Partizipation*, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/nachschatzen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40354/politische-beteiligung-politische-partizipation>, letzter Aufruf am 28.05.2012.

Bundeszentrale für politische Bildung (o.J. (b)): *Politische Kultur*, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/nachschatzen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40357/politische-kultur?p=all>, letzter Aufruf am 26.06.2012.

Catón, Matthias (2007): *Effective Party Assistance. Stronger Parties for Better Democracy*, International Institute for Democracy and Electoral Assistance, Policy Paper, abrufbar unter: [http://www.idea.int/publications/effective\\_party\\_assistance/upload/Effective\\_party\\_pol\\_paper\\_final\\_lowres.pdf](http://www.idea.int/publications/effective_party_assistance/upload/Effective_party_pol_paper_final_lowres.pdf), letzter Aufruf am 25.08.2012.

CDU (2001): *Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, 14. Parteitag der CDU Deutschlands, 2. – 4. Dezember 2001 in Dresden*, abrufbar unter: [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Bundesparteitage/2001-12-02-04\\_Bericht\\_14.Parteitag\\_Dresden.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Bundesparteitage/2001-12-02-04_Bericht_14.Parteitag_Dresden.pdf), letzter Aufruf am 13.09.2012.

Central Intelligent Agency US (2012): *Mongolia*, abrufbar unter: [https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/countrytemp-late\\_mg.html](https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/countrytemp-late_mg.html), letzter Aufruf am 31.08.2012.

Chogdon, Oyungerel/Tsogtsaikhan, Uyanga/Treydte, Klaus-Peter (2012): *Zwischen „Boom und Frust“. Parlamentswahlen in der Mongolei im Juni 2012*, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/09171-20120618.pdf>, letzter Aufruf am 21.08.2012.

Davaasuren, Buyantogtoch/Höhlein, Carolin (2011): *Daten und Fakten zur Mongolei*, abrufbar unter: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_5273-1442-1-30.doc?111203111800](http://www.kas.de/wf/doc/kas_5273-1442-1-30.doc?111203111800), letzter Aufruf am 12.09.2011.

Detjen, Joachim (2002): *Leitbilder der Demokratieerziehung: Reflektierte Zuschauer – interventionsfähige Aktivbürger*, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/130030/leitbilder-der-demokratie-erziehung-reflektierte-zuschauer-interventionsfaehige-buerger-aktivbuerger>, letzter Aufruf am 22.08.2012.

Europäische Kommission (2011): *Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Rahmenabkommens über umfassende Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Mongolei*, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUri-Serv.do?uri=COM:2011:0117:FIN:DE:HTML>, letzter Aufruf am 13.09.2012.

Freedom House (2012): *Freedom in the World 2012 – Mongolia*, abrufbar unter: <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2012/mongolia>, letzter Aufruf am 21.08.2012.

Friedrich-Ebert-Stiftung (2002): *Das mühsame Geschäft der Demokratisierung: Konzepte und Erfahrungen aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Materialien zur Praxis der Entwicklungszusammenarbeit*; 4, Elektronische Ressource, abrufbar unter: <http://library.fes.de/fulltext/iez/01385toc.htm>, letzter Aufruf am 20.06.2012.

Friedrich-Ebert-Stiftung (1996): *Satzung*, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/03179.pdf>, letzter Aufruf am 27.06.2012.

Friedrich-Ebert-Stiftung (2011): *Jahresbericht 2010. Einblicke 2011*, abrufbar unter: [http://www.fes.de/inhalt/Dokumente\\_2011/110621\\_FES\\_JB2010\\_Web.pdf](http://www.fes.de/inhalt/Dokumente_2011/110621_FES_JB2010_Web.pdf), letzter Aufruf am 01.07.2012.

Friedrich-Ebert-Stiftung (2012a): *Organigramm*, abrufbar unter: [http://www.fes.de/inhalt/Dokumente\\_2012/12\\_06\\_01\\_Organigramm.pdf](http://www.fes.de/inhalt/Dokumente_2012/12_06_01_Organigramm.pdf), letzter Aufruf am 27.06.2012.

Friedrich-Ebert-Stiftung (2012b): *AdsD – Archiv der sozialen Demokratie*, abrufbar unter: [http://www.fes.de/archiv/adssd\\_neu/index.htm](http://www.fes.de/archiv/adssd_neu/index.htm), letzter Aufruf am 01.07.2012.

Friedrich-Ebert-Stiftung (2012c): *Politische Bildung*, abrufbar unter: [http://www.fes.de/sets/s\\_fes\\_d.htm](http://www.fes.de/sets/s_fes_d.htm), letzter Aufruf am 02.07.2012.

Friedrich-Ebert-Stiftung (o.J.): *Über die FES*, abrufbar unter: [http://www.fes.de/sets/s\\_stif.htm](http://www.fes.de/sets/s_stif.htm), letzter Aufruf am 01.07.2012.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (2007): *Satzung*, abrufbar unter: [http://www.freihheit.org/files/62/Die\\_Satzung-10.09.2007.pdf](http://www.freihheit.org/files/62/Die_Satzung-10.09.2007.pdf), letzter Aufruf am 27.06.2012.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (2010): *Grundsatz und Forschung in der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*, abrufbar unter: <http://www.freihheit.org/Grundsatz-und-Forschung/68c794i59/index.html>, letzter Aufruf am 01.07.2012.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (2012a): *Organigramm*, abrufbar unter: [http://www.freihheit.org/files/62/11.05.12\\_Organigramm\\_FNF2012.pdf](http://www.freihheit.org/files/62/11.05.12_Organigramm_FNF2012.pdf), letzter Aufruf am 27.06.2012.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (2012b): *Jahresbericht 2011. Weltweit engagiert. Für die Freiheit*, abrufbar unter: <http://www.freihheit.org/files/62/FNF-Jahresbericht2011.pdf>, letzter Aufruf am 01.07.2012.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (2012c): *10 Jahre Virtuelle Akademie*, abrufbar unter: [http://virtuelle-akademie.de/webcom/show\\_article.php?wc\\_c=41246&wc\\_id=1](http://virtuelle-akademie.de/webcom/show_article.php?wc_c=41246&wc_id=1), letzter Aufruf am 03.07.2012.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (o.J.(a)): *Geschichte*, abrufbar unter: <http://www.freihheit.org/Geschichte-Grundsaetze-Aufgaben/35c49/index.html>, letzter Aufruf am 26.06.2012.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (o.J.(b)): *Politische Bildung und Begabtenförderung*, abrufbar unter: <http://www.freihheit.org/Politische-Bildung-und-Begabtenförderung/847c10689i18/index.html>, letzter Aufruf am 02.07.2012.

Garido, Diego (2003): *Die defekte Demokratie in Südamerika*, Arbeitshefte des Lateinamerika-Zentrums, Nr. 85, abrufbar unter: <http://www.cibera.de/fulltext/2/2967/CeLA/publik/Ah/ArbHeft85.pdf>, letzter Aufruf am 28.08.2012.

Gonzalez-Acosta, Edward (2009): *Political Parties and Policy Development: The conditions which lead political parties to adopt progressive policies*, Discussion Paper 15, UNDP Oslo Governance Center, abrufbar unter: <http://www.idea.int/resources/analysis/upload/DP-15-Political-Parties-Final.pdf>, letzter Aufruf am 25.08.2012.

Hanns-Seidel-Stiftung (2011): *Satzung*, abrufbar unter: [http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/110101\\_HSS-Satzung.pdf](http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/110101_HSS-Satzung.pdf), letzter Aufruf am 27.06.2012.

Hanns-Seidel-Stiftung (2012a): *Organigramm*, abrufbar unter: [http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/120101\\_Organigramm.pdf](http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/120101_Organigramm.pdf), letzter Aufruf am 27.06.2012.

Hanns-Seidel-Stiftung (2012a): *Jahresbericht 2011. Eine Leistungsbilanz*, abrufbar unter: [http://www.hss.de/uploads/tx\\_ddceventsbrowser/JB-2011.pdf](http://www.hss.de/uploads/tx_ddceventsbrowser/JB-2011.pdf), letzter Aufruf am 01.07.2012.

Hanns-Seidel-Stiftung (o.J.(a)): *Wir über uns – der Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung*, abrufbar unter: <http://www.hss.de/stiftung.html>, letzter Aufruf am 01.07.2012.

Hanns-Seidel-Stiftung (o.J.(b)): *Geschichte*, abrufbar unter: <http://www.hss.de/stiftung/ge schichte.html>, letzter Aufruf am 26.06.2012.

Hanns-Seidel-Stiftung (o.J.(c)): *Standorte*, abrufbar unter: <http://www.hss.de/stiftung/standorte.html>, letzter Aufruf am 02.07.2012.

Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung (2010): *Politik Denken. Die Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung*, abrufbar unter: [http://www.kas.de/upload/dokumente/pub/PuB\\_Imageheft.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/pub/PuB_Imageheft.pdf), letzter Aufruf am 22.08.2012.

Heinrich-Böll-Stiftung (2007): *Satzung der Heinrich-Böll-Stiftung*, abrufbar unter: <http://www.boell.de/stiftung/struktur/struktur-309.html>, letzter Aufruf am 27.06.2012.

Heinrich-Böll-Stiftung (2011): *Für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte. Die Heinrich-Böll-Stiftung und ihre 16 Landesstiftungen*, abrufbar unter: [http://www.boell.de/downloads/Broschuere\\_Landesstiftungen\\_11\\_screen.pdf](http://www.boell.de/downloads/Broschuere_Landesstiftungen_11_screen.pdf), letzter Aufruf am 02.07.2012.

Heinrich-Böll-Stiftung (2012a): *Organigramm*, abrufbar unter: [http://www.boell.de/downloads/stiftung/Organigramm\\_der\\_Heinrich-Boell-Stiftung.pdf](http://www.boell.de/downloads/stiftung/Organigramm_der_Heinrich-Boell-Stiftung.pdf), letzter Aufruf am 27.06.2012.

Heinrich-Böll-Stiftung (2012b): *Jahresbericht 2011*, abrufbar unter: [http://www.boell.de/downloads/Endf\\_Jahresbericht2011\\_kommentierbar.pdf](http://www.boell.de/downloads/Endf_Jahresbericht2011_kommentierbar.pdf), letzter Aufruf am 01.07.2012.

Heinrich-Böll-Stiftung (o.J.(a)): *Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung*, abrufbar unter: <http://www.boell.de/stiftung/ueber-uns-519.html>, letzter Aufruf am 01.07.2012.

Heinrich-Böll-Stiftung (o.J.(b)): *Geschichte der Heinrich-Böll-Stiftung*, abrufbar unter: <http://www.boell.de/stiftung/geschichte/geschichte.html>; letzter Aufruf am 26.06.2012.

Heinrich-Böll-Stiftung (o.J.(c)): *Archiv Grünes Gedächtnis*, abrufbar unter: <http://www.boell.de/stiftung/archiv/archiv.html>, letzter Aufruf am 01.07.2012.

Hussy, Walter (2008): *Qualitative Methoden: Analysemethoden: Hermeneutik, Kodierung, Inhaltsanalyse, Typenbildung*, abrufbar unter: [http://www.uni-due.de/imperia/md/content/dokforum/analysemethoden\\_qualnetz\\_5.pdf](http://www.uni-due.de/imperia/md/content/dokforum/analysemethoden_qualnetz_5.pdf), letzter Aufruf am 26.09.2012.

International Republican Institute (2012a): *Mongolia*, abrufbar unter: <http://www.iri.org/countries-and-programs/asia/mongolia>, letzter Aufruf am 13.09.2012.

International Republican Institute (2012b): *Mongolia Post-Election Watch: June 2012 Parliamentary Elections*, abrufbar unter: <http://e2.ma/webview/yqskc/6dade-dcac962d8e4d742919dfb32ca35>, letzter Aufruf am 13.09.2012.

Internet World Stats (2010): *Mongolia. Internet usage, broadband and telecommunications reports*, abrufbar unter: <http://www.internetworldstats.com/asia/mn.htm>, letzter Aufruf am 17.09.2012.

KfW Entwicklungsbank (2012): *Landesinformation Mongolei – zwischen Steppe und Stadt*, abrufbar unter: [http://www.kfw-entwicklungsbank.de/ebank/DE\\_Home/Laender\\_und\\_Programme/Asien/Mongolei/Landesinformation.jsp](http://www.kfw-entwicklungsbank.de/ebank/DE_Home/Laender_und_Programme/Asien/Mongolei/Landesinformation.jsp), letzter Aufruf am: 05.09.2012.

Klein, Ansgar (o.J.): *Der Staat, der die Zivilgesellschaft stärkt, stärkt sich selbst*, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, abrufbar unter: [http://www.b-b-e.de/uploads/media/nl0702\\_zivilgesellschaft\\_klein\\_01.pdf](http://www.b-b-e.de/uploads/media/nl0702_zivilgesellschaft_klein_01.pdf), letzter Aufruf am 29.08.2012.

Klie, Thomas (2011): *Zivilgesellschaft – mehr als Dritter Sektor*, Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung, abrufbar unter: <http://www.zze-freiburg.de/assets/pdf/Unser-Verstaendnis-von-Zivilgesellschaft-zze.pdf?PHP-SESSID=dab57b22f391d761910d0eacd38c5281>, letzter Aufruf am 2.06.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2005): *Jahresbericht 2004*, abrufbar unter: <http://www.kas.de/upload/dokumente/jahresbericht2004/PB.pdf>, letzter Aufruf am 03.07.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2007): *Über uns: Leitlinien*, abrufbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/71.4972/>, letzter Aufruf am 01.07.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2010a): *Geschichte*, abrufbar unter:  
<http://www.kas.de/wf/de/71.3716/>, letzter Aufruf am 26.06.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2010b): *Finanzierung*, abrufbar unter:  
<http://www.kas.de/wf/de/71.3712/>, letzter Aufruf am 29.06.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2011a): *Satzung in der Fassung vom 9. Juli 2010*, abrufbar unter:  
<http://www.kas.de/wf/de/71.3711/>, letzter Aufruf am 27.06.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2011b): *Bildungswerke und Bildungszentren*, abrufbar unter:  
<http://www.kas.de/wf/de/42.51/>, letzter Aufruf am 02.07.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2011c): *Büros weltweit*, abrufbar unter:  
<http://www.kas.de/wf/de/71.4782/>, letzter Aufruf am 04.07.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2012a): *Organigramm*, abrufbar unter: <http://www.kas.de/upload/stiftung/orgstiftung.pdf>, letzter Aufruf am 27.06.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2012b): *Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, abrufbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/42.7/>, letzter Aufruf am 01.07.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2012c): *Jahresbericht 2011. Einblicke 2012*, abrufbar unter:  
[http://www.kas.de/upload/dokumente/jahresbericht2011/KAS\\_JB2011.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/jahresbericht2011/KAS_JB2011.pdf), letzter Aufruf am 01.07.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2012d): *Hauptabteilung Politik und Beratung*, abrufbar unter:  
<http://www.kas.de/wf/de/42.6/>, letzter Aufruf am 22.08.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung (o.J.): *Dokumentationsprofil. Archiv für christlich – demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*, abrufbar unter:  
<http://www.kas.de/upload/ACDP/Dokumentationsprofil.pdf>, letzter Aufruf am 14.09.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung – Auslandsbüro Mongolei (2011): *Partner. Akademie für Politische Bildung – Mongolei*, abrufbar unter: <http://www.kas.de/mongolei/de/about/partners/>, letzter Aufruf am 15.09.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung – Auslandsbüro Mongolei (2012a): *Über uns*, abrufbar unter:  
<http://www.kas.de/mongolei/de/about/>, letzter Aufruf am 06.09.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung – Auslandsbüro Mongolei (2012b): *Es gibt kein Ende der Demokratisierung*, abrufbar unter: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_6512-1442-1-30.pdf?120423103418](http://www.kas.de/wf/doc/kas_6512-1442-1-30.pdf?120423103418), letzter Aufruf am 06.09.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (Hrsg.) (1998): *Gemeinsame Erklärung*, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/03178.pdf>, letzter Aufruf am 27.06.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Rosa-Luxemburg-Stiftung (2011): *Die Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen in Deutschland*, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/fes/08263.pdf>, letzter Aufruf am 07.06.2012.

Kumpf, Ute (2012): *Delegation mongolischer Entscheidungsträger aus dem Bergbauktor trifft Ute Kumpf zum Thema „Corporate Social Responsibility in der Praxis“ in Berlin und Stuttgart*, abrufbar unter: <http://www.ute-kumpf.de/aktuelles/archive/2012/june/article/delegation-mongolischer-bergbauunternehmer-trifft-ute-kumpf-zum-thema-corporate-social-responsibili/62.html>, letzter Aufruf am 19.09.2012.

Landmann, Todd/Larizza, Marco/McEvoy, Claire (2005): *State of Democracy in Mongolia. A Desk Study*, abrufbar unter: <http://www.idea.int/democracy/upload/sodMongolia05.pdf>, letzter Aufruf am 21.08.2012.

Merkel, Wolfgang/Petrin, Alexander (2011): *Demokratie in Deutschland – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. Partizipation und Inklusion*, Artikel zur Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Demokratie in Deutschland 2011“, abrufbar unter: [http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Partizipation\\_und\\_Inklusion.pdf](http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Partizipation_und_Inklusion.pdf), letzter Aufruf am 10.06.2012.

Müller, Ragnar (o.J.): *Aufgaben und Ziele politischer Bildung*, abrufbar unter: [http://www.online-dissertation.de/politische\\_bildung/aufgaben\\_ziele.htm](http://www.online-dissertation.de/politische_bildung/aufgaben_ziele.htm), letzter Aufruf am 22.08.2012.

Nationmaster (2012): *Mongolia. Age distribution*, abrufbar unter: [http://www.nationmaster.com/country/mg-mongolia/Age-\\_distribution](http://www.nationmaster.com/country/mg-mongolia/Age-_distribution), letzter Aufruf am 06.10.2012.

President of Mongolia (2009): *Procedures for Citizens` Hall under the President of Mongolia*, abrufbar unter: <http://www.president.mn/eng/civilHall/civil-hall-procedures.php>, letzter Aufruf am 07.09.2012.

President of Mongolia (o.J.): *Elbegdorj Tsakhia, President of Mongolia*, abrufbar unter: <http://www.president.mn/eng/president/biography.php>, letzter Aufruf am 11.09.2012.

Probst, Manuel (2011): *Mongolei – in Zukunft ein zweites Abu Dhabi?*, abrufbar unter: <http://www.exportmanager-online.de/archiv/142/mongolei-in-zukunft-ein-zweites-abu-dhabi>, letzter Aufruf am 06.09.2012.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (2007): *Satzung*, abrufbar unter: [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/stiftung/Satzung\\_RLS\\_0712.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/stiftung/Satzung_RLS_0712.pdf), letzter Aufruf am 27.06.2012.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (2012a): *Organigramm*, abrufbar unter: [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/stiftung/Organigramm\\_01\\_06\\_12.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/stiftung/Organigramm_01_06_12.pdf), letzter Aufruf am 27.06.2012.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (2012b): *Archiv und Bibliothek*, abrufbar unter: <http://www.rosalux.de/archiv/archiv-und-bibliothek.html>, letzter Aufruf am 01.07.2012.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (2012c): *Stipendienprogramm*, abrufbar unter: <http://www.rosalux.de/studienwerk/stipendienprogramm.html>, letzter Aufruf am 01.07.2012.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (2012d): *Jahresbericht 2011*, abrufbar unter: [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/stiftung/RLS\\_JB\\_2011\\_Web.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/stiftung/RLS_JB_2011_Web.pdf), letzter Aufruf am 04.07.2012.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (o.J.(a)): *Stiftung*, abrufbar unter: <http://www.rosalux.de/stiftung.html>, letzter Aufruf am 01.07.2012.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (o.J.(b)): *Landesstiftungen*, abrufbar unter: <http://www.rosalux.de/nc/stiftung/landesstiftungen.html>, letzter Aufruf am 02.07.2012.

Schnorr-Bäcker, Susanne (2006): *Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien in Deutschland. Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft*, herausgegeben von: Statistisches Bundesamt, abrufbar unter: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Informationsgesellschaft/Moderneinfokommunikation.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Informationsgesellschaft/Moderneinfokommunikation.pdf?__blob=publicationFile), letzter Aufruf am 17.09.2012.

State Great Hural of Mongolia (2012): *Who´s who?*, abrufbar unter: <http://www.parliament.mn/new/en/whoswho>, letzter Aufruf am 31.08.2012.

The Heritage Foundation (2012): *2012 Index of Economic Freedom - Mongolia*, abrufbar unter: <http://www.heritage.org/index/country/mongolia>, letzter Aufruf am 21.08.2012.

Transparency International Deutschland e.V. (2012): *Corruption Perceptions Index 2011*, abrufbar unter: <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.2021.0.html>, letzter Aufruf am 31.08.2012.

Tschätzsch, Julia/Blank, Florian (2009): *Was sind Parteien? – Bedeutung und Funktionen*, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42035/was-sind-parteien?p=all>, letzter Aufruf am 24.08.2012.

UN agency for information and communication technologies (ITU) (2010): *UA Programm in Mongolia*, abrufbar unter: [http://www.itu.int/ITU-D/asp/CMS/Events/2010/Thailand-Broadband/Session4\\_Nurgul\\_Chaimardaan.pdf](http://www.itu.int/ITU-D/asp/CMS/Events/2010/Thailand-Broadband/Session4_Nurgul_Chaimardaan.pdf), letzter Aufruf am 17.09.2012.

UN agency for information and communication technologies (ITU) (2011): *Measuring the Information Society 2011. Executive Summary*, abrufbar unter: <http://www.itu.int/ITU-D/ict/publications/idi/material/2011/MIS2011-ExceSum-E.pdf>, letzter Aufruf am 17.09.2012.

United Nations Development Programme Mongolia (2012): *New UNDP project to promote youth empowerment through civic education*, abrufbar unter: <http://www.undp.mn/news130412.html>, letzter Aufruf am 13.09.2012.

United States Agency for International Development (2010): *Executive Summary – Mongolia Democracy and Governance Assessment*, abrufbar unter: <http://mongolia.usaid.gov/wp-content/uploads/Mongolia-DG-Assessment-Exec-Summary-FINAL-3-12-11.pdf>, letzter Aufruf am 21.08.2012.

US Agency for International Development (USAID) (2011): *Mongolia. Programm Objectives*, abrufbar unter: <http://mongolia.usaid.gov/our-work/program-areas/>, letzter Aufruf am 18.09.2012.

World Bank (2012a): *Mongolia Quarterly Economic Update – June 2012*, abrufbar unter: <http://www.worldbank.org/en/news/2012/06/25/mongolia-quarterly-economic-update-june-2012>, letzter Aufruf am 06.09.2012.

World Bank (2012b): *Data – Mongolia*, abrufbar unter: <http://data.worldbank.org/country/mongolia>, letzter Aufruf am 06.09.2012.

Zundel, Rolf (1986): *Getrennt und doch verbunden. Politische Stiftungen: Die Hilfstruppen bleiben im Vorfeld*, in: Die Zeit vom 18.07.1986, abrufbar unter: <http://pdf.zeit.de/1986/30/getrennt-und-doch-verbunden.pdf>, letzter Aufruf am 28.06.2012.

## Liste der Gesprächspartner

**Prof. Udo B. Barkmann**, Visiting Professor des Deutschen Akademischen Austauschdienstes am Institute of Mongol Studies, National University of Mongolia (schriftliche Beantwortung der Fragen)

**Radnaa Burmaa**, Parlamentsabgeordnete im Großen Staatskhural der Mongolei und Vorsitzende der NGO Voters Education Center

**Oyungerel Chogdon**, Leiterin des Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ulaanbaatar

**Buyantogtoch Davaasuren**, Projektmanager der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Mongolei

**Gerelt-Od Erdenebileg / Ph.D.**, National Projekt Manager UNDP Mongolia

**Maja Eib**, Landesbeauftragte für Thüringen und Leiterin des Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung in Erfurt

**M. Enkhbat**, Direktor der Akademie für Politische Bildung

**S. Gankhuu**, Generalsekretär der CWP / Grüne

**Dr. Ludger Gruber**, stellvertretender Hauptabteilungsleiter Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

**Ute Kumpf**, Mitglied des Deutschen Bundestages

**Dr. iur. B. Mandakhbileg**, Deputy Director European Department, Ministry of Foreign Affairs and Trade Mongolia

**Johannes D. Rey**, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ulaanbaatar

**Ts. Sarantuya**, Leiterin des Auslandsbüros der Hanns-Seidel-Stiftung in Ulaanbaatar und Richterin am Obersten Gerichtshof der Mongolei

**Chuluunbaatar Sosormaa**, Beraterin des mongolischen Staatspräsidenten für Menschenrechte und Bürgerbeteiligung

**Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Walther**, Landeskoordinator Capacity Development, National University of Mongolia, Umweltbildungszentrum (UBZ)

**Klaus Wendelberger**, Deputy Head of Mission and Counsellor, Deutsche Botschaft, Ulaanbaatar

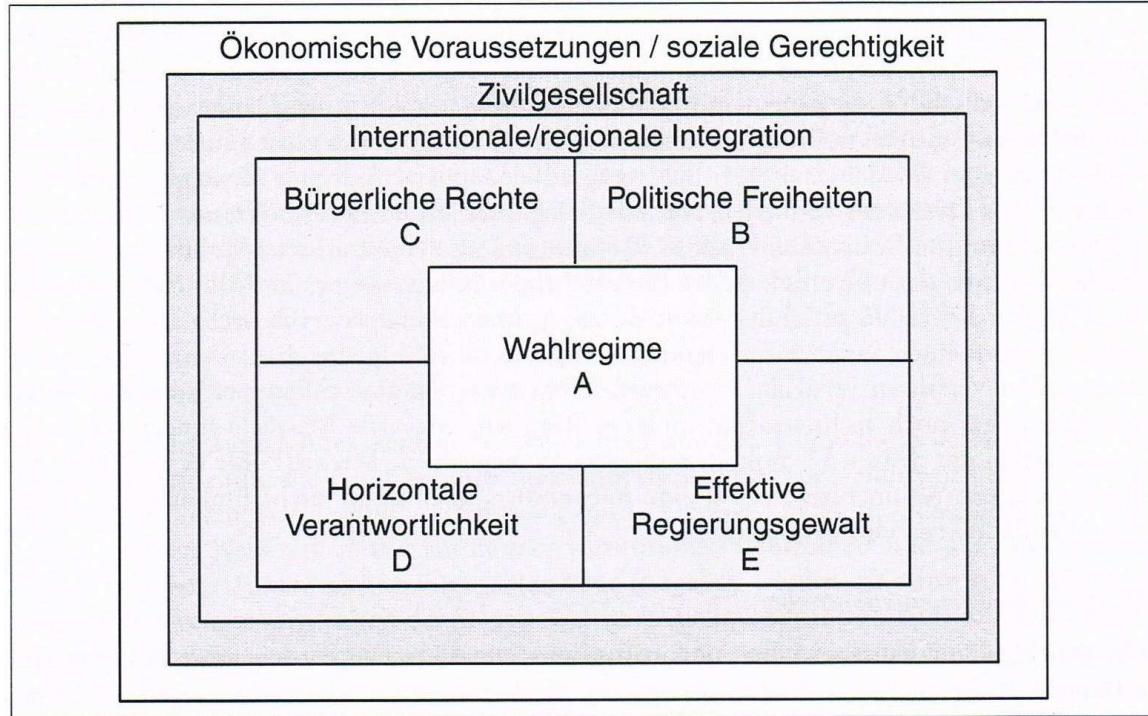
**Anhangsverzeichnis**

---

<b>Anhang 1:</b>	<i>Grafische Darstellung des Konzepts der embedded democracy</i>	IV
<b>Anhang 2:</b>	<i>Grafische Darstellung des Mehrebenenmodells der demokratischen Konsolidierung nach Wolfgang Merkel</i>	V
<b>Anhang 3:</b>	<i>Interviewleitfäden</i>	VI
<b>Anhang 4:</b>	<i>Transkriptionsregeln</i>	XIV

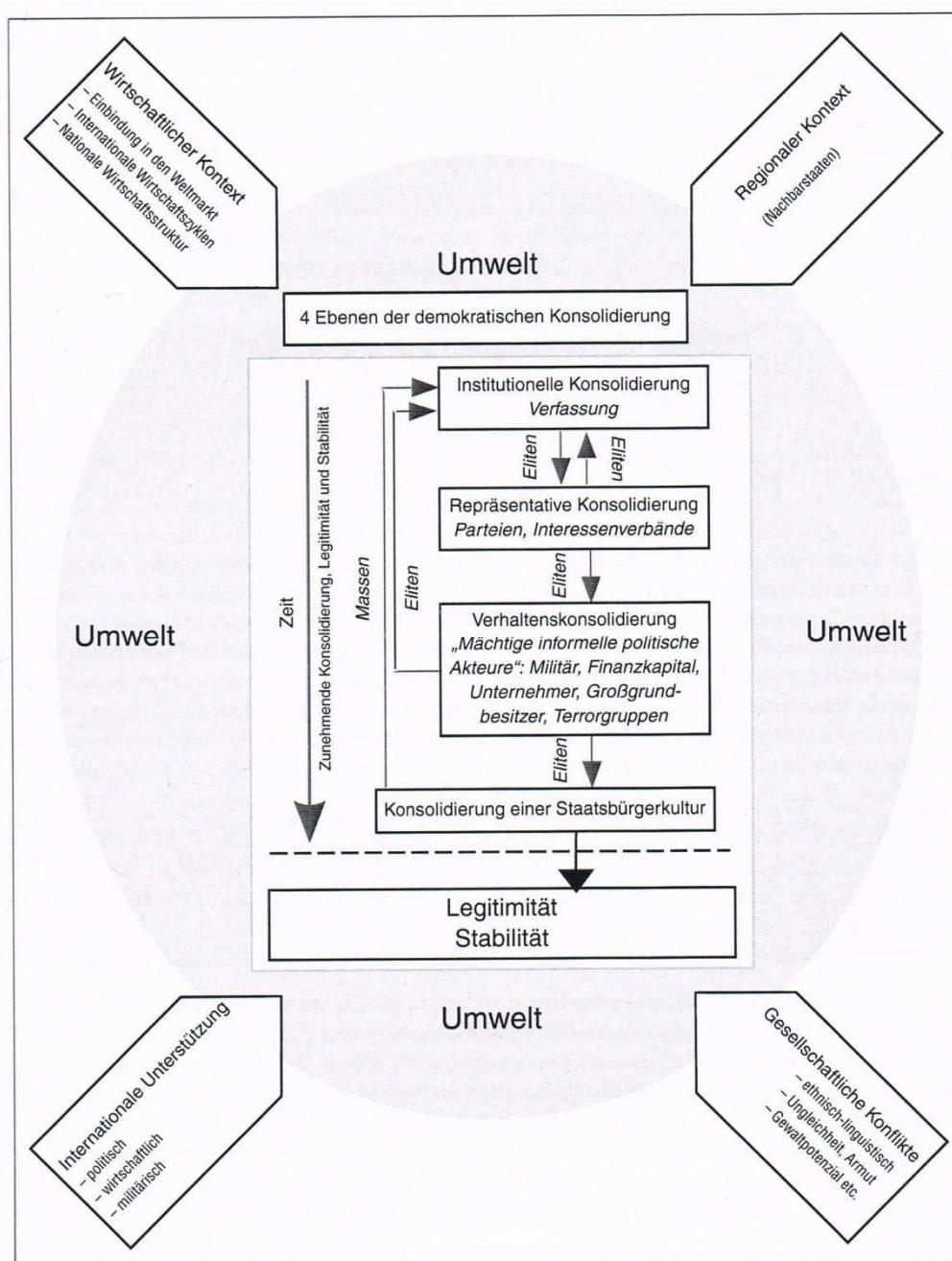
## Anhang

### Anhang 1: *Grafische Darstellung des Konzepts der embedded democracy*



Quelle: Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 31.

**Anhang 2:** *Grafische Darstellung des Mehrebenenmodells der demokratischen Konsolidierung nach Wolfgang Merkel*



Quelle: Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 111.

**Anhang 3:** Interviewleitfäden

---

**Fragen zu den Potentialen und organisatorischen Gesichtspunkten einer etwaigen mongolischen politischen Stiftung****Potentiale einer eigenen mongolischen politischen Stiftung:**

- 1) Damit die Arbeit einer politischen Stiftung nachhaltig erfolgreich sein kann, ist es wichtig, diese langfristig zu planen und abzusichern. Sehen Sie den politischen Willen und die finanziellen Möglichkeiten gegeben, dies zu erreichen?
- 2) Halten Sie es für möglich, das Interesse der Bevölkerung für ein solches Projekt zu wecken?
- 3) Wie werden Ihrer Meinung nach Angebote einer mongolischen politischen Stiftung angenommen werden?
- 4) Was sind Ihrer Meinung nach notwendige Maßnahmen, um zu verhindern, dass eine solche Stiftung ein „Elitenprojekt“ wird?
- 5) Wie wird sich Ihrer Meinung nach die Sphäre der Bürgergesellschaft durch die Angebote zur politischen Bildung durch eine eigene politische Stiftung in der Mongolei verändern? Denken Sie, dass sich eine aktiveres Partizipationskultur entwickeln oder die Zahl zivilgesellschaftlicher Organisationen steigen wird?
- 6) Denken Sie, dass eine eigene politische Stiftung die Zustimmung zur Demokratie erhöhen kann?
- 7) Deutsche Politische Stiftungen treten trotz ihrer Unabhängigkeit als Berater der ihnen nahestehenden Parteien auf (durch wissenschaftliche Expertise, Gutachten, Schulungs- und Weiterbildungsangebote). Sehen Sie diese Möglichkeit auch langfristig in Mongolei? Halten Sie es sogar für wünschenswert, dass sich ein solches Verhältnis auch in der Mongolei entwickelt? Kann eine mongolische politische Stiftung Ihrer Meinung nach zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie beitragen?
- 8) Halten Sie es für möglich, dass eine mongolische politische Stiftung zur Schärfung des Profils und der Werteorientierung der Parteien beitragen kann?
- 9) Welche Restriktionen sehen Sie für die Installation einer mongolischen politischen Stiftung? Gibt es politische Kräfte, die einem solchen Vorhaben skeptisch und ablehnend gegenüberstehen könnten?

*Fragen zur etwaigen Organisation einer eigenen mongolischen politischen Stiftung:*

- 10) Die Organisationsform der deutschen politischen Stiftungen ist die des eingetragenen Vereins (mit Ausnahme der Friedrich-Naumann-Stiftung). Vorteil dieser Organisationsform ist, dass sie der selbstständigen, autonomen und von jeder Parteibindung unabhängigen Stellung entspricht (Satzungsrecht, Vorstand). Welche in der Mongolei existente Rechtsform ist geeignet, um eine mongolische politische Stiftung zu etablieren, die ebenfalls eine autonome Konstituierung und Unabhängigkeit von anderen Institutionen ermöglicht?
- 11) Wie kann die Finanzierung einer mongolischen politischen Stiftung gestaltet werden (um deren Unabhängigkeit zu gewährleisten)? In welcher Höhe könnten schätzungsweise finanzielle Mittel für ein solches Projekt zur Verfügung gestellt werden?
- 12) An welche Partei kann eine mongolische politische Stiftung angelehnt werden? Ist es denkbar, dass zeitgleich der Ausbau zweier oder mehrerer politischer Stiftungen vorangetrieben wird (entsprechend der im Parlament vertretenen Parteien/Wider-spiegelung der verschiedenen Parteien → Pluralismus)?
- 13) Welche Themen sollen durch eine eigene mongolische politische Stiftung vorrangig abgedeckt werden? Was sehen Sie bei der derzeitigen Entwicklung des Landes als entscheidend an?
- 14) Auf welche Zielgruppe(n) muss sich eine mongolische politische Stiftung insbesondere konzentrieren?
- 15) Welche weiteren Schwerpunkte soll eine eigene mongolische politische Stiftung neben der Bildungsarbeit Ihrer Meinung nach setzen (Forschung, Studierendenförderung)?
- 16) Eine Besonderheit der Mongolei ist die nomadische Lebensweise eines Großteils der Bevölkerung. Wie müsste unter Berücksichtigung dieses Aspekts die Infrastruktur einer mongolischen politischen Stiftung beschaffen sein? Wie viele Bildungszentren sind nötig? Wo sollten diese angesiedelt sein? Sollte es „mobile“ Mitarbeiter geben? Gibt es Institutionen, auf die in diesem Zusammenhang zurückgegriffen werden kann (wie etwa die Akademie für politische Bildung)?
- 17) Welches Potential sehen Sie im Hinblick auf Soziale Medien, wie etwa Facebook, um vor allem jungen Menschen in der Mongolei anzusprechen?
- 18) Halten Sie es nach der Etablierung einer eigenen mongolischen politischen Stiftung für wünschenswert, mit den Vertretern der deutschen politischen Stiftungen vor Ort

zu kooperieren, um deren bisherige Erfahrungen für eine eigene Stiftung optimal nutzen zu können?

Abschlussfrage:

Welchen Bedarf kann Ihrer Meinung nach eine eigene mongolische politische Stiftung im Prozess der demokratischen Entwicklung der Mongolei decken?

Fragen bezüglich des Transformationsstandes / Stand der Konsolidierung der Demokratie in der Mongolei und dem aktuellen Status Quo der politischen Partizipation

- 1) Wie stabil schätzen Sie die demokratischen Institutionen in der Mongolei ein?
- 2) Erachten die politisch relevanten Akteure<sup>343</sup> diese (demokratischen Institutionen) als legitim?
- 3) Gibt es Ihrer Meinung nach in der Mongolei Akteure, die destabilisierend auf den Demokratisierungsprozess einwirken/einzuwirken versuchen? Falls ja, wie schätzen Sie deren Einflussmöglichkeiten ein?
- 4) Wie schätzen Sie den Einfluss des „neuen“ Wahlrechts auf die Entwicklung des Parteiensystems ein? Denken Sie, dass durch die Reform des Wahlrechts die Dominanz der beiden großen Parteien abnehmen wird?
- 5) Wie würden Sie die Profile / Wertorientierungen der Parteien beschreiben?
- 6) Wie beurteilen Sie die Unabhängigkeit der Gerichte / die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates?
- 7) Wie würden Sie die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung beurteilen?
- 8) Wie beurteilen Sie die Ausprägung / Effizienz des mongolischen Verbandswesens und der Gewerkschaften?
- 9) Idealerweise weicht im Rahmen eines fortschreitenden Konsolidierungsprozesses die passive Untertanenkultur<sup>344</sup> einer aktiv partizipierenden Bürgerkultur.<sup>345</sup>
  - a. Wie kann der diesbezügliche Entwicklungsprozess in der Mongolei beschrieben werden? Wie lässt sich die Situation zeitnah nach dem demokratischen Umbruch darstellen? Wie kann der Status Quo charakterisiert werden? Und welche weiteren Entwicklungsschritte sind zu erwarten?
  - b. Wie würden Sie Umfang und Verbreitung politischer Partizipation in der Mongolei einschätzen? Beschränkt sich die aktive politische Partizipation auf bestimmte gesellschaftliche Milieus (hoher Bildungsabschluss, hohes Einkommen) oder sehen Sie eine solche Beschränkung nicht?
  - c. Welche Formen der politischen Partizipation existieren in der Mongolei (neben Parteimitgliedschaft, NGOs, etc.)?

<sup>343</sup> Etwa Justizsystem, Parteien, Verwaltung, Abgeordnete, etc.

<sup>344</sup> Zwar hohe Wahlbeteiligung, aber keine aktive Beteiligung an Politik; geringes Interesse an politischen Prozessen; geringe Kooperationsbereitschaft zwischen den Bürgern, schwache Zivilgesellschaft.

<sup>345</sup> Sog. Civic Culture; Bürger engagieren sich auch außerhalb der Wahlen; lebendige Zivilgesellschaft; politische Kultur der Kommunikation / der Überzeugung; informierte Bürger, die Anforderungen an das System stellen

- d. Hat sich seit dem demokratischen Umbruch eine kritische (mediale) Öffentlichkeit herausgebildet?
- e. Inzwischen sind zahlreiche NGOs entstanden. Wie schätzen Sie deren Einflussmöglichkeiten/Druckpotential/Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ein?

Welche Themen bewegen die Menschen in der Mongolei ganz besonders und sollten von politischen Entscheidungsträgern verstärkt aufgegriffen werden?

Fragen zu: Politische Bildung, Bürgeransprache durch Parteien, partiinterne Entscheidungsprozesse

Politische Bildung durch Parteien

- 1) Welche Instrumente werden bereits von mongolischen Parteien zur Bürgeransprache eingesetzt?
- 2) Wie werden Bürger durch die Parteien über politische Themen informiert?
- 3) Welche Instrumente werden eingesetzt, um die Partizipationsbereitschaft der Bürger zu erhöhen?
- 4) Haben die Parteien personelle und finanzielle Ressourcen, um politische Bildungsmaßnahmen durchzuführen?
- 5) Eine Besonderheit der Mongolei ist die nomadische Lebensweise eines Großteils der Bevölkerung. Gibt es spezifische Instrumente / Aktivitäten der mongolischen Parteien, die auf die Erreichung und Information dieser Bevölkerungsgruppe abzielen?
- 6) Welche Potentiale sehen Sie in diesem Zusammenhang für Soziale Medien wie Facebook, um vor allem junge Menschen anzusprechen?
- 7) Welche Institutionen sind bereits in der Mongolei vorhanden, deren vornehmlicher Zweck es ist, politische Bildung zu betreiben?
- 8) Inwiefern wird diese Aufgabe innerhalb der schulischen Ausbildung übernommen?
- 9) Welchen Änderungsbedarf sehen Sie im Bereich der politischen Bildung? Welche Alternativen halten Sie für möglich und welche weiteren Optionen sehen Sie in diesem Bereich?
- 10) Könnten Sie sich vorstellen, dass Mitarbeiter / Mitglieder der Parteien den Aufbau einer mongolischen politischen Stiftung unterstützen würden?
- 11) Welche Rolle schreiben Sie den in der Mongolei vertretenen deutschen politischen Stiftungen im Rahmen der demokratischen Konsolidierung in der Mongolei zu?

Innerparteiliche Entscheidungsprozesse

- 12) Wie würden Sie die innerparteilichen Entscheidungsprozesse beschreiben? Gibt es in diesem Zusammenhang festgelegte Verfahren?
- 13) Wie funktioniert der Meinungsbildungsprozess innerhalb der Parteien? Welche Unterschiede gibt es gegebenenfalls zwischen den Parteien?
- 14) Wie erfolgt die Nominierung und Wahl von Kandidaten für die verschiedenen Parteiämter?

Fragen zu: Politische Bildung durch politische Stiftungen

- 1) Unter welchen Gesichtspunkten werden Seminare konzipiert? Welche Faktoren beeinflussen die Themenwahl und das Format? Welche Formate werden durch die Konrad-Adenauer-Stiftung angeboten?
- 2) Welche Ziele verfolgen Sie mit den von Ihnen angebotenen Bildungsveranstaltungen?
- 3) Nach welchen Kriterien erfolgt die Auswahl der Referenten? Erfolgt die Gestaltung der Seminare hauptsächlich durch „hauseigene“ Referenten oder nutzen Sie auch die Expertise und Kompetenz externer Referenten?
- 4) Erfolgt eine zielgruppenspezifische Ansprache? Welche Instrumente werden für die jeweiligen Zielgruppen gewählt? (Jugendliche, Akademiker, Nicht-Akademiker, Entscheidungsträger, etc.)
- 5) In Relation zu den Tätigkeitsfeldern der Stiftungen ist ihr Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit vergleichsweise gering. Welche Zielgruppen konnten bisher durch Ihr Bildungsangebot nicht erreicht werden? Was unternehmen Sie gegebenenfalls, um auch diese bisher nicht erreichten Gruppe anzusprechen?
- 6) Wie werden insbesondere schwierige und komplexe politische Zusammenhänge so dargestellt, dass sie auch ohne breite Vorkenntnisse verständlich sind?
- 7) Gibt es spezifische Instrumente, die die Bürger anregen sollen, ihr Engagement zu erhöhen bzw. verstärkt zu partizipieren?
- 8) Gibt es die Möglichkeit für die Besucher nach einer Veranstaltung Feedback zu dieser abzugeben? Wenn ja, wie nutzen Sie dies und versuchen es gegebenenfalls umzusetzen?
- 9) Was ist Ihrer Meinung nach ein weiteres wichtiges Tätigkeitsfeld der politischen Stiftungen zur Erhöhung des Partizipationsniveaus?
- 10) Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterhält Bildungswerke in allen Bundesländern bis auf Bayern. Wie den Medien zu entnehmen war, sollen jedoch die Bildungswerke auf Schloss Eichholz und in Wendgräben zukünftig nicht mehr durch die Konrad-Adenauer-Stiftung genutzt werden. Wie wird die Stiftung zukünftig im Bereich der politischen Bildung vorgehen? Ist es möglich, dass ein dichtes Netz an Bildungszentren durch IT-basiertes Wachstum ersetzt wird? Welche Strategien sind zukünftig denkbar?

**Anhang 4:** *Transkriptionsregeln*

---

- 1) Es wird wörtlich transkribiert, also nicht lautsprachlich oder zusammenfassend. Vorhandene Dialekte werden nicht mit transkribiert.
- 2) Die Sprache und Interpunktions wird leicht geglättet, d.h. an das Schriftdeutsch angepasst.
- 3) Besonders betonte Begriffe werden durch kursive Schrift markiert.
- 4) Zustimmende bzw. bestätigende Lautäußerungen der Interviewer (Hm, Aha, etc.) werden nicht mit transkribiert, es sei denn Sie unterbrechen den Redefluss der befragten Person.
- 5) Einwürfe der jeweils anderen Person werden in Klammern gesetzt.
- 6) Ergänzungen, um etwa den Satzbau für das Schriftdeutsch zu vervollständigen, werden in eckigen Klammern in den Text eingefügt.
- 7) Den Absätzen der Gesprächspartner werden jeweils die Initialen vorangestellt. Für Carolin Höhlein etwa „CH“.
- 8) Sprecherwechsel werden durch Leerzeichen gekennzeichnet, um die Lesbarkeit zu erhöhen.

(In Anlehnung an: Kuckartz, Udo (2010): *Einführung in computergestützte Analyse qualitativer Daten*, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 44)